Heft 7 Juli 1991 6,80 DM

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Ebermann: 200 mal SPD
- Pohrt: Deutsche Streitkultur
- Köhler: Professor Hamers faule Neger
- Tolmein: Geschichten aus 1001 RAF
- Fülberth: Das Ende der MG
- JeanAméry: Ehrbarer Antisemitismus

in konkret Juli 1991

von konkret

an konkret

Société Allemande von Hermann L. Gremliza

200 mal die ganz neue SPD von Thomas Ebermann
Seit der neue Vorsitzende Björn Engholm sich »unverklemmt zu Konkurrenzgesellschaft und Marktwirtschaft« bekannt hat, rückt eine Frage in den Vordergrund, die Politik erst richtig blöde macht: Welche Partei hat das bessere Personal?

Was kommt nach Stresemann? von Jürgen Elsässer
Was wird aus der Nato, gegründet um »die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten« (so ihr erster Generalsekretär Lord Ismay), nachdem die Deutschen oben und die Russen ganz unten sind?

Meinungen und Tatsachen von Wolfgang Pohrt
Wie im Deutschland-Magazin »Spiegel« eine Feministin, ein ehemaliger Vorstandssprecher der Grünen und eine Friedensfrau zur Nation sich zu bilden erfolgreich versuchten

Die linke Auschwitzlüge von Eike Geisel
Die Ende Mai veröffentlichten Zahlen der irakischen Opfer des Golfkrieges können die alternative und friedensbewegte Sucht nach der möglichst großen Opfermasse nicht befriedigen

Geschichten aus 1001 RAF von Oliver Tolmein
Ist ein Zeitungsartikel ein Kassiber? Und welche Infos machen aus einem Briefwechsel ein System? Der Generalbundesanwalt bereitet mit Hilfe der Medien die alten Lügen von »Zellensteuerung« und »Anwälten als Boten zur Kommandoebene« neu auf, um die Isolierung der Gefangenen aus der RAF vorantreiben zu können. Die Zusammenlegung wird als gescheitert bezeichnet, noch bevor sie überhaupt stattgefunden hat

Muß »Spiegel« machen von Oliver Tolmein
Die freie Presse bittet zur Hetzjagd. Ein Nachtrag zu den Geschichten aus 1001 RAF

Ein Fall von Panik von Georg Fülberth
Der Letzte macht das Licht aus: Nach dem Kommunistischen Bund (KB) hat jetzt auch die Marxistische Gruppe (MG) ihre Selbstauflösung beschlossen - mit einer mehr als seltsamen Begründung

Müßiggang ist aller Neger Anfang von Otto Köhler
Eberhard Hamer, der sich seit dem Scheitern einer Hochschullaufbahn »Präsident« eines Vereins namens »Deutsches Institut für Mittelstandsökonomie« nennt, ist das Medienereignis des Frühjahrs. Eine Titelgeschichte des »Spiegel«(»Drückeberger an der Arbeitsfront«) und drei Talkshows über die »Scheinkranken« gehen ganz allein auf die dubiosen »Forschungen« dieses rassisistischen Scharlatans zurück

Tauschwitz und andere von Hermann L. Gremliza
Wie die Hamburger Klassenjustiz ein paar übereifrige Denunzianten abblitzen ließ und wie ihnen doch Genugtuung widerfuhr

Einatmen Ausatmen von Werner Vogt

Auf nichts sind die schwarzroten Politiker Österreichs so stolz wie auf ihren Sozialstaat, den sie vorbildlich und beispielhaft nennen. Was an ihm wirklich exemplarisch ist, beschreibt der Wiener Unfallchirurg und Essayist Werner Vogt

Eine Welt für alle von Johannes Siemens

Mit Hilfe einer Verankerung im GATT-Abkommen soll das Patentrecht weltweite Gültigkeit erlangen und gemäß den nordamerikanischen und westeuropäischen Vorstellungen standardisiert werden, um zum einen 'Produktpiraterie', wie sie den südostasiatischen Schwellenländern von den Industriestaaten vorgeworfen wird, zu unterbinden, um zum anderen selbst Pflanzen, Tiere und Teile des Menschen unter patentrechtlichen 'Schutz' zu stellen - eine wesentliche Bedingung für die lukrative Verwertung der neuen Gen- und Biotechnologien

Der ehrbare Antisemitismus von Jean Améry

Nichts ist so neu, wie es sich fühlt: Die anläßlich des Golfkriegs ausgebrochene Debatte über antisemitische Tendenzen der deutschen Linken wurde 1969 schon einmal geführt. Auch damals stritt KONKRET mit, wenngleich auf der anderen Seite. Deren schärfster und klügster Kritiker war Jean Améry, dessen Essay »Der ehrbare Antisemit« heute so aktuell ist wie vor zwanzig Jahren

»Volksempfänger im Logo«

In Freiburg ist eine heftige Kontroverse über die antisemitische Tendenz einiger Sendungen des links-alternativen »Radio Dreyeckland« zum Golfkrieg ausgebrochen, die schließlich zur Besetzung des Senders durch seine Kritiker führte. KONKRET dokumentiert die Erklärung der Besetzer und erinnert an die Tradition, die der »Antizionismus« von Radio Dreyeckland längst hat (s. Kasten)Dokumentation

»Für mich ist das antisemitisch« von Martin Heicke

Einige Bemerkungen über Vorurteile, woran man sie erkennt und wie man ihnen begegnen kann

»Völlig oder weitgehend« von Bernd Siegler

Eine erste empirische Studie hat in der DDR »kaum Antisemitismus« ausmachen können - Ergebnis einer fragwürdigen Datenaufbereitung und ihrer beschönigenden Interpretation

Der Letzte macht das Licht an von Chris Toffel

und erlaubt einen Blick auf den schrumpfenden Mikrokosmos der sog. Linkspresse

Ich habe gelesen von Matthias Altenburg

Schiefe Blicke von Kay Sokolowsky

Der Skandal, den »Bloodi«, der Fixer-Comic des Zeichners Pierre Ouin, in Frankreich gemacht hat, wird hierzulande wohl ausbleiben. Immerhin aber bekommt die deutsche Comic-Rezeption mit der Veröffentlichung seiner Übersetzung durch den Rotbuch-Verlag erneut einen exemplarischen Anlaß, ihr Elend aufs Grellste herauszustellen

»Wirklich nichts Schlimmes« von Udo Sierck; Christian Mürner

Als in den letzten zwei Jahren mehrere Vorträge des australischen »Euthanasie«-Propagandisten Peter Singer verhindert wurden, argwöhnten seine Anhänger, solche Anschläge auf die Freiheit der Meinung und der Wissenschaft seien eben nur in der BRD denkbar. Jetzt versuchte es Singer in Österreich und in der Schweiz

Furchtbare Mission von Ludger Weß

Filme zur Gentechnologie waren in den letzten Jahren häufig im Fernsehen zu besichtigen. Mit wenigen Ausnahmen handelte es sich um Dokumentarfilme, die hektisch Interviews und Statements aneinanderreihten und das wenig anschauliche Thema mit Eindrücken aus der hochtechnisierten und komplizierten Laborwelt

bebilderten. Auf diese Weise erreichten ihre fast durchgängig wichtigen Informationen und Denkanstöße nur Zuschauer, denen das Thema ohnehin schon vertraut war. Die Medienwerkstatt Freiburg versucht nun mit ihrem gerade in den Kinos angelaufenen Spielfilm »Daedalus« auch solche Zuschauer zu erreichen, die sich einen Dokumentarfilm zur Gentechnik niemals ansehen würden

»They fought back« von Klaus Bittermann

In jahrelanger Arbeit haben die Holländerin Lily van den Bergh und der russische Regisseur Pavel Kogan einen Film über den Aufstand im Vernichtungslager Sobibor gedreht, in dem die wenigen Überlebenden von ihren Versuchen berichten, der nazistischen Tötungsmaschinerie zu entkommen. Zwei Jahre nach seiner Uraufführung ist der Film nun auch in Deutschland gezeigt worden. In den Kinos aber wird er wohl kaum zu sehen sein

Piwitt's Siebensachen von Hermann Peter Piwitt

DER ANHANG von Diedrich Diederichsen

Statisten für Schtonk von Ulli K.

Als Journalistendarsteller bei den Dreharbeiten zu Helmut Dietls Film über die Hitler-Tagebücher des »Stern«

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 07/91, S. 4

von konkret

»Im übrigen ist es für den Zustand der offiziellen deutschen Geschichtswissenschaft natürlich auch kennzeichnend, daß eine solche Diskussion, wie sie über ein Jahr in KONKRET geführt worden ist, eben nur hier geführt werden kann. Die historischen Fachzeitschriften interessieren sich dafür nicht. Herzlichen Dank also an die Redakteure von KONKRET«, schreiben Susanne Heim und Götz Aly in ihrem Schlußbeitrag zu der Debatte, die ihre »Thesen zur Herrschaftsrationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik« ausgelöst haben und die vom Oktober 1989 bis zum November 1990 in KONKRET teils nur dokumentiert, teils weitergeführt worden war.

Begonnen hatte die Diskussion bei einer Veranstaltung des Hamburger Instituts für Sozialforschung mit Beiträgen von Dan Diner, Ulrich Herbert, Ernst Köhler, Reinhard Kreissl, Jan Philipp Reemtsma und Götz Rohwer. KONKRET erweiterte das Spektrum um Beiträge von Christopher R. Browning, Walter Grode, Werner Röhr und Ludger Weß. Nun ist die ganze Debatte in einem Band der »Schriftenreihe des Hamburger Instituts für Sozialforschung« nachzulesen: *»Vernichtungspolitik«: Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, herausgegeben von Wolfgang Schneider, Junius Verlag, Hamburg.*

Ein anderes Buch aus dem Dunstkreis von KONKRET hat (nach einer frld. Erwähnung durch Hans Mentz in der »Titanic«) einen Rezensenten gefunden. Burkhard Scherer sprach im »Studio zwei/Neue Sachbücher« von Radio Bremen unter dem Titel »Die Kuh auf der Spitze des Metapherneisbergs« über »Frau Schwarzer ihr Haus seine Lieblingswurst«:

Gremlizas Zieloptik richtet sich auf die, die sich wichtig geben und nehmen, und er sucht hinter dem Sprachvergehen das dazugehörige entgleiste Denken. Das heißt: wo es gelingt, geht es zu wie in dem legendären Loriotsketch vom schiefhängenden Bild: Gremliza korrigiert die verrutschte Metapher, und schon kollabiert das gesamte geistige Wohnzimmer, das sie schmücken sollte. Was als Gelehrtenzimmer daherkam, entpuppt sich als Sperrmüllhaufen. Und weil Gremliza sich bei diesen Korrekturarbeiten einer variablen, aber immer flotten Hauruckmethode bedient und obendrein die Fallhöhe zwischen vorgetragener Bedeutungshuberei der behandelten Texte und deren dann sichtbar werdender Nichtigkeit beträchtlich ist, ist dies alles erfreulich zu lesen...

Insgesamt ist Gremlizas laufendes Projekt, von dem ein Teil hier, in weinrotes Leinen gebunden und mit Lesebändchen versehen, vorliegt, aber vordringlich unter dem Begriff der Aufklärung zu behandeln, denn es schärft immer wieder die von Ermattung bedrohte Aufmerksamkeit gegenüber einem sprachlichen Duktus, der der genauen Prüfung schon deshalb bedarf, weil sich hinter ihm oft nicht nur Dumpfheit, sondern auch schlicht antidemokratisches Denken verbirgt.

Der Verfasser dankt.

Damit er aber nicht übermütig wird, sei ihm auch dieses nicht vorenthalten:

Gremliza versteht sich durchaus auf zwar sprachlich geglückte, aber sonst gedankenarme oder -feindliche Denunziation, bräsige Argumente ad personam, die sich möglichst noch an der Physiognomie festmachen, aber die gibt es auf den vorderen Seiten seines Magazins...

während die hinteren dem Beweis dienen, daß Gedankenarmut oder Gedankenfeindlichkeit nie sprachlich glücken kann. Das hätte der Rezensent der »Frau Schwarzer« diesen Rezensenten der Kolumnen lehren können, diesen - wie heißt er überhaupt? Ach, Burkhard Scherer? Seltsam.

In Berlin gibt es ein »Projekt Wochenzeitung«, abgekürzt »Prowo«, das »die Schreibtischlinke um KONKRET«, nämlich »Gremliza und seine Mannen«, für jeder Schweinerei fähig hält, zum Beispiel wollten sie »Atombomben gerne selbst (werfen)« und sind sich nicht »zu schade, die Psychologisierung der Anti-Kriegs-Bewegung durch die bürgerlichen Medien mitzutragen«. Das ist aber noch nicht alles, wozu KONKRET sich nicht zu schade sein sollte, wie dieser zur selben Zeit expedierte Brief zeigt:

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Rahmer der Förderung der Vernetzung linker

und schreibtischlinker

Strukturen und Verbesserung des Informationsaustausches unter linken Zeitungs- und Zeitschriftenprojekten sind wir an stärkerer Zusammenarbeit mit Euch interessiert... Ebenso können wir uns (sofern für Euch bzw. uns interessant) einen

Nachdruck von Beiträgen vorstellen.

Mit sozialistischen Grüßen

PROjekt WOchenzeitung

Verlangsgesellschaft mbH

Auf die Gefahr, erneut unerlaubter Psychologisierung überführt zu werden: In keinem Milieu gedeiht Chuzpe so gut wie im antisemitischen.

Konkret 07/91, S. 6

an konkret

Rohrkrepierer

KONKRET 6/91: »Wirklich ‘deutsches Blut’?« von Winfried Wolf, mit Randglossen versehen von Hermann L. Gremliza

Unrichtig ist, daß Hermann Gremliza mit »Randglossen« auf meinen Artikel geantwortet hat. Wahr ist, daß der KONKRET-Herausgeber - in angenehmer Bescheidenheit, mit Blick auf Marxens »Randglossen zum (Gothaer) Programm einer Arbeiterpartei« -- mittenmang in meinen Text (kursiv) glosserte, ein Vorgehen, das, da unabgesprochen, ich in kritischer Freundschaft als »problematisch« bezeichne.

Unrichtig ist, daß ich nicht (im Nachhinein) gemerkt hätte, was ich tat, als ich »deutsches Blut« schrieb. Richtig ist, daß die Verwendung dieses Worts auch in dem verwandten Zusammenhang falsch war und es stattdessen richtig gewesen wäre, den gleichen Satz wie folgt zu formulieren: »Nicht wir wollen die Verfassung verändern..., damit beim nächsten Krieg ... auch das Blut von Menschen mit deutschen Pässen für deutschen Profit und des Imperialismus Öl vergossen wird.«

Die KONKRET-Leserinnen und Leser mußten jedoch bei dem KONKRET-Gespräch in Nummer 5/91, als erstmals »unser trotzkistischer Genosse Wolf« vorführt und von dem selbigen gesagt wurde, er habe die Worte »deutsches Blut«, »das nicht für Öl vergossen werden (dürfte), gebraucht, davon ausgehen, daß diese Worte für eine nationalistische Aussage verwandt worden wären. Darzustellen, daß es sich um einen entgegengesetzten Zusammenhang handelte, darauf kam es mir in meiner Antwort an.

Im übrigen: Worte allein auf die Goldwaage zu legen, kann zum Rohrkrepierer werden. »Teures Vaterland«, wirklich »teures Vaterland« hat der Genosse Gremliza geschrieben; »Deutschland den Deutschen« hat KONKRET geschlagzeilt - jeweils ohne Anführungszeichen & jeweils in Nr. 12/89. Pohrt gar verwendet »wirklich« die Worte »deutsche Familie«, »pralle Maid« und »deutsche Frauen« -- ausgerechnet in einem Artikel, der eine antifaschistische Stoßrichtung haben soll (11/90). »Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen« -- sagen Antifaschisten auch heute noch, ohne daß ich diesen eine Blut- & Boden-Ideologie zu unterstellen wage.

Ich bin für mehr Sensibilität in Sachen Form und Sprache, versuche auch diesbezüglich zu lernen, halte jedoch weiterhin die jeweiligen Inhalte für entscheidend. Gelegentlich erschlägt allerdings auch mich allein die Form. Etwa wenn derselbe Wolfgang Pohrt en passant vom »Auschwitz-Brimbroium* schreibt. Da geht mir dann die Form bereits an die Grenze des Erträglichen (6/91) - Zusammenhang hin & her. Unerträglich wird für mich eine Aussage in ihrem Inhalt und ohne jedes Schielen auf die Form in demselben Pohrt-Artikel, wo es heißt: Der Golf-Krieg der Alliierten hätte als »gerechter Krieg« verstanden werden müssen, »welcher mit der Niederlage der schuldigen Nation, ihrer Unterwerfung unter den Willen des Siegers, der Entmachtung und Bestrafung ihrer politischen Führung und schließlich damit enden muß, daß auch die Zivilbevölkerung ihre Verantwortung für die Taten der Machthaber zu spüren bekommt, die sie unterstützt oder geduldet hatte«. Über den entscheidenden - im Zitat von mir hervorgehobenen - Inhalt hinaus sei hier an den Rand glossiert, daß es sich von vornherein um mindestens zwei Nationen handelte, gegen die der alliierte Krieg geführt wurde. Die USA haben auch kurdische Städte bombardiert; die US-Regierung nebst der nun von Pohrt als »großartig« analysierten »demokratischen« US-Presse haben vor dem Krieg die kurdische Opposition, die in den USA für ihre Interessen wrb, ins Leere laufen lassen.

Winfried Wolf

(wahrnehmungsgetrübter »Spiegel«- und »Stern«-Zitate-Sammler, KONKRET-Autor, Genosse; warum eigentlich »Trotzkist?)

Köln

Gremliza ist sich nicht zu doof, einen Text, dessen Abdruck er scheint’s nicht verhindern konnte, völlig zu zerstückeln, um dreist, besserwisserisch und unsäglich gekränkt ob dieser bösen, ungerechten Unterstellungen, die ihn ständig verleumden, seine »Randglossen« (!) einzuflicken. KONKRET-LeserInnen erfahren jeden Monat - wenn sie’s denn unbedingt wollen - wie der Oberlehrer auf der letzten Seite die Semantiker bezaubert, und das sollte an »Randglossen« wirklich schon mehr als genug sein!

Als Verfahren, sich knapp vor Redaktionsschluß noch ins »rechte« Licht zu rücken, mag das ja - je nach Selbstwertgefühl - ganz gut funktionieren; auf mündige Leser sollte die Zeitschrift dann allerdings nicht angewiesen sein.

Georg Bleicher

Bielefeld

Den Vorwurf, auch wenn er vom Kretin kommt, ein »arroganter Oberlehrer« zu sein, hat Gremliza nicht lange auf sich sitzen lassen. Noch im gleichen Heft weist der Stilist nach, daß er zumindest über die Qualitäten des deutschen Oberstupidienrates verfügt. In journalistischen Stilfragen jedoch, erhält Gremliza, insbesondere für die als »Randbemerkungen« ausgegebenen Zensuren im Artikel von W. Wolf die Note ungenügend und muß zurück auf die Schulbank. »Setzen, Gremliza!« und zur Strafe 50 mal: »Ich darf nicht mit Steinchen auf die Kinder-FAZ werfen, wenn ich im Glashaus des selbstgebastelten Sektierer-SPIEGEL namens KONKRET sitze«.

Rainer Probst

Mölsheim

Wenn Winfried Wolf in dem Zusammenhang nicht »deutsches Blut« schreiben durfte, weil es bei dem Begriff nicht auf Zusammenhänge ankommt, hätte es auch Gremliza oder Reemtsma nicht benutzen dürfen!

G. Brouwer

Oberleutnant der Reserve

Georgsmarienhütte

»Schämt Euch, Leute, und haltet jetzt endlich den Mund«, möchte man den Diskutant/inn/en des KONKRET-Streitgespräches »Bankrott der Linken« 5/91 und der Replik von Wolf/Gremliza 6/91 zurufen: Daß weder Bush noch Saddam von links zu unterstützen sind - beide aber ihren Kram auch ohne die Solidarität einiger deutscher Linker durchziehen, daß die Existenz Israels ebenso wie die der Palästinenser zu sichern ist - beide Parteien aber auch mächtig Dreck am jeweiligen Stecken haben, daß die USA, genau wie die BRD, ihre wirtschaftlichen Interessen in der Region verfolgen und mit Gerechtigkeit wenig im Sinn hatten, daß es in der BRD einen Haufen rassistisches und antisemitisches Gedankengut quer durch alle Couleur gibt, ohne daß man nun jede Formulierung daraufhin abklopfen muß bzw. dem geschätzten Genossen von gestern um die Ohren schlägt, daß dieser ebensowenig wie alle vorangegangenen ein gerechter Krieg war etc. pp. ist genauso wahr wie banal.

Daß dies alles überhaupt kein Grund zur Abo-Kündigung ist, versteht sich, holt der bislang in dieser Sache produzierte Blödsinn doch die autorenmäßig tätigen Geistesheroen auf eine irgendwie sympathische Art vom Sockel des Generaldurchblicks und läßt die Differenz zu den ob des Golf-Wahnsinns gelegentlich etwas ratlosen Menschen wie Du und ich nicht gar so groß erscheinen...

Lothar Faber

Bielefeld

Nachschlag

KONKRET 5/91: »Polen, Katholiken, Juden ... und wir« von Friedrich Leidinger

Als ich in KONKRET 5/91, S. 66 gelesen hatte, ich hätte in meinem Buch »Als Polen deutsch war« -- die einzige umfassende deutsche veröffentlichung über unsere Verbrechen in Polen - Pilsudski mit Hitler »gleichgesetzt«, schlug ich in dem Buch nach und fand z.B.: »der (deutsche) Entschluß, den Polen wo wenig Anlaß zu geben, sich mit anderen Mächten gegen das Reich zu verbünden, hielt sogar einem Versuch Pilsudskis stand, eine derartige Koalition zu schaffen«. Etwa mit Frankreich, aber Paris würdigte Warschau keiner Antwort. Der Verfasser des KONKRET-Artikels, Leidinger, hat nicht zwischen meinem Text und Zitaten aus Äußerungen Hitlers und der polnischen Kommunisten zu unterscheiden gewußt.

Was nun allerdings polnischen Antisemitismus betrifft, dessen bisher letzte Explosion ich in den sechziger Jahren in Warschau aus der Nähe erlebte, so kann man natürlich alles unter den Teppich kehren, aber wem nützt das? Den Polen sicher nicht. Im übrigen wäre ich jetzt als Vorsitzender Stellvertreter der dt.-poln. Gesellschaft tunlichst schweigsam aus Scham darüber, mit welchem Servilismus sich Warschau Bonn andient aus Sorge, es könnte den Milliardenkredit in DM nicht bekommen. Da entblödet sich der Ministerpräsident nicht, nach Schlesien zu fahren, den vorwiegend chauvinistischen deutschen Minderheiten Streicheleinheiten in Form eines »Nachbarschaftsvertrages« anzudienen - nun, die Quittung dafür hat er schon bekommen.

Ich war vorgestern nach München zu einem dt.-polnischen Symposion eingeladen, in der ersten Reihe saß der poln. Botschafter und hat sich dergleichen von mir anhören müssen. Ihm möge KONKRET den Artikel von Leidinger schicken, das wird ihm wohltun, wenn er daraus erführt, er habe einem Deutschen zugehört, der in Pilsudski einen zweiten Hitler sah. Nur stimmt es eben nicht. Allerdings hat Hitler noch 1938 gesagt, um die Polen bei Laune zu halten, daß sich in Warschau »kein westlicher Parlamentarismus sondern ein polnischer Marschall befand« (bei mir zitiert S. 37) Mit diesem Zitat habe ich P. und H. »gleichgesetzt? Man sollte Bücher lesen können, über die man urteilt.

Erich Kuby

Venedig

Konkret 07/91, S. 8

Hermann L. Gremliza

Société Allemande

Was man im deutschen Frühsommer 1991 mit einem angebrochenen Wochenende alles anfangen kann:

Man kann mitzweitausend gleich dreckig Gesinnten durch die Stadt Dresden marschieren, »Sieg Heil!« brüllen und Wände mit »Arierblut - höchstes Gut« beschmieren, ohne dabei von den Hütern des Gesetzes gestört zu werden, die bereits am Vortag ihre Gastfreundschaft annonciert hatten: »Mit Fingerspitzengefühl will die Polizei vorgehen... Die Veranstalter hätten versichert, daß die Kundgebung friedlich bleiben werde, sagte Polizeisprecher Bruchmann. Er persönlich fürchte eher Randale von links als von rechts.«

Tatsächlich blieb die Kundgebung ganz und gar friedlich, wenn man von den hundertfach im Chor ausgestoßenen Morddrohungen (»Wir kriegen euch alle!«) so absieht, wie die deutsche Polizei, die immer »eher von links« was fürchtet, schon zur Zeit Horst Wessels es gern getan hat. Damit sich aber bei hartnäckig Böswilligen nicht doch noch ein negatives Vorurteil über die friedlichen Hinterbliebenen des Naziführers S. bilde, durfte die nationale Sozialhilfe im politischen Feuilleton nachbereiten, was die asoziale Nazihilfe der Dresdner Polizei auf der Straße vorbereitet hatte: In der »Tageszeitung« adelte ein Bielefelder Pädagoge die grölenden Totschläger zu bedauernswerten Opfern von »Verletzungen und Verunsicherungen«, und die »Frankfurter Rundschau« (»Neonazis in Dresden ernten, was Stasi und reale Eintönigkeit in der DDR gesät haben«) räumte ostdeutschen Jungs quasi das Naturrecht ein, für den jahrelangen Verzicht auf Manta, Disco und Automatensalon sich an Leib und Leben von Vietnamesen und Angolanern schadlos zu halten.

Man kann, während in den Heldenstädten Menschen um ihr Leben bangen, den nämlichen Sonntag aber auch mit fünfhundert gleich edel Gesinnten in der Frankfurter Paulskirche absitzen, um unter Anleitung durch Heide Pfarr, Herta Däubler-Gmelin, Antje Vollmer und Hildegard Hamm-Brücher einen Verfassungsentwurf des »Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder« zu diskutieren, der nach Ansicht seines Mitverfassers Jürgen Seifert »mehr Demokratie und weniger Obrigkeit« bringen soll und also exakt das, was zur selben Stunde in Dresden so dringend gebraucht wurde. Wen nicht der Kranz der Kuratoren (Franz Alt, Jürgen Habermas, Walter Jens, Fritz Pleitgen, Horst-Eberhard Richter, Lea Rosh, Wolfgang Ullmann) abgeschreckt hatte, der war wohl auch durch die Drohung des Festredners Ulrich Preuß - »Wir Deutsche sind dabei, uns als politisches Gemeinwesen nach innen wie nach außen neu zu konstituieren« - nicht mehr zu erschüttern.

Die zwei Ereignisse an einem Wochenende im Juni illustrieren, wie die politischen Dinge im neuen deutschen Reich stehen und wohin sie gehen: Die gewalttätige Rechte marschiert, jagt, schlägt und tötet, mit Fingerspitzen- und Mitgefühl begleitet von Politik, Polizei und Sozialpsychologie; auf den realen Sozialismus folgt die reale Barbarei. Was aber sich einmal »die Linke« nannte, ist nur noch ein Club sich selbst bespiegelnder und belügender Wichtigtuer, dessen Zonen-Fraktion mit der Verbreitung des Märchens, nicht Gorbatschow, Schalck-Golodkowski und Markus Wolf sondern Bohley, Ullmann und das Volk der Heldenstädte hätten die DDR gekippt, die Westler dazu animiert hat, noch einmal ein paar Jahre so zu tun, als ob auch sie in diesem Staat etwas zu sagen hätten und nicht nur zu schwätzen.

Ein besonders gelungenes Beispiel für diese professionelle Wichtigtuerei bietet Wolfgang Ullmann vom »Bündnis 90«, der sich für einen der Väter der deutschen Revolution hält, ohne deshalb etwa für die neueren ostdeutschen Zustände sich verantwortlich zu fühlen, in denen - durchaus im Gegensatz zu Ulbrichts und Honeckers Zeiten - Schwarz- oder Gelbhäutige um ihr Leben laufen müssen und das einige Male schon vergebens getan haben. (Ich wiederhole mich gern: Für die in der jüngeren deutschen Geschichte unerhörte Errungenschaft, daß wenigstens in einem Teil des Landes kein Nichtdeutscher in Furcht vor gewalttätigen Volksgenossen leben mußte, war kein Preis zu hoch und nicht einmal der, daß man in Potsdam nicht Burdas Wichsblätter kaufen und in Chemnitz keinen Ullmann wählen konnte.)

Dieser Bundestagsabgeordnete Ullmann nun, im Nebenberuf »Kirchengeschichtler«, der nicht einen Mozambikaner vor dem befreiten Heldenmob schützen könnte, will auch noch den Rest der Nation loslassen: »Es muß endlich einmal ausgesprochen werden, was dieser Vorgang der Vereinigung denn politisch sein soll. Es kann doch nicht nur Währungsunion und monetärer Materialismus sein.« Ach, wär' er das - es wäre alles Banane. Aber leider lassen sich die Volksgenossen mit monetärem Materialismus durchaus nicht abspeisen, sondern verlangen - »Deutschland den Deutschen« - völkische Selbstbestimmung, und die wollen ihnen Ullmann und seine Mitkuratoren durch Akte unmittelbarer Demokratie, durch Volksbegehren und Volksabstimmungen, endlich gewähren:

»Die Bürger und Bürgerinnen (der neuen Bundesländer) sind Leute, die aus eigener Kraft und ohne Hilfe von außen mit einer Diktatur fertiggeworden sind und darum ein neues Verständnis von Demokratie haben, ein Verständnis, das Vorhandensein einer Pluralität von Parteien durchaus bejaht, die politische Willensbildung aber keineswegs auf sie beschränkt sieht« (Ullmann).

Gott schütze mich vor Sturm und Wind und Deutschen, die im Ausland sind bzw. - um das alte Grundgesetz der Seefahrer auf den neuesten deutschen Stand zu bringen - die dem Wahn verfallen sind, aus eigener Kraft und ohne Hilfe von außen mit einer Diktatur fertiggeworden zu sein, und die daraus ein neues Verständnis von Demokratie entwickelt haben. Das SA-Wochenende von Dresden und seine freundliche Duldung durch Ullmanns Bürger und Bürgerinnen, die in vierzig Jahren DDR um Fideo und Südfrüchte betrogen worden sein mögen, aber nicht um die Möglichkeiten, zu erfahren, wer die Nazis waren und was sie getan haben, dieser größte Nazi-Aufmarsch seit 1945 war eine unüberhörbare Warnung: endlich diese politisierenden Zonenpfaffen und ihren westdeutschen Anhang zurück ins Seminar zu schicken und, solange besseres nicht in Sicht ist, die herrschende Ordnung (= die Ordnung der Herrschenden, danke, lieber Leser, danke, liebe Leserin) gegen jeden ihrer protestantisch-populistisch-völkischen Angriffe zu verteidigen.

Wer sich nicht dümmer stellen will, als es die Dresdner Polizei erlaubt, hat zuzugeben, daß der unmittelbare politische Wille des deutschen Volks in der Politik seiner Parteien, von der CDU über FDP, SPD und Grüne bis zur PDS, eine beträchtliche Humanisierung erfährt und gemessen an seinen Wählern sogar der Nazi Schönhuber noch als Demokrat erscheint. Mit dem Sieg des Kapitalismus hat die »deutsche Linke« sich nicht bloß abgefunden, sie besingt ihn. In den Krisen, die vor ihm liegen, wird der Ruf nach direkter Demokratie, nach Volkes Stimme - und das heißt immer: nach dem populistischen Führer, dem starken Mann - früh genug laut werden. Man wird dann nicht der gutmeinenden Frau Däubler-Gmelin und dem frommen Herrn Ullmann zu danken haben, daß die Verfassung ein Hindernis davor bildet, sondern dem Ramsteiner Kunstflieger Rupert Scholz, der die linke Verfassungsdebatte als das abtut, was sie bestenfalls ist: »Kosmetik oder Lyrik«.

Die letzte Meldung dazu lautet, daß die Dresdner Polizei die beiden Männer, die den Nazi-Führer S. - mit Todesfolge und aus Gründen, die ich nicht kenne - daran gehindert haben, weitere Gewalttaten zu begehen, erst nach dem Nazi-Wochenende nach Dresden überführen ließ, weil sie »einer Lynchjustiz der Rechtsradikalen vorbeugen« wollte, die ihr möglich schien unter den Augen von Bürgern und Bürgerinnen, die ein Verständnis von Demokratie haben, das das Vorhandensein einer Pluralität von Parteien durchaus bejaht, die politische Willensbildung z. B. in Dresden aber keineswegs auf sie beschränkt sieht.

Konkret 07/91, S. 10

Thomas Ebermann

200 mal die ganz neue SPD

Seit der neue Vorsitzende Björn Engholm sich »unverklemmt zu Konkurrenzgesellschaft und Marktwirtschaft« bekannt hat, rückt eine Frage in den Vordergrund, die Politik erst richtig blöde macht: Welche Partei hat das bessere Personal?

Die KONKRET-Redaktion hat mir knapp zweihundert Zeitungs-Ausschnitte zur Verfügung gestellt, um mir zu erleichtern, den Zustand der SPD, am Beispiel ihres Bremer Parteitags, zu beschreiben. Pflichtmensch, der ich bin, habe ich alles studiert. Sogar die Abschnitte, die versehentlich von meiner Lektüre nicht abgetrennt wurden: *Wenn die Luxemburger es - bei aller Treue zu Europa - dennoch vorziehen, von Luxemburg und nicht von Paris oder Bonn aus regiert zu werden, so sollten gerade sie auch begreifen, wenn Kroaten und Slowenen sich nicht länger Belgrad unterordnen wollen* (Carl Gustaf Ströhm, »Welt«, 1.6.).* Trotz aller Schönheit des Gedankens, das gehört hier nicht hin.

Also zur SPD. Beklagend, lobend oder einfach feststellend wird gegenwärtig von ihr behauptet, sie politisch von der CDU zu unterscheiden, werde immer schwieriger. Gunter Hoffmann in der »Zeit«: *Ja, die Sozialdemokraten wissen es und räumen es ein, würden sie regieren, unterschiede sich ihre Politik von Kohls und Genschers jedenfalls nicht grundstürzend* (7.6.). Daß die 'Enkel' nichts grundstürzend (den Ausdruck klau ich mir) anders machen können, ist den Verhältnissen geschuldet*: Große Kurskorrekturen lassen die Verhältnisse nicht zu. Allenfalls ein paar kleine Symbole sind erlaubt und möglich. Aber ein anderer Stil und Alltagstauglichkeit, das ist es, worauf es ihnen ankommt* (»Zeit«, 18.4.). Da ist, ich greife etwas vor, der neue Vorsitzende der richtige Mann, denn *Björn Engholms Stärke ist sein Stil* (»Zeit«, 7.6.).

Auch Friedrich Karl Fromme stellt fest, die Partei CDU sei *ununterscheidbar von der anderen*, um daran die geniale Frage zu knüpfen: *Ist aber die SPD anders*? (»FAZ«, 4.6.). Ich kenne dieses Problem aus meiner Jugend, als ich zwar wußte, daß Alice Kessler ihrer Schwester Ellen sehr ähnelte, mich aber fragte, ob auch die Ellen der Alice ähnlich war. Friedrich Karl Fromme hilft mir für alle Zukunft: *Wo ist da noch der Stachel, den eine Partei wie die CDU bietet? Die SPD kann da auch nicht viel vorweisen, aber sie ist die andere Partei ...* (»FAZ«, 4.6.).

Gerade weil der letzte Halbsatz unbestreitbar ist, und weil die führenden Sozialdemokraten wissen, daß Fromme (*Vielleicht wollen die Wähler einfach den anderen Namen - von Zeit zu Zeit*) der Wahrheit näher kommt, als manch 'Linker', der in die Wahl der SPD allerlei Motive hineingeheimnist, die es real in der Gesellschaft kaum noch gibt, betonen sie die Übereinstimmung mit der Regierungspolitik. Freilich nicht ohne auf Urheberrechte zu pochen, weil schließlich der stärkste Trumpf der SPD gegenwärtig ist, daß sie die (»notwendig« genannten) Steuererhöhungen vor der CDU angesagt hatte.

Eine Auswahl: Thierse stellt fest, daß die Bundesregierung *jetzt eine sozialdemokratischere Politik betreibt, als sie selbst je zugeben wollte... Wir erleben eine Sozialdemokratisierung der Regierungspolitik* (»TAZ«, 10.4.). Lafontaine: *Bei der CDU ist in der Tat ein interessanter Prozeß im Gange. Sie übernimmt immer mehr Programmpunkte von der SPD* (»Freitag«, 24.5.). Der »Spiegel« (Nr. 18/91) fragt Stolpe, warum er Kohl so schone: *Das liegt vor allem daran, daß ich ihn auf dem Weg der Besserung sehe. Er hat an Problembewußtsein gewonnen. Und er hat seiner Umgebung zu verstehen gegeben, daß im Osten entschieden mehr geschehen müsse, als bisher vorgesehen war. Noch einmal Lafontaine: Wohin man blickt, haben sich die Konservativen unsere früher von ihnen bekämpften Ziele zu eigen gemacht* (»Spiegel« Nr. 23/91).

In der Tat fällt es den Christdemokraten schwer, einige zentrale Positionen abzulehnen, die die Sozialdemokraten verfechten. Wer soll da widersprechen, wenn Engholm meint: *Ich glaube mit der Opferbereitschaft, die wir einfordern müssen, stehen wir erst ganz am Anfang.* Oder wenn er der CDU ins Stammbuch schreibt: *Die Konkurrenz schläft nicht. Es lohnt immer wieder, einen Blick auf Japan zu werfen, das unser aggressivster Wettbewerber ist und in die Eroberung ganzer Branchen und Weltmärkte klotzt*. Engholm ist *dankbar, daß wir ... erhebliche Annäherung in Deutschland, übrigens auch bei der Treuhand, geschafft haben, und er teilt Ihre Auffassung, Herr Dr. Murmann, daß Marktwirtschaft keine Prinzipienreiterei sei, sondern geschmeidige Anpassung an neue Bedingungen (*Antrittsrede, zitiert nach »FR«, 1.6.).

Da also Engholm *sich unverklemmt zu Konkurrenzgesellschaft und Marktwirtschaft bekennt* (»Stern« Nr. 24/91), rückt tatsächlich die Frage in den Vordergrund, die Politik erst richtig blöde macht: Welche der zur Auswahl stehenden Parteien hat das bessere Personal, ist tatkräftiger, weniger zerstritten und stilvoller. Zwar hat die SPD-Parteispitze in Bremen unter Ovationen der Delegierten gemeinsam, und zwar real und symbolisch zugleich, an einem Tau bzw. Strang gezogen..., aber ob das ausreicht, ein für allemal die »Intrigen« und »Alleingänge« zu beseitigen, unter denen wir alle so zu leiden hatten, weiß ich nicht. *Entscheidend wird vor allem sein, wie Björn Engholm und Oskar Lafontaine in dieser labilen Führungsstruktur als Tandem zusammenarbeiten* (»Stern« Nr. 24/91). Noch pointierter die »TAZ: *Ob Engholms behutsames Integrationstalent ausreicht, um Oskar Lafontaine zur Loyalität zu bewegen, ist offen* (30.5.). Seine Voraussetzungen sind allerdings nicht schlecht, denn *daß Björn Engholm dabei 'in Wirklichkeit noch besser aussieht als im Fernsehen', ... als dieser im modischen Dunkelgrauen an diesem Morgen durch die Wandelgänge läuft, halten viele zumindest nicht für schädlich* (»Welt«, 30.5.). Auch Anke Fuchs fragt: *Sind sie nicht schmuck, unsere Ministerpräsidenten*? - muß aber trotzdem aus dem Amte scheiden, weil der neue Generalsekretär Blessing ihr überlegen ist. Nach Lektüre der

schon erwähnten knapp zweihundert Zeitungsausschnitte komme ich zu der Überzeugung, er ist neben Engholm der entscheidende Mann.

Charlotte Wiedemann, die die »TAZ« verließ, weil diese ihr - gemessen am dort üblichen Honorar - zu rechts war, hat den Blessing im »Stern« (Nr. 24/91) politisch portraitiert: *Dunkles Sakko, rosagemusterte Seidenkrawatte. Die schwarzen Haare in gepflegten Wellen, den Teint auf Gomera gebräunt ... verkörpere er gleichsam die Synthese all dessen, was zu verbinden sich die SPD so schwertut: Tradition und Moderne, klassische Sozialpolitik und Zukunftsorientierung. Kurzum: die Idealbesetzung. Noch eine Nuance informativer ist der »Spiegel«: Ein Linker, was immer das noch bedeuten mag, ist er sicher nicht, aber auch kein Rechter* (Nr. 21/91).

Zusammenfassend: Der SPD-Parteitag und das neue Personal werden allgemein positiv bewertet. Als besonders gelungen gilt die Hauptstadt-Debatte, die häufig als Inbegriff ‘neuer politischer Kultur’ bezeichnet wird, womit die Kunst gemeint ist, auch über Marginalien nicht ohne formale Vehemenz zu streiten; eine Eigenschaft, die zwischen CDU und SPD noch gepflegt werden wird. Selbst der Streit um die Ausweitung militärischer Möglichkeiten Deutschlands wird eher verständnisvoll kommentiert, weiß man doch, daß der »Blauhelm-Beschluß« die notwendige (Parteitags-)Etappe war, um der Bundestagsfraktion und erst recht einer sozialdemokratischen Regierung die imperialistischen Erfordernisse zu ermöglichen. Also bemüht sich die CDU recht gequält, das Haar in der Suppe zu finden, die FDP bescheinigt der SPD allerlei Qualitäten, und die »FAZ« überzeugt ihre Leser, daß man sich nicht vor einer anderen Regierung fürchten muß. Nur die »TAZ« bleibt wachsam. Zwar konzediert sie wohlwollend, Engholms Entwicklungsperspektive würde das Ende der alten SPD bedeuten, bemängelt aber, er habe den Delegierten nicht rückhaltlos *klargemacht, was sie an vertrauten Orientierungen, an weltanschaulich-dogmatischem Restbestand und Freund-Feind-Reflexen aufgeben müssen* (Mathias Geis, »TAZ«, 1.6.).

Obwohl er gar keine gegeben hat, wird Engholm streng gefragt, ob *die sozialstaatlichen Garantien noch einen Sinn (machen), wenn eine gesellschaftliche Umwälzung bewältigt werden muß*. Schließlich könne man nicht jedem Konflikt aus dem Wege gehen: *Muß man nicht ... in den Streit mit gewerkschaftlicher Besitzstandswahrung geraten?* (Klaus Hartung, »TAZ«, 31.5.)

Auch Peter Grafe, ehemals »TAZ«-Korrespondent in Bonn, nun Buchautor, zeigt, wie ungeduldig konsumfreudige Citoyens sein können, indem er den Abschied von allen *Relikten einer Arbeiterpartei* - insbesondere aber *von der ideologisch begründeten Politik der Umverteilung* einklagt (»TAZ«, 5.6.). (Das wäre doch mal eine Koalitions-Bedingung, die den Grünen gut zu Gesicht stünde!)

Woran erkennt man, daß dieses Zitat der »TAZ« entstammt?: *Wird sich der Traditionsverein dem attraktiven Ideal einer weltoffenen, neugierigen, innovativen Sozialdemokratie annähern*? (30.5.) Am Wörtchen »neugierig«. Das war leicht. Jetzt wird’s schwierig. Was habe ich an diesem Zitat gefälscht: *Die Politik hat die Aufgabe, Auseinandersetzungen ... unter dem Oberstichwort ‘Volksgemeinschaft’ zu bündeln und die notwendigen Entscheidungen zu treffen* (»TAZ«, 5.6.). - Nicht ‘Volksgemeinschaft’, sondern »Gemeinwohl« heißt es im Original.

P.S. Auch im »Neuen Deutschland« setzte man sich mit der SPD auseinander: *Nach einer zum Teil recht glanzvollen Regierungszeit schleppte die SPD sich in der Opposition über die Jahre dahin. Zwei beachtliche theoretische Gipfel erreichte man in dieser Zeit dennoch: das Ideologie-Streitpapier mit der SED*... (den zweiten Gipfel verrate ich nicht). Muß man denn wirklich, wenn man den Schaden schon hat, auch für den Spott noch selber sorgen?

***** Alle kursiven Passagen sind Zitate.

Thomas Ebermann debattierte in KONKRET 5/91 über die Reaktion der Linken auf den Golfkrieg

Konkret 07/91, S. 12

J□rgen Els□sser

Was kommt nach Stresemann?

Was wird aus der Nato, gegründet um »die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten« (so ihr erster Generalsekretär Lord Ismay), nachdem die Deutschen oben und die Russen ganz unten sind?

In den Braintrusts des militärisch-industriellen Komplexes macht man sich Gedanken: Es könnte »leicht ein Weltkrieg entstehen«, wenn »eine neostalinistische oder großrussisch-orthodoxe Führung im Kreml versuchen (wollte), die unbotmäßigen Vorfeldstaaten wieder unter die sowjetische Knute zu zwingen«, formulierte einer der BRD-Strategen, Th. Enders von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, im Oktober 1990. Für wahrscheinlicher hält er allerdings, daß es zu Nationalitäten-Kriegen, Pogromen und Bürgerkriegswirren in Osteuropa kommt. »Allein schon aufgrund der räumlichen Nähe« seien da deutsche Interessen berührt. »Frontstaat« sei die BRD jedenfalls nach wie vor, zwar nicht mehr gegen den bereits erledigten Bolschewismus, wohl aber »im Hinblick auf mögliche Flüchtlingsbewegungen aus dem Osten (und dem Süden)«. Wo die Gefahren derart weiträumig lokalisiert werden, muß die militärische Gegenwehr hochflexibel sein, kurz: Eine schnelle Eingreiftruppe muß her.

Genau das hat die diesjährige Nato-Frühjahrstagung im Mai perfekt gemacht: Die Aufstellung von »Rapid Reaction Forces«. Zwar gab es auch bisher schon die Nato-Feuerwehr AMF, in deren Rahmen die deutschen Alpha-Jets im Januar an die türkisch-irakische Front beordert wurden. Doch die neue Truppe wird mit 60.000 Mann zehnmal so stark sein, wobei die BRD nach England das zweitgrößte Kontingent stellen soll. Nicht leichtmotorisierte Verbände wie in der AMF, sondern eine britische Panzerdivision wird den Kern der neuen Nato-Armee bilden, und selbst eine mögliche atomare Ausrüstung ist nicht ausgeschlossen (über nukleare Fragen wird erst im Winter entschieden). Soweit, so gut, denkt der deutsche Militär, doch wer hat eigentlich das Sagen über den Einsatz dieser Soldaten? Genau dieses Problem trieb auch die Amerikaner um, die die hochmoderne Truppe gerne möglichst eng in ihre Zuständigkeit binden wollten und deswegen anregten, sie unter englisches Kommando, also das ihres engsten Verbündeten, zu stellen. Für die Deutschen läuft das »auf die Herabstufung zu einem _ehrenwerten Hilfsvolk_ hinaus«, kommentierte die »FAZ« empört diesen Vorschlag zur Kontrolle deutscher Ambitionen.

Die Tatsache, daß die USA diese Vorstellung auf der Nato-Ratstagung mit wenigen Abstrichen durchgesetzt haben, gibt der alternativen Option europäischer Militärs Auftrieb: unabhängig von den USA eine eigene westeuropäische Eingreiftruppe zu bilden. Den Rahmen dafür soll die WEU abgeben, die pikanterweise 1948 als anti-deutscher Pakt gegründet worden war, nach längerem Dornröschenschlaf aber seit 1984 gezielt zur Entwicklung einer »Sicherheitsgemeinschaft mit leicht antiamerikanischem Akzent« (»FAZ«) reaktiviert wurde. Der große Vorteil der WEU ist ihr Einsatzbereich, der nicht, wie bei der Nato, geographisch begrenzt ist. Dem steht als Nachteil gegenüber, daß aufgrund der Friktionen im europäischen Einigungsprozeß die WEU bisher keine Militärorganisation, sondern einen Konsultationsmechanismus darstellt. Genau das soll jetzt anders und die WEU zum bewaffneten Arm des Vereinigten Europa werden, kündigte das Kommunique des deutsch-französischen Gipfels vom 4. Februar an. Der Konsens mit Paris räumt wichtige Barrieren für die Germanisierung der europäischen Militärpolitik zur Seite, der Abzug von 2/3 der 300.000 GIs vom Kontinent wird ein übriges tun.

Seither stehen die Zeichen in der Nato auf Sturm, »der Ton ist rauh geworden« (»FAZ«). Gleich drei scharf formulierte Demarchen haben die USA gegen die Pläne der Europäer losgeschickt, die ausführlichste wurde von der »FAZ« am 9.4.91 unter dem Titel »Amerika befürchtet seine Ausgrenzung« zutreffend referiert. Darin warnen die USA vor einem Prozeß, der sie durch die Umgestaltung der WEU zu einem EG-Organ aus Europa herausdrängen und sie zusätzlich in der Nato mit einer Blockbildung durch die WEU-Mitglieder konfrontieren würde. Falls das Bündnis nicht gefährdet werden soll, so das Weiße Haus, müsse eine Konkurrenz zwischen Nato und WEU vermieden werden, die WEU dürfe allenfalls ein Submechanismus des atlantischen Bündnisses sein. Eigenständige Militäraufträge dürfe sie nur außerhalb Europas durchführen, beispielsweise in Nordafrika.

Insbesondere befürchten die Amerikaner westeuropäische Interventionen in Osteuropa - also genau das, worauf deutsche Planspiele wie das anfangs zitierte spekulieren. »Stellen Sie sich vor, in Osteuropa geschieht etwas, und die WEU entschließt sich zu intervenieren - ohne unsere Zustimmung. Dann kommen die Russen. Was tun die USA in einem solchen Fall?«, fragte US-Botschafter Walters in einem »FR«-Gespräch, das kurz vor der Nato-Ratstagung veröffentlicht worden ist, und warnte vor einer »Selbst-Singularisierung« Deutschlands, die - so Walters - von »vielen Leuten« betrieben werde. »Wir sind dagegen, die Nato durch die WEU oder etwas anderes zu ersetzen«, erklärte der Botschafter mehrfach.

So wie Walters störten sich in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder amerikanische Politiker daran, »daß man im Bonner Verteidigungsministerium keine größere Sorge zu kennen scheine als die, wie man die Amerikaner im Ernstfall in den Krieg hineinzwingen könne«. Ließ sich dieser Ausspruch Henry Kissingers noch darauf zurückführen, daß die USA kein Interesse an Adenauers aggressivem Wiedervereinigungskurs hatten, so haben sich solche innerimperialistischen Widersprüche nach der Liquidierung der DDR noch verschärft. Im osteuropäischen Hinterhof der BRD gibt es für die USA

nichts zu erben, warum sollten sie sich da in eine gefährliche Konfrontation mit den Sowjets hineinziehen lassen? Umgekehrt stößt die überlegene Wirtschaftskraft der BRD da an ihre politische Grenze, wo eine atomare Supermacht ihr »Njet« einlegt. Die Deutschen wollen sich nicht darauf verlassen, »daß die sowjetische Politik die beste aller möglichen Entwicklungswege nimmt und alle denkbaren Konflikte mit ausschließlich konventionellen Mitteln bereinigt werden können« (Mey/Rühe, Konrad-Adenauer-Stiftung). Sie hätten also gerne ein atomares Gegengewicht. Was aber, wenn die USA nur für eigene Interessen, nicht aber für die der Deutschen den Einsatz nuklearer Waffen ins Kalkül ziehen wollen? Mißmutig stimmt die BRD-Strategen allein schon die Tatsache, daß die Nato auf US-Druck letztes Jahr die Atomwaffen zu »Waffen des letzten Rückgriffs« (last resort) heruntergestuft hat. Als Alternative bietet sich ihnen auch hier wieder, wie im Falle der Schnellen Eingreiftruppe, eine europäische Lösung an. »In einem solchen Arrangement würden französische und britische Nuklearwaffen die Aufgaben der erweiterten Abschreckung übernehmen«, also an die Stelle der unzuverlässigen US-Garantien treten, hoffen bspw. die bereits zitierten Militärstrategen Mey und Rühe.

Im Rahmen der Nato wird es dazu nicht kommen. Die Rats-Beschlüsse vom Mai 1991 betonen die Unterordnung des »europäischen Pfeilers« unter die atlantische Solidarität, belassen es in den Befehlsstrukturen bei der amerikanischen Dominanz und verwehren den Deutschen und ihren Vasallen größeren Einfluß auf die neugeschaffene Eingreiftruppe. Damit ist der Streit aber keineswegs beigelegt: Frankreich und Deutschland haben unisono bekräftigt, daß sie an den parallelen Plänen eines WEU-Militärbündnisses und einer WEU-Eingreiftruppe festhalten wollen. Der CDU-Sicherheitsexperte Lamers setzte eindeutige Präferenzen: Die amerikanischen Pläne zur Ausweitung des Nato-Einsatzgebietes seien »kontraproduktiv«. Out-of-area-Einsätze ließen sich über die WEU viel besser regeln, unter anderem gebe es dann auch keine Beschwerden, daß man »Hilfstruppen für Amerika« stelle (»FAZ«, 19.5.91).

Sowohl Pazifisten als auch Bellizisten reproduzierten während des Golfkrieges die Lebenslüge der deutschen Außenpolitik: Kriegführen im guten wie im bösen Sinne sei das spezifische Anliegen der USA, von der die BRD zum Mitmachen gedrängt werde. Dieses Märchen blamiert sich an der Realität. Nicht die pazifistischen, sondern die militaristischen Sonderwege der Deutschen verschärfen die Instabilität der neuen Weltordnung. Gestern verdeckte ABC-Waffenentwicklung mit dem Irak, heute gemeinsame Interventionen im Rahmen der Nato, morgen WEU-Atomstreitkräfte unter deutscher Hegemonie - all das ist in der Schaukelpolitik des Genscherismus nicht antagonistisch, sondern komplementär. Und was kommt nach Stresemann?

Jürgen Elsässer lebt und arbeitet in Stuttgart

Konkret 07/91, S. 14

Wolfgang Pohrt

Meinungen und Tatsachen

Wie im Deutschland-Magazin »Spiegel« eine Feministin, ein ehemaliger Vorstandssprecher der Grünen und eine Friedensfrau zur Nation sich zu bilden erfolgreich versuchten

Vor 20 Jahren äußerte Bernward Vesper in seinem Buch 'Die Reise' den Verdacht, einen Atomkrieg sogar würden die Landsleute unverändert überstehen, sie würden ihn nicht mal bemerken. Drei Prachtexemplaren dieser eigenwilligen Gattung gab der »Spiegel« in seiner Pfingstausgabe Gelegenheit, sich von ihrer unverwüstlichsten Seite zu zeigen. Als verfolgte Unschuld traten verschiedene Figuren auf, denen gemeinsam ist, daß sie im Lauf ihrer politischen Biographie diese Rolle perfekt beherrschen lernten. Denn mochte das Emblem der deutschen Nachkriegslinken die Friedenstaube oder die Kalaschnikow sein, und unabhängig davon, ob man sich gerade für den Vietkong oder fürs Feuchtbiotop erwärmte - stets blieb diese Linke über die Zeiten und die Fraktionen hinweg ihrer Grundüberzeugung treu, dem Glauben nämlich, selber nur Gutes zu tun, das Beste zu wollen, keinem ein Leid zuzufügen, dabei mit dem Rücken zur Wand zu stehen und grundlos eine Welt von Feinden gegen sich zu haben.

Fast ein halbes Jahrhundert lang war sie der einzige Traditionsverband, in dem sich das deutsche Wesen erhalten, entwickeln und entfalten konnte, die Vorstellung von der Eigengruppe als dem Ziel und Opfer ungerechtfertigter Verfolgung. In der Kampagne gegen die sogenannten Berufsverbote wurde eine Mentalität trainiert, die es ebenso rätselhaft wie empörend findet, wenn der Staat die nach eigenem Bekunden auf seinen Umsturz Hinarbeitenden nicht besolden mag; Gefangene aus der RAF und ihre Sympathisanten wandten gegen die Haftbedingungen allen Ernstes ein, dadurch würde die politische Arbeit verhindert; Literaten und Publizisten wurden zappelig, wenn sie für ihre scharfe Kritik an der Regierungspolitik nicht sogleich das große Bundesverdienstkreuz bekamen; alles ertrugen die Umweltschützer und Raketengegner, wenn sie der anderen Partei die Vernichtung von Menschheit und Natur unterstellten - alles außer Widerspruch. Vermeintlich in radikaler Opposition zur Majorität stehende Gruppen arbeiteten also faktisch für den Tag, wo die Minderheitenmarotte ein Massenbedürfnis ausdrücken sollte. Zum Massenbedürfnis wird die Minderheitenmarotte, wenn eine ganze Nation sich zum Rest der Welt verhält, wie sich zuvor schwache, machtlose Randgruppen zur Nation verhielten, und es tritt dann jene kollektive Fremdartigkeit auf, die Benjamin schon 1928 beschrieben hat: »Dem Ausländer, welcher die Gestaltung des deutschen Lebens obenhin verfolgt, der gar das Land kurze Zeit bereist hat, erscheinen seine Bewohner nicht minder fremdartig als ein exotischer Volksschlag.«

Seit dem Wiedervereinigungsflop beginnt nun die Struktur des linken Bewußtseins die vorherrschende zu werden: Alle fühlen sich um den verdienten Lohn betrogen, alle fühlen sich grundlos schlecht behandelt, und vielleicht als unbewußter Reflex auf dies vorwurfsvoll gestimmte, ressentimentgeladene Lebensgefühl ist eine Politik zu begreifen, welche Deutschland als weltweit einzige Friedensmacht darstellt, die Nation also in einen Gegensatz zum Rest der Welt bringt und sie sogar von ihren Verbündeten isoliert. In dieser Übergangsphase, wo noch der Erfahrungsvorsprung und die längere Übung zählen, treten für einen Moment als Meinungsführer vormalige Außenseiter an die Spitze, die unter den veränderten Bedingungen eigentlich nur ihr Naturell und ihre Denkgewohnheiten beibehalten müssen, um statt für die feministische, militante oder ökologische Randgruppe Propaganda für die ganze Nation zu machen.

Ihr Vorteil ist zwar, daß sie sich dabei auf vertrautem Terrain bewegen, weil der anbrechende Nationalismus kein inhaltlich bestimmter ist, sondern ein ebenso beliebiger und austauschbarer Vorwand für die Identifikation mit irgendeinem Kollektiv, wie es schon bei der proletarischen Solidarität, beim Feminismus, bei der Körnerfresserei, bei der neuen Subjektivität, beim Antiimperialismus und im Friedenskampf eigentlich nie wirklich um die vordergründig erbittert verteidigte Sache ging, sondern um die Bereitstellung von Gesinnungskitt für eine verschworene Gemeinschaft. Andererseits aber haben sie nicht nur Erfahrung, sondern sie sind auch schon so verbraucht und verschlissen, wie es der aufkommende Nationalismus selber ist, dem sie weder Elan noch Konturen geben können. Aus dem Umstand, daß die Meinungsführerschaft von ausrangierten Linken übernommen wird, Leuten um die 50, die von den vielen Pleiten in ihrem Leben doch schon ein wenig mürbe sind, resultiert ein Klima, wie es unter anderen Umständen Hannah Arendt beschrieben hat: »Die intellektuelle Atmosphäre ist von vagen Gemeinplätzen durchdrungen, von Anschauungen, die sich lange vor den jetzigen Ereignissen, zu denen sie passen sollen, herausgebildet hatten; man fühlt sich erdrückt von einer um sich greifenden öffentlichen Dummheit, der man kein korrektes Urteil in den elementarsten Dingen zutrauen kann und die es beispielsweise möglich macht, daß in einer Zeitung die Klage angestimmt wird: 'Die ganze Welt hat uns wieder einmal sitzen lassen'.«

Der Reihe nach: Zwei Monate war die deutsche Golfkriegsmassenhysterie schon vorbei, da kam man beim »Spiegel« auf die Idee, daß nunmehr im Interesse der Standpunktvielfalt gefahrlos auch eine Kritik daran zu Protokoll gegeben werden könne. Der fortbestehende Konflikt zwischen Pflicht und Neigung wurde dergestalt gelöst, daß in der Ausgabe vom 29. April die abweichende Meinung kein Redaktionsmitglied vertrat, sondern Henryk Broder, der als freier Publizist den redaktionellen und als Jude den völkischen Zusammenhalt nicht belasten konnte. Er lieferte eine witzige, präzise Glosse

über jene schaurigen Wochen, in denen es keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche gab. Drei Nummern später führten dann eine Feministin, ein ehemaliger Vorstandssprecher der Grünen, vormals RAF-Anwalt, sowie eine Friedensfrau an gleicher Stelle vor, wie man zum Nationalismus konvertiert, ohne die eigenen Denkfiguren oder selbst die Sprache auch nur geringfügig korrigieren zu müssen.

Dreh- und Angelpunkt einer Haltung, die bei aller Wechselhaftigkeit in der Sache stets mit sich selber identisch bleibt, ist die standhafte Weigerung, anderen die gleichen Rechte einzuräumen, die man selber inAnspruch nimmt. Aus der prinzipiellen Nicht-anerkennung von Spielregeln, die für alle verbindlich sind, entwickelt sich dann eine paranoide Vorstellungswelt, worin die Gesetze der Logik keine Gültigkeit haben, sondern welche nach dem Muster funktioniert: Wenn ich über andere Nachteiliges behaupte, ist das legitim; wenn andere über mich Nachteiliges sagen, ist das Rufmord - jenes sonderbare Delikt, dessen man niemand bezichtigen kann, ohne es selber zu begehen. Während normalerweise jedoch der Rufgemordete wenigstens so tut, als habe er sein Leben lang nur Kreide gefressen und eine gewisse Zeitspanne zwischen den aggressiven und den weinerlichen Phasen seine Bewußtseinsspaltung mildert, steigert hier die Selbstgerechtigkeit sich mitunter zum offenen Wahn. Unbekümmert, wie sie dies als Feministin tat, teilt die frisch gebackene Nationalistin aus: »Wer beim jetzigen Wissensstand noch immer den Golfkrieg rechtfertigt, ist kriegslüstern oder prosemitisch«, um für den Fall, daß sie auch würde einstecken müssen, gleich in präventives Wehgeschrei auszubrechen: »Ich soll das nicht mehr sagen dürfen. Bei Zuwiderhandlung droht mir die Todesstrafe: Rufmord.« Eben noch vehement »rigides Schwarz-Weiß-Denken« und »bornierte Freund-Feind-Muster« zu verurteilen hindert sie keineswegs daran, selber knappe 20 Zeilen weiter das folgende Weltbild zu Papier zu bringen: »Wer gegen wen, das ist jetzt klar: die Aufklärung gegen die Demagogie. Die Achtung gegen die Verachtung. Und die Menschenliebe gegen den Menschenhaß.« Als repräsentierte sie immer noch eine kratzbürstige radikale kleine Minderheit, stellt sie sich selber dar als Verfolgte und Verfemte: »Wo Rauch ist, da ist auch Feuer. Das ist das Prinzip, nach dem Diffamierung funktioniert. Da bleibt immer etwas hängen. Ich kenne das, seit 20 Jahren.«

Auch der ehemalige RAF-Anwalt wirkt in seiner neuen Rolle als Ehrenretter der Nation eigentlich vollkommen unverändert. »Was treibt Broder zu der Rufmordkampagne gegen alle, die gegen den Krieg waren?« fragt er, ebenso ratlos wie seinerzeit, als er die Feindseligkeit der Bundesanwaltschaft gegen seine Mandanten nicht begreifen mochte, und nicht minder bestürzt als in der Folgezeit, wo er sich dem Raubbau an der Natur zugewandt hatte. Immer stehen seine Verfolger in Beziehung zu amerikanischen Agenten: »Broder bedient sich der Technik des Rufmordes nach dem Muster des US-Senators McCarthy im kalten Krieg der fünfziger Jahre gegen sogenannte antiamerikanische Umtriebe.« Damals wie heute droht ihm physische Gewalt: »Aber die direkten Folgen von Broders Totschlagargumentation sind ganz handfest. Die ersten, die mir als angeblichem ‘Nazi’ und ‘Massenmörder’ mit Gewalt drohen, nicht nur drohen, rühren sich« - wie wenn in der Bundesrepublik neuerdings Nazis um ihr Leben zu fürchten hätten. Auch seine Abneigung gegen Prozesse scheint nicht erloschen, denn er wirft Broder vor, »ausgewählten FeindInnen (...) den publizistischen Prozeß zu machen«, und er wiederholt: »In seinem Artikel macht Broder kurzen Prozeß.« Gleichzeitig gibt er zu, selber gegen Broder »gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen« zu haben, und was als Nachlässigkeit oder Dummheit erscheinen könnte, hat Methode. Durch den Trick, von einer Sache im wörtlichen und im metaphorischen Sinn zu sprechen, wird die Wirklichkeit dergestalt aufgelöst, daß Gemeintes sich in Faktisches und Faktisches in bloß Gemeintes verwandelt. Broders bissiger Text, suggeriert der ehemalige RAF-Anwalt, sei der eigentliche Prozeß, der »publizistische Prozeß«, der »kurze Prozeß«, während der wirkliche Prozeß nur ein Hilfeersuchen darstelle. Ebenso dient der häufige Gebrauch des Vorwurfs »Rufmord« oder das Wort von der »Totschlagargumentation« dazu, den wirklichen Mord, den an den Juden, fast wie ein Bagatelldelikt aussehen zu lassen neben dem metaphorischen Mord, eben dem »Rufmord«, welcher Begriff nicht die Sache selber bezeichnet, sondern deren Bewertung ausdrückt, ein subjektives Meinen.

Schon innerhalb linker Randgruppen waren Realitätsblindheit und Wahrnehmungsunfähigkeit der Preis für jene innere Radikalisierung, die von Begriffen wie Konsumterror, Isolationsfolter, Vernichtungshaft etc. bewirkt werden sollte. Übernimmt nun eine ganze Nation das gleiche Rezept, und sucht sie sich ihres Zusammenhalts zu vergewissern, indem sie ihre Kritiker als Rufmörder ächtet, so wird man ihr keine glückliche Zukunft voraussagen können, weil ohne ein bescheidenes Minimum an Realitätssinn, Selbstkritik, unparteiischem Urteilsvermögen und Ehrlichkeit eine industriell hochentwickelte Gesellschaft nicht dauerhaft funktionieren kann. Irgendwie, ahnt man dann, müsse es wohl einen Zusammenhang geben zwischen einerseits der Rufmord-Obsession und andererseits Kohls ‘blühenden Landschaften im Osten’ oder anderem blühenden Blödsinn; irgendwie paßt doch diese in Verfolgungswahn umschlagende maßlose Selbstgerechtigkeit auch wieder zum Wirtschaftschaos in der Zone, zum Wirrwarr um den Beitrittstermin, die Hauptstadtfrage und die Telefongebühren; und irgendwoher kennt man sie doch, diese merkwürdige politische Metamorphose, bei welcher Leute sich total verändern und dabei absolut die Gleichen bleiben. Man blättert also bei Hannah Arendt nach und findet die folgende aus dem Jahr 1950 stammende Beschreibung*:

»Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt jedoch in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen. (...) Die Lügen totalitärer Propaganda unterscheiden sich von den gewöhnlichen Lügen, auf welche nichttotalitäre Regime in Notzeiten zurückgreifen, vor allem

dadurch, daß sie ständig den Wert von Tatsachen überhaupt leugnen: Alle Fakten können verändert und alle Lügen wahrgemacht werden. Die Nazis haben das Bewußtsein der Deutschen vor allem dadurch geprägt, daß sie es darauf getrimmt haben, die Realität nicht mehr als Gesamtsumme harter, unausweichlicher Fakten wahrzunehmen, sondern als Konglomerat ständig wechselnder Ereignisse und Parolen, wobei heute wahr sein kann, was morgen schon falsch ist. Diese Abrichtung könnte exakt einer der Gründe dafür sein, daß man so erstaunlich wenig Anzeichen für das Fortbestehen irgendwelcher Nazipropaganda entdeckt und gleichzeitig ein ebenso erstaunliches Desinteresse an der Zurückweisung von Nazidoktrinen vorherrscht. Man hat es hier nicht mit Indoktrination zu tun, sondern mit der Unfähigkeit und dem Widerwillen, überhaupt zwischen Tatsache und Meinung zu unterscheiden.«

*Besuch in Deutschland, in: Hannah Arendt, Zur Zeit. Politische Essays, Berlin 1986

Wolfgang Pohrt beschrieb in KONKRET 6/91 die »schöne neue Welt«

Konkret 07/91, S. 16

Eike Geisel

Die linke Auschwitzlüge

Die Ende Mai veröffentlichten Zahlen der irakischen Opfer des Golfkrieges können die alternative und friedensbewegte Sucht nach der möglichst großen Opfermasse nicht befriedigen

Seit dem Ende des High-Tech-Krieges am Golf weiß man, wie bitter nötig dessen Fortsetzung mit vergleichsweise altmodischen Mitteln, nämlich einer guten alten, mit Handfeuerwaffen ausgerüsteten Invasionsarmee gewesen wäre. Doch die alliierten Streitkräfte rückten nicht auf Bagdad vor, und die erfahreneren Israelis blieben in ihren abgedichteten Schutzräumen - verängstigte Ghettoinsassen, ganz so, wie die Welt, und allen voran die Deutschen, sich die Juden gefallen läßt.

Der ganze von allen verteufelte elektronische Schnickschnack hat sich, wenn man das Ergebnis betrachtet, als ein großer Bluff herausgestellt. Die Kommandozentrale der irakischen Massenmörder blieb intakt, die militärische Infrastruktur so unangetastet, daß das Regime weiterhin nach Belieben massakrieren kann, wen es will; und abgesehen von einigen Baustellen sieht Bagdad aus, als sei nichts gewesen. Es waren genau die sogenannten intelligenten Waffen, welche die dummen Parolen der Friedensbewegung Lügen straften und verhinderten, daß die auf Plakaten wie »Bagdad = Berlin« zum Ausdruck gebrachten geheimen Wünsche ihrer Anhänger verwirklicht wurden.

Saddam Hussein erhielt durch die sträfliche Unterlassung der Alliierten, ihre Armeen nach Bagdad marschieren zu lassen, eine Chance, welche sie vor einem halben Jahrhundert aus guten Gründen Hitler nicht eingeräumt hatten, indem sie sich etwa mit dem Rückzug der Nazis aus den besetzten Ländern oder mit einer Kabinettsumbildung im Führerbunker zufrieden gegeben hätten. Und Saddam Hussein nutzte diese Chance und setzte ungehindert den Völkermord an den Kurden fort.

Für die deutsche Friedensbewegung war von Anbeginn an klar, daß der Bluff nicht darin bestand, daß das Fernsehen tatsächlich einen vom Monitor aus geführten und im Bildschirmformat wieder erfaßten Krieg, nämlich ein computergesteuertes Videospiel, abbildete, sondern darin, daß die trotz aller gegenteiligen Beteuerungen vom Wargame gefesselten Zuschauer um die Leichenberge betrogen wurden. Dieser Betrug galt den Friedensfreunden als besonders abgefeimtes Manöver der amerikanischen Kriegspropaganda. Noch ehe die beteiligten Kriegsparteien irgendwelche Verluste meldeten, wußten die Wortführer der Friedensbewegung schon, daß die Amerikaner, nicht Hussein, eine Politik der verbrannten Erde betrieben und daß das Pentagon einen Völkermord durchführte. Wenige Tage nach Kriegsbeginn titelte die »TAZ«: »Massenschlächterei am Golf«; eine »Verbraucherinitiative« in Bonn wußte Ende Januar nicht nur, daß Joghurtbecher aus Erdöl gemacht werden, sondern auch, daß den Ölinteressen der USA »Millionen zum Opfer fallen« in diesem Krieg; General a.D. Bastian, der noch als Zeuge im Barbie-Prozeß die Naziarmee gegen Angriffe, sie habe Massenverbrechen begangen, in Schutz genommen hatte, zog plötzlich eine besonders pikante Schlußfolgerung aus seiner Biografie. Er widerrief seine Aussage nicht, sondern wies putativ auf einen möglichen Völkermord, begangen von den Vereinigten Staaten, hin; der Euthanasiebefürworter und Kriegsgegner Ernst Tugendhat, der in der Folge zum wandelnden Persilschein aller linken Antisemiten werden sollte, nannte den Krieg gegen Saddam Hussein das »größte Kriegsverbrechen seit Hitler« und hielt es am 29. Januar 1991 für »unverhältnismäßig, wenn jetzt schon von 300.000 Toten gesprochen wird und es wahrscheinlich in die Millionen gehen wird«; Vera Wollenberger, die, nicht ganz zu Unrecht, die Übereinstimmung der fundamentalistischen Freitagsgebete mit den Leipziger Montagsumzügen betont hatte, wußte neben ihrer Lobrede auf den demokratischen Gehalt der arabischen Vernichtungsparolen gegenüber Israel noch zu sagen, »daß dieser Krieg an den Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen zehrt, wie bisher kein anderes Ereignis in der Weltgeschichte«; womit sie offenbar bedeuten wollte, wie vergleichsweise wenig zehrend der Nationalsozialismus gewesen sei und wie wenig 40 Jahre DDR der Grundlage ihres Denkens anhaben konnten.

Ähnlich erfolglos muß offenbar auch KONKRET bei seinen Lesern gewesen sein, wie die von der Redaktion im Frühjahr als Separatdruck publizierte Broschüre mit Leserbriefen beweist: »Alles in allem also hat man innerhalb von 6 Wochen bei einem 17-Millionen-Volk Tote in Millionenhöhe produziert«, hieß es in einer austauschbaren Lesermeinung. Auch die Leserbriefspalten der »TAZ«, anhand derer der grüne Israelexperte Ströbele nach seinem Rücktritt zufrieden feststellen konnte, daß die Basis zum alternativen Antisemitismus und neunzigprozentig zu ihm hält, belegen, daß der Antiamerikanismus das treibende Moment bei der Hervorbringung der neuen Auschwitzlüge ist. Der heruntergekommene Antiimperialismus ist gewissermaßen die höchste Stufe des Konformismus. Und wenn sich der alternative Mob schon darüber einig war, daß die USA den Irak in ein Massengrab verwandelten, um danach mit Befriedigung dabei zuzusehen, wie die Kurden massakriert werden, dann war es auch nicht mehr weit, daß die Auschwitzlüge auf antiimperialistische Manier von der Gegenwart in die Vergangenheit zurückkehrte. Man müsse zugeben, schrieb ein besonders klassenkämpferischer Leser an die »TAZ«, »daß die Vernichtung von Millionen, vor allem ostjüdischen Menschen, die potentiell sich den Verwertungsinteressen des Kapitals entgegengestellt hätten, im Interesse gerade auch der westlichen Alliierten waren (!), für deren kapitalistische Großraumpolitik die Menschenvernichtung im Faschismus eine wichtige Zuarbeit war«.

Der rebellische Spießer der deutschen Politikwissenschaft, Ekkehard Krippendorf, der vorzugsweise nach dem Muster »Ihr da oben - wir da unten« argumentiert, empörte sich just in den Tagen, als von Greenpeace verläßliche Zahlen der Kriegsopfer publiziert wurden, über die Fortwirkung der Kriegszensur, über die »Kleinschreibung der großen Verbrechen«. Was hatte Greenpeace herausgefunden, das weder von der Zensur unterdrückt, noch von der bürgerlichen Presse, sondern ausgerechnet an jenem Ort, an dem sich der Politologe beschwerte, klein geschrieben wurde?

Ende Mai hatte Greenpeace aufgrund ausführlicher Recherchen im Irak die Zahl der Kriegstoten auf 150.000 geschätzt. Die Anzahl der bei Luftangriffen ums Leben gekommenen Zivilisten belief sich nach Angaben dieser Untersuchung auf fünf- bis fünfzehntausend Menschen, eine Zahl, welche die Anhänger der neuen Auschwitzlüge von links für einen Druckfehler hielten, den sie mit einem weiteren, einer hinzugefügten Null in der »TAZ« vom 5.6.91, dann wieder korrekt ausbügelten.

Die aus rechtsradikalen Zirkeln bekannte Propaganda, derzufolge Auschwitz eigentlich ein Sanatorium war, und die antiimperialistische oder friedensbewegt drapierte Zwecklüge vom Völkermord am Golf gehen von einem identischen Bedürfnis aus: der Rehabilitierung der deutschen Geschichte. Während man den Neonazis jedoch noch zugute halten könnte, daß sie, um die Deutschen zu entlasten, die Zahl der von ihnen Ermordeten herunterlügen, so muß man von der alternativen und friedensbewegten Sucht nach der möglichst großen Opfermasse sagen, daß sie die wahre nazistische Vernichtungswut konserviert hat.

So wenig sich indes die rechtsradikale Attitüde durch Fakten belehren läßt, so wenig ließ sich deren linke Variante durch Tatsachenmeldungen bei ihrem lustvollen Spiel mit imaginierten Leichen stören. Die ungefähr 100.000 getöteten irakischen Soldaten, die doch nicht Sozialfälle oder edle Wilde, sondern dafür ausgebildet waren, Kuweit zu erobern und zu plündern, Kurden auszurotten und Schiiten abzuschlachten, und, wenn möglich, Israel in ein Krematorium zu verwandeln, galten abgesehen davon, daß ihre Anzahl für die Vernichtungslust nur ein bescheidener appetizer war, bestenfalls als abstrakte Opfer. »Keine Antigone tritt für sie auf die Bühne des Weltgewissens«, schrieb Krippendorf, der gottseidank bloß Professor ist und mit lebendigen Menschen nicht anstellen kann, was er der Sprache zufügt.

Ersatzweise für Antigone betritt Krippendorf seit Monaten die Bretter, welche das alternative Milieu vor dem Kopf hat. Und mit Regelmäßigkeit macht er jedes Blatt der Scene zum Tribunal. Der Golfkrieg sei eine »weltpolitische Zäsur... Von hier und heute geht, wie von den Kolonialmassakern des späten 19. Jahrhunderts und danach mit dem Abwurf der ersten beiden Atombomben eine neue Epoche aus« (»TAZ«, 10.6.91). Und wir sind am Fernsehschirm dabeigewesen, will er uns als Antigone mit Goethe aus 1000 Berlin-Valmydorf zurufen. Vor einigen Jahren hatte er mit dem geflügelten Goethewort den 2. Juni 1967 als Beginn einer neuen Epoche begrüßt. Doch wie sagt ein ebenso wortgewandter Komiker, den Marx gelegentlich zitiert: »Der historische Recht hat keinen Datum nicht.«

Ähnlich wie Krippendorf sah ein anderer verdienter Veteran der bundesdeutschen Protestbewegung mit dem Golfkrieg eine neue Epoche heraufdämmern. In einer irreführend als »Nachdenken - Querdenken« bezeichneten Rubrik der »TAZ« wurde Ende Februar ein langer »Zeitenwende« überschriebener Text von Dieter Kunzelmann publiziert. Darin ließ der Autor, um die neue Auschwitzlüge zu begründen, alles zwischen Plato und Nato Revue passieren, was der Alternativen Liste, zu deren Parlamentsabgeordneten er gehörte, den häufig geäußerten Vorwurf eingebracht hatte, ihr Parteikürzel bedeute in Wahrheit: Antisemitische Liste. In der Diagnose, daß die bei ihm »Vernichtungssyndikat« genannten Alliierten im Irak eine Art Super-Auschwitz veranstalteten, war er sich mit anderen einig: »Um Kuweit für den Emir zu befreien, muß zuerst der Irak zerstört werden, die Bevölkerung ausgelöscht, die Natur, ihre Ressourcen vernichtet werden.«

Im Unterschied zu Krippendorf, für den die »kriminelle Risikopolitik« der USA nur eine Fortsetzung des nazistischen Ausrottungsfeldzugs mit modernsten Waffen und der Golfkrieg daher die »dritte Atombombe« war, richtete Kunzelmann beim historischen Dreisprung jedoch sein Augenmerk auf die Opfer: »Nach Adolf Hitler, Onkel Ho wird zum dritten Mal in der kurzen Zeitspanne ein ganzes Volk mit Millionen Toten und Verletzten dafür bestraft, daß es sich seiner Führung nicht selbst entledigt hat ... Dies weiß aufgrund umfassender Literatur über die verbrecherische Bombardierung deutscher Städte niemand besser als das Pentagon und das englische Kriegsministerium.«

Wir hingegen wissen aufgrund eines einzigen Artikels von Kunzelmann, daß dieser entweder Hitler eigentlich Onkel Adolf nennen oder Ho Chi Minh zum Naziführer aufnorden möchte, daß er - und dies ist eine besonders aufschlußreiche Fußnote zu den Spätfolgen der deutschen Protestbewegung - unter Berufung auf den Vietnamkrieg den Amerikanern die Befreiung Deutschlands nicht verzeihen kann. Und wie allen anderen philantropischen Gemütern, denen zu Bagdad immer gleich Dresden einfiel, ging es auch ihm nicht um das Schicksal der irakischen Bevölkerung, sondern um die deutsche Volksgemeinschaft. Und weil diese vom Geruch des Antisemitismus zu reinigen war, nannte er dessen eigentliche Interessenten und Nutznießer, »wohlwissend, daß vom Antisemitismus niemand mehr profitiert als die chauvinistische Führung Israels selbst«.

Ein altgewordener Sponti schaute in den Spiegel, und daraus blickte seine eigene politische Infantilität zurück. Er war sich wieder ähnlich geworden: 1969 hatte er in Offenen Briefen an die Linke die »Vorherrschaft des Judenkomplexes bei allen

Fragestellungen« beklagt und die Genossen aufgefordert, ihren »Judenknax« zu überwinden. Zu derlei Klagen hat Kunzelmann heute keinen Anlaß mehr; insofern gibt es tatsächlich eine »Zeitenwende«, insofern ist die deutsche Linke in den Wendekreis des Deppen eingetreten.

Hier gilt nicht mehr die rassistische Formel, derzufolge Dreckarbeit von Ausländern zu erledigen sei. Hier ist Dreckarbeit im Gegenteil der Beweis für gelungene multikulturelle Koexistenz. Ein besonders ansprechendes Beispiel für die geglückte Integration in das von Vernichtungsphantasien und Lust an der Apokalypse elektrisierte Milieu ist das gerade im Focus-Verlag erschienene Pamphlet von Ali Hashash: »Palästina. Kampf der Gegensätze«, worin es, den Massenmord der Nazis rechtfertigend, im Vorwort heißt: »Diejenigen, die in diesem Land für den Ersten imperialistischen Weltkrieg stimmten, wurden fast zwei Jahrzehnte später verdientermaßen ausgemerzt. Die gegenwärtige Lage soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle, die sich auf die Seite der Unterdrücker und Ausbeuter schlagen ... stets die Verlierer sein werden.« Daß er bei dieser Drohung auf Unterstützung nicht nur aus der rechtsradikalen, sondern in zunehmendem Maße aus der ihr zum Verwechseln ähnlich gewordenen autonomen Scene rechnen kann, zeigt der vor wenigen Wochen in der Berliner Zeitung »Prowo« heftig ausgetragene Streit darüber, welche und wieviele Amerikaner es verdient gehabt hätten, im Golfkrieg umzukommen. Denn der allgemeinen Enttäuschung darüber, daß nicht Millionen Iraker ihr Leben verloren hatten, korrespondierte die Wut über die geringe Zahl amerikanischer Kriegstoter. In einem Editorial der Blattmacher hieß es:

»In aller Offenheit: Wir bedauern, daß es nicht noch viel mehr US-AmerikanerInnen weggerissen hat - unabhängig davon, ob sie gerade ihre Suppe gelöffelt haben, irakischen Kindern die Glieder zerfetzt oder mit ‘chirurgischen Schnitten’ per B-52 Bombern sogenannte ‘militärische Infrastruktur’ - in diesem Falle ganz Irak - in Schutt und Asche gelegt haben.«

Das drängende Problem dieser autonomen SA, nämlich welche ihrer Fraktionen die größere Killermentalität aufbrächte, wurde von der Redaktion aufgegriffen und pädagogisch in eine Hausaufgabe verwandelt, deren Hauptfrage sicher eben jetzt im Infoladen Dritte Welt e.V. in Berlin-Neukölln heftig diskutiert wird: »Wie soll denn die USA den Krieg verlieren, ohne dabei größere Verluste zu erleiden? ... Herzlichst Red.«

Eike Geisel lebt als Übersetzer und Publizist in Berlin/West

Konkret 07/91, S. 18

Oliver Tolmein

Geschichten aus 1001 RAF

Ist ein Zeitungsartikel ein Kassiber? Und welche Infos machen aus einem Briefwechsel ein System? Der Generalbundesanwalt bereitet mit Hilfe der Medien die alten Lügen von »Zellensteuerung« und »Anwälten als Boten zur Kommandoebene« neu auf, um die Isolierung der Gefangenen aus der RAF vorantreiben zu können. Die Zusammenlegung wird als gescheitert bezeichnet, noch bevor sie überhaupt stattgefunden hat

Die Schlagzeilen lesen sich wie aus einer anderen Zeit - nur daß heute die »taz« und die »Welt« gleichermaßen titeln: »RAF-Rechtsanwälte unter Verdacht« - als seien die politischen Gefangenen die RAF, die Anwältinnen und Anwälte mit ihnen eine politische Einheit und die gezielte Desinformation der Bundesanwaltschaft eine gesicherte Wahrheit.

»Debatte über RAF-Zellensteuerung«, »Inhaftierte Terroristen mit Kontakt nach draußen«, »Vor den nächsten Morden« - seit Wochen streuen die Produzentinnen und Produzenten der öffentlichen Meinung Zitatfetzen aus »vertraulichen Briefen«, »geheimen Unterlagen«, aus »Kassibern« und »Zellenfunden« unters Volk und machen sich darauf genau den Reim, den ihre ungenannten jeweiligen Quellen gemacht sehen wollen.

Zum Glück für die Medien sind die Staatsschutzorgane ähnlich pluralistisch organisiert wie die öffentliche Meinung. Es gibt also Differenzen darüber, wie das gemeinsame Ziel, die endgültige Zerschlagung der RAF, zu erreichen wäre, und deshalb fällt die faktische Selbstgleichschaltung nicht so auf: Die alternative »taz« kann sich, informationell unterstützt vom Hamburger Verfassungsschutz-Chef Lochte, deutlich von der etablierten »Welt« abgrenzen, die aus dem Fundus des Generalbundesanwalts von Stahl schöpft.

Die aktuelle Kampagne hat ihren Ausgangspunkt, behaupten die Karlsruher Bundesanwälte, und die Medien haben es ohne zu zögern übernommen, in einem »Zufallsfund«: »Im März 1990 bei einer normalen Zellenverlegung findet man bei Manuela Happe unter der Schmutzwäsche 50-60 dichtbeschriebene, zusammengerollte Zettel - erste Hinweise auf ein `illegales Informationssystem'«, berichtet »Panorama« am 14. Mai 1991. Erhärtet habe sich der Verdacht bei den unmittelbar daran anschließend vorgenommenen Razzien in acht Haftanstalten. Während damals in Presseberichten übereinstimmend von einem »illegalen Infosystem der Gefangenen untereinander« geschrieben wird, behauptet z.B. die »taz« heute: »Spätestens seit März 1990 wissen die Sicherheitsbehörden auch, daß es Kontakte zwischen den Gefangenen und der aktiven RAF gibt.«

Wirkt die Geschichte vom »Zufallsfund« in Manuela Happes Zelle schon beim ersten Lesen wenig überzeugend, wird sie, überlegt man sichs genauer, vollends unglaubwürdig: Bei den meisten der Gefangenen finden routinemäßig einmal wöchentlich Zellendurchsuchungen statt, am 1. Dezember 1989, wenige Wochen vor dem »Zufallsfund« also, waren außerdem bei 26 der RAF zugerechneten Gefangenen zusätzliche, umfassende Razzien durchgeführt worden, in deren Verlauf Arbeitsmaterialien, Notizen, Briefe und Zeitungsartikel beschlagnahmt worden waren. Die »50-60 Blatt Papier« wären also entweder in dem wenig originellen Versteck »unter der schmutzigen Wäsche« übersehen oder innerhalb weniger Wochen geschrieben worden.

Den Vorwand für die Razzia im Dezember 1989 hatte übrigens ein Brief von Helmut Pohl vom Oktober 1989 geliefert, der seinerseits schon, immer wieder als »Kassiber« bezeichnet und in Zitatfragmente zerstückelt veröffentlicht, als »Beweis« für die »Zellensteuerung« diente. Eine Behauptung, die schnell »vergessen« wurde, nachdem der Brief im Zusammenhang nachzulesen war und außerdem feststand, daß die Planung des Herrhausen-Anschlags lange vor Oktober 1989 begonnen haben mußte.

Was im März 1990 wie eine der üblichen Schikanen und routinemäßigen Kampagnen der Bundesanwaltschaft gegen die Gefangenen wirkte, entfaltete im Sommer und Herbst des Jahres ungeahnte Wirkungen: In der DDR waren innerhalb kurzer Zeit mehrere ehemalige RAF-Mitglieder festgenommen worden, die meisten von ihnen zeigten sich bereit, mit den westdeutschen Justizbehörden zusammenzuarbeiten, um in den Genuß der Kronzeugenregelung zu kommen. Mit aussagewilligen Aussteigerinnen und Aussteigern, der propagandistisch wirkungsvollen Lancierung der Stasi-RAF-Connection und einer gezielten Propaganda gegen die Gefangenen aus der RAF als Drahtzieher der Anschläge, so mag der neue Generalbundesanwalt von Stahl kalkuliert haben, könnte das Kapitel bewaffneter Widerstand zugeschlagen werden.

Tatsächlich hatten die Aussagen vor allem von Susanne Albrecht und Werner Lotze zur Folge, daß gegen mehrere bereits inhaftierte Ex-RAF-Mitglieder wie Ingrid Jacobsmeyer und Sieglinde Hoffmann, deren Haftentlassung 1993 bzw. 1995 ansteht, neue Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. Folgenreicher dürfte allerdings noch die aufgrund der Aussagen über die angebliche innere Struktur der RAF bewirkte weitere Distanzierung von bürgerlich-demokratischen Leuten sein, die bislang die Haftbedingungen als unmenschlich kritisiert hatten - die sich jetzt aber Gedanken machen, ob sie sich mit der Unterstützung der Forderung nach Zusammenlegung nicht vielleicht doch in den Dienst der RAF stellen lassen. In einem Bericht über das Urteil gegen Susanne Albrecht faßt die »Spiegel«-Reporterin Friederichsen diese Haltung in Worte: »Jetzt *weiß* man von der brutalen Hierarchie und gefährlichen Wirkung ideologischen Kalküls auf bestimmte labile,

fanatisierbare junge Menschen... Sogar in der Haft gelingt es den Führungsleuten wie Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Adelheid Schulz und anderen noch, `unerwünschte Resozialisierungstendenzen' zu unterbinden. Sie üben immer noch übermächtigen Zwang aus. (Susanne Albrecht) hat ausführlich darüber ausgesagt, wie sie in die Irre geleitet worden ist. Breucker (der Richter) hat ergänzt, `unter der geschickten Steuerung engagierter Rechtsanwälte'.«

Im August 1990 behauptete Generalbundesanwalt von Stahl in einem Gespräch mit der »Welt«, daß »mit großer Wahrscheinlichkeit« die Operationen der RAF aus den Gefängnissen gesteuert würden. »Wer leistet die Botendienste? Die Verwandten, die Anwälte? Kein vielversprechender Ansatz für die Fahndung? Der Generalbundesanwalt muß schweigen«, kommentierte die »Welt« verständnisvoll. Im Mai 1991 schweigt von Stahl zwar immer noch, seine Behörde und der nordrhein-westfälische Justizminister Krumsiek streuen mittlerweile aber Informationen über angebliche Koordinierungstätigkeiten des Düsseldorfer Rechtsanwalts Johannes Pausch und mindestens dreier weiterer Anwälte: eine Unterstellung, der die Verdächtigten nicht einmal etwas Konkretes entgegnen können, weil sie nur über die Medien davon erfahren haben.*

Seit 1990 wurden auch die Haftbedingungen in etlichen Knästen verschärft. Brigitte Mohnhaupt konnte beispielsweise nach dem Hungerstreik fünfmal wöchentlich jeweils eine Stunde täglich zusammen mit Claudia Wannersdorfer und Manuela Happe verbringen. Im Februar 1990 wurden diese Stunden gestrichen. Im Sommer wurde Brigitte Mohnhaupt einige Monate aus Aichach nach Stammheim verlegt, wo die Haftbedingungen schärfer waren. Mittlerweile ist sie zwar wieder in Aichach, darf sich aber nicht mehr am Anstaltssport beteiligen. Anfang 1991 wurde ein Pfändungsbeschluß für die Gelder auf ihrem Konto erlassen: Sie soll einen Teil der 109.000 Mark Gerichtskosten bereits während ihrer Haftzeit bezahlen. Die Konsequenz dieser einzigartigen Schikane ist, daß sie weder Batterien für ihr Radio, noch Waschpulver, Briefmarken oder Schreibwaren mehr kaufen kann. Sämtliche Briefe, die ihr ihre Mutter geschrieben hat, sind außerdem, weil sie angeblich Bestandteil des »Infosystems« sein sollen, beschlagnahmt worden.

Verlegungen, Erschwernisse beim Einkauf, Zurückhalten von Post, Verbot von Umschluß, Kontaktsperre innerhalb des Knastes prägen seitdem auch die ohnedies schon schikanöse Haftsituation von nahezu allen anderen Gefangenen. Die vier im sogenannten Normalvollzug in Köln-Ossendorf zusammengelegten Sieglinde Hofmann, Adelheid Schulz, Ingrid Jakobsmeier und Christa Eckes müssen sich während der wöchentlichen Zellendurchsuchungen regelmässig nackt ausziehen, vereinbarte Telefonate mit ihren Angehörigen werden gestrichen. Bei Christian Klar, der nach dem Hungerstreik nach Bruchsal verlegt wurde, werden Briefe mit Rechtschreibfehlern wegen des Verdachts »verdeckter Nachrichtenübermittlung« beschlagnahmt, Briefe, die er schreibt, werden gelegentlich, ohne jede Konkretisierung, zurückgehalten: »Ich soll mal blind solange umformulieren, bis es dem Zensor gefällt.« Protest gegen diese Form von Zensur hatte den Einsatz von Rollkommandos und eine Nacht, die er nackt in den Bunker gesperrt wurde, zur Folge.

Nach dem Attentat auf den Treuhandchef Rohwedder eskaliert der Staatsschutz die Situation weiter: Die CDU in Nordrhein-Westfalen fordert die Auseinanderlegung der Kleinstgruppe in Ossendorf, der nordrhein-westfälische Justizminister Krumsiek (SPD) bedauert öffentlich, daß »es mit den gefangenen Frauen keine sinnvollen Gespräche« gegeben habe: »Sie haben sich nicht so verhalten, wie wir das erwartet haben.« - »Sollte sich bestätigen, daß die Frauen Kontakte zu Sympathisanten (!) aufgebaut hätten, werde er in Abstimmung mit der Karlsruher Behörde sofort reagieren«, faßt die Stuttgarter Zeitung ein Gespräch mit Krumsiek zusammen.

Generalbundesanwalt von Stahl hat, unterstützt von fast allen Generalstaatsanwälten der Länder, einen Vorschlag zur Änderung des Prozeßrechts gemacht, um die Verteidiger der Gefangenen disziplinieren zu können: Unbotmäßige Anwältinnen und Anwälte sollen demnach auch in Ordnungshaft genommen werden können, die durch Anwältinnen und Anwälte verursachten Kosten infolge von »Störungen«, die eine Verhandlungsunterbrechung zur Folge haben, sollen von diesen auch bezahlt werden müssen. Verfassungsschützer aus dem Bundes- und den Landesämtern sowie die Arbeitsgruppe Kripo der Innenminister haben unterdessen ein Konzept entwickelt, das die rechtlichen Grundlagen für umfassende Maßnahmen gegen »besonders beobachtungswürdige Personen«, für die Einschleusung von V-Leuten in Haftanstalten, für die Überwachung der Verteidigerpost und für die »geregelte, systematische und zeitnahe Auswertung« der Protokolle der Häftlingsüberwachung und der Post der Gefangenen zusätzlich zur bisher üblichen Zensur durch Richter und Knastleitung auch noch durch Polizei und Verfassungsschutz schaffen soll.

Die Vorbereitungen für neuerliche Gesetzesverschärfungen werden flankiert durch sorgsam geplante Öffentlichkeitsarbeit: Über die Erklärungen von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar, die als Zeugen im Verfahren gegen Susanne Albrecht vorgeladen worden waren, wurde in den Medien übereinstimmend berichtet, die beiden hätten »neue Gewaltaktionen« angekündigt. Eine Behauptung, die nicht einmal als Interpretation durchgehen kann, wie die Anwälte der beiden klarstellen mußten. Um zu begründen, wieso sie in diesem Strafverfahren nicht aussagen werde, hatte Brigitte Mohnhaupt erklärt: »So lange wie bei Boock gucken wir nicht mehr zu. Jetzt läuft der Film noch ein bißchen, und dann kommen wir.« Und Christian Klar hatte ähnlich deutlich nicht eine neue Aktion, sondern eine gemeinsame öffentliche Erklärung der Gefangenen zu den Aussteigern angekündigt: »Die Gefangenen, die unserer Sache verbunden sind, werden danach sprechen, und zwar direkt zur Öffentlichkeit.« Genau das wird derzeit allerdings, so gut es die Sicherheitsbehörden können,

unterbunden: Bemühungen der »Frankfurter Rundschau«, mit mehreren Gefangenen ein Interview zu führen, scheitern am Einspruch der Justizminister und Knastchefs.

Im März 1991 wurden weitere Zellenrazzien vorgenommen - der richterliche Durchsuchungsbeschluß dafür war allerdings schon am 3. Dezember 1990 erlassen worden, konnte damals aber, wie es heißt »aus im wesentlichen organisatorischen Gründen«, nicht vollzogen werden. Wichtiger als schnelle Ermittlungen scheint den Bundesanwälten das richtige Timing zu sein: Der Erfolg gibt ihnen recht - die Kritik an den doch recht harten Strafen für die RAF-Aussteiger wurde schnell überlagert vom Zorn über die »Zellensteuerung« der gefangenen Hardliner. Über 7.000 Blatt Papier wurden bei diesen Durchsuchungen abtransportiert: »Kassiber mit 7.000 Blatt«, machte daraus aufgrund der Pressepolitik der Bundesanwaltschaft nicht nur die »Welt« - und immer neue Vermerke, Briefwechsel und Dienstanweisungen sichern seitdem, daß das Thema, die »Zellensteuerung«, das »Scheitern« der niemals realisierten Zusammenlegung und neuerdings auch die von Anwälten und Gefangenen eindeutig dementierte Behauptung, ein neuer Hungerstreik stehe bevor, in den Medien bleibt.

»Kassiber« - das klingt geheimnisvoll und illegal, paßt in das Bild vom »Info-System«. Die Bundesanwaltschaft verweigerte allerdings auf Nachfrage von KONKRET sowohl eine Erklärung, was denn unter einem »Kassiber« zu verstehen sei, noch was genau denn ein »Info-System« darstelle: Ein Artikel der in Ossendorf inhaftierten Adelheid Schulz für die in 6.000er Auflage öffentlich in Buchläden verkaufte Zeitung »clockwork 129a«, der ganz regulär die Knastzensur passiert hatte, wurde in den Erklärungen aus Karlsruhe als »Kassiber« bezeichnet. Gilt aber jeder Text, der im Knast geschrieben wird, als »Kassiber«, wird auch die Tatsache, daß sich Genossinnen und Genossen, die draußen jahrelang in einer Gruppe zusammen gekämpft und gelebt haben, nach der Inhaftierung informieren und schreiben, schnell zum »Info-System«.

Die Bundesanwaltschaft führt einen Propaganda-Krieg mit Begriffen, die Presse macht sich zur Unterstützergruppe: Während den Anwältinnen und Anwälten seit über einem Jahr der Einblick in die Akten des laufenden Ermittlungsverfahrens verweigert wird, sie weder erfahren, was genau der Tatverdacht ist, noch gegen wen ermittelt wird, ob auch sie selber bereits strafrechtlich ins Visier genommen worden sind, veröffentlichen Zeitungen und Fernsehmagazine auszugsweise Texte, die angeblich aus dem beschlagnahmten Material stammen.

In »Panorama«, das sich immer wieder gerne als PR-Agentur für die Staatsschutzbehörden verdingt, wurde eine Collage präsentiert: Abgefilmte Papiere mit Zahlenkolonnen und anderthalb Sätze kurze Zitate aus Briefen, in denen ein unbekannter Adressat harsch aufgefordert wurde, sich für eine Seite zu entscheiden, unterstützten auf eindrucksvolle Weise die Behauptung, daß der Gruppendruck unter den Gefangenen deren Abkehr vom bewaffneten Kampf verhindere und sie gleichzeitig Aktionen außerhalb des Knastes steuerten. Daß die Gefangenen, die sich unter ständiger Kontrolle von Schließern, Verfassungsschutz, Polizei und Staatsanwaltschaften befinden, denen jede Intimsphäre geraubt wird, persönliche Notizen oftmals und schon seit langem in Zahlenreihen verschlüsseln müssen, um sie wenigstens notdürftig dem unmittelbaren Zugriff ihrer Kontrolleure entziehen zu können, wurde selbstverständlich nicht gesagt. Genauso blieb die naheliegende Überlegung außen vor, was wohl private Briefe von z.B. »Panorama«-Redakteuren, würden sie gezielt auszugsweise veröffentlicht, alles »beweisen« könnten.

Gegen »Panorama« und den Generalbundesanwalt von Stahl hat der hannoveraner Strafverteidiger Gerd Klusmeyer mittlerweile Strafanzeige gestellt, weil sie »amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens im Wortlaut öffentlich mitgeteilt (haben), bevor sie in öffentlichen Verhandlungen erörtert worden sind«. Die Bundesanwaltschaft weigerte sich gegenüber KONKRET, zu diesen Vorwürfen und zur Strafanzeige Stellung zu beziehen: »Das ist ein laufendes Verfahren.«

Die sture Haltung wird den Bundesanwälten nicht sonderlich schwer gemacht - im Zuge der Wiedervereinigung ist die Volksgemeinschaft der Deutschen insgesamt enger zusammen- und von den letzten Staatsfeinden abgerückt. Die Identifikation mit den Zielsetzungen des Apparats ist immer deutlicher zum bestimmenden Moment auch weiter Teile der Opposition geworden. Deswegen erfolgte weder auf die Zwölf-Jahres-Urteile gegen Susanne Albrecht und Werner Lotze, noch gegen die Zurücknahme der wenigen Haftverbesserungen nach dem Hungerstreik nennenswerter Protest. Die Ignorierung rechtsstaatlicher Verfahrensweisen durch die Bundesanwälte wird fraglos hingenommen, weil es der Bekämpfung der RAF dienen könnte. Es ist also kein Zufall, daß selbst die, die sich gegen die zusehends rabiatere Staatsschutzpraxis aussprechen, nicht mehr von Menschenrechten und Humanität reden, sondern nur warnen: »Der Staatsschutz muß wissen, was er tut. Später klage niemand, wenn die Frequenz der Anschläge wächst.«

Der Staatsschutz weiß, was er tut, er klagt auch nicht. Die Hardliner-Linie der Bundesanwaltschaft setzt sich zusehends gegen den integrationistischen Kurs des Hamburger Verfassungsschützers Lochte durch - weil die siebziger Jahre vorbei sind, in denen für eine Modernisierung der Gesellschaft eine alternative Intelligenz rekrutiert werden mußte. Weite Teile der ehemaligen Opposition sind integriert, die Gesellschaft ist modernisiert - um die Folgen möglichst effektiv in den Griff zu bekommen, ist jetzt eine härtere Gangart opportun: Lochte und die »taz« sind auslaufende Modelle, die verbliebenen Reste der militanten Opposition bekommen erste Folgen gerade zu spüren.

* Wie folgenreich diese Unterstellung der Bundesanwaltschaft sein kann, mußten 1975-78 die Anwälte Groenewold und Croissant erleben: Über Monate wurden ihre Kanzleien observiert, sie wurden zeitweilig inhaftiert, gegen sie wurde ein Strafverfahren eröffnet, in dessen Verlauf relativ hohe Haftstrafen verhängt wurden.

Oliver Tolmein ist Mit-Autor des Buches »Nix Gerafft - Zehn Jahre deutscher Herbst und der Konservativismus der Linken« (Konkret Literatur Verlag)

Konkret 07/91, S. 22

Oliver Tolmein

Muß »Spiegel« machen

Die freie Presse bittet zur Hetzjagd. Ein Nachtrag zu den Geschichten aus 1001 RAF

»Die RAF plant die Entführung von Spitzenmanagern« verkündet am Tag der deutschen Einheit das Deutschland-Magazin »Spiegel«; »Anwälte dienen RAF als Kuriere« titelt am gleichen Tag die »Welt«. Die Bundesanwaltschaft hat ihren festen freien Mitarbeitern in den Redaktionen die nächste, diesmal etwas ausführlichere Zitatencollage als Denunziationsmaterial zur Verfügung gestellt. Der »Spiegel« greift es dankbar auf: Porträtfotos der Anwälte Dieter Adler und Gerd Klusmeyer illustrieren eine Story, die ein Musterbeispiel für einen Journalismus ist, der nichts mehr sein will als die vierte Staatsgewalt.

Fangschußmentalität ist im »Spiegel« eigentlich nichts Neues - auch nach den Verhaftungen von Ulla Penselin und Ingrid Strobl 1987, um nur ein schnell vergessenes Beispiel zu nennen, war in dem Magazin statt einer Nachricht bald die Cover-Version des Bundeskriminalamtes zu lesen (deren Demontage durch Anwälte und vor Gericht dann, gerade so, als ginge es nicht auch um die eigene Berichterstattung, Jahre später, nachdem die Hetzstory von einst ihren Zweck erfüllt hatte, lapidar vermeldet wurde).

Nichts Neues also - und doch ein bemerkenswert niederträchtiger Fall von Wiederholungstäterschaft: Indem jetzt die Verteidiger ins Visier gerückt werden, unternimmt man den Versuch, den Gefangenen aus der RAF den letzten Schutz vor dem totalen Zugriff des Staatsapparates zu nehmen. Auf diese Art wurde 1977 das Kontaktsperregesetz legitimiert, das während des Deutschen Herbstes die vollständige Isolierung der Gefangenen und damit die entgegen allen anderslautenden Gerichtsbeschlüssen (und »Spiegel«-Storys) noch heute ungeklärten Todesfälle von Stammheim ermöglichte.

Weder der »Spiegel« noch die »Welt« liefern auch nur *einen* Beleg für die folgenreichen Vorwürfe, die sie gegen die inhaftierten Gefangenen und ihre Anwälte erheben. Die Leserinnen und Leser werden nicht einmal über die fragwürdige Authentizität des dargebotenen Materials informiert: Anders als bei Hausdurchsuchungen schreibt die Strafprozeßordnung für Zellenrazzien im Knast die Anwesenheit von Zeugen nicht vor; nicht einmal die Gefangenen selber hatten in allen Fällen die Möglichkeit, bei der Beschlagnahmung ihrer Briefe und Unterlagen anwesend zu sein. Daß das von der Bundesanwaltschaft an die Medien weitergeleitete Material identisch ist mit dem in den Zellen gefundenen, läßt sich mithin nicht beweisen.

Doch selbst wenn gutgläubig die Authentizität des Materials unterstellt wird, sagen die zitierten Textfragmente keineswegs das aus, was die Staatsschützer und ihre Lohnschreiber behaupten. »dürfen uns nichts vormachen, dh WIR müssen alles viel stärker führen, deutlicher sein, eingreifen«, so zitiert beispielsweise der »Spiegel« eine angeblich von Christian Klar stammendeTextpassage, und schreibt dann: »Der Wortlaut des mehrseitigen Kassibers, der im März sichergestellt wurde, kann als Ankündigung eines neuen Hungerstreiks oder eines Attentats interpretiert werden. Vor allem aber belegt er nach Ansicht von Sicherheitsexperten `eindeutig', daß die einsitzenden Terroristen mittlerweile aus den Gefängnissen heraus die Führung der bombenden und schießenden Komplizen übernommen haben.«

Nun *kann* der Text natürlich auch als Kochrezept oder als Silbenrätsel interpretiert werden, weil der Fabulierkunst von Interpreten bekanntlich keine Grenzen gesetzt sind, vor allem wird aber weder das eine noch das andere in dem Text, dessen Entstehungsdatum und Adressaten ungenannt bleiben, auch nur angedeutet. Daß die Zeilen »belegen« sollen, und das auch noch »eindeutig«, daß die Gefangenen die Führung der RAF übernommen haben, läßt höchstens darauf schließen, daß die Sicherheitsexperten zuviel Schopenhauer gelesen haben: »Die Welt als Wille und Vorstellung«.

Die »Spiegel«-Interpretation ist im übrigen nicht nur sonderbar, weil sie sich aus dem Zitierten nicht herauslesen läßt. Was angeblich »mittlerweile« der Fall sein soll, hat der Bundesanwaltschaft auch schon in den siebziger Jahren den Vorwand für Gesetzes- und Haftverschärfungen geliefert - mit einem Unterschied allerdings: Damals gehörte der heute einsitzende Christian Klar zu den Leuten aus der RAF, die von den Gefangenen (damals u.a. Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Ulrike Meinhof) aus dem Knast heraus kommandiert worden sein sollen, weil, wie es damals hieß und heute wieder heißt: »drinnen die geistigen Köpfe sitzen, draußen die Handwerker«. Geändert hat sich noch etwas: Die Gefangenen kommandieren heute die »Kommandoebene« nicht nur, sie üben dem »Spiegel« zufolge sogar »Druck« auf sie aus - wie sie das machen, was sie gegen ihre Genossinnen und Genossen in der Hand haben, bleibt wohl auch weiterhin das Geheimnis des Staatsschutzes. Immerhin wissen die Leserinnen und Leser jetzt, wie sämtliche »Terroristen draußen« heißen: »Bernhard«, und wie es ihnen geht: Er »sagt... selbst, ihm gehts dreckig«.

Und dann folgt der Beleg dafür, daß es eine Abstimmung zwischen der Kommandoebene der RAF und den Gefangenen über den Herrhausen-Anschlag gegeben habe: Eva Haule-Frimpong habe geschrieben: »jedenfalls in der qualität von angriff müßte das was sein, was so durchhaut wie anfang 85... aber auf jeden fall ist doch klar, ohne praxis gibts keine hist. tatsache... als wenns das gäbe, daß `ne guerilla `ne neue situation schaffen kann ohne praxis.«

Nun ist es schwer, aus diesen 43 Worten, die aus mindestens drei Sätzen geklaubt wurden, überhaupt einen Sinn zu destillieren - daß »der Klarname des nächsten RAF-Opfers« in ihnen nicht enthalten ist, ist immerhin selbst dem »Spiegel« aufgefallen. Daß eine Guerilla ohne Praxis keine neue Situation schaffen kann, ist im übrigen genauso unbezweifelbar richtig, wie die Erkenntnis schlicht ist, daß es ohne Praxis keine »hist. tatsache« gibt - und daß sich eine Gefangene aus der RAF, die zum Leidwesen der Bundesanwaltschaft dem Konzept des bewaffneten Kampfes nicht abschwört, Gedanken über die »Qualität von Angriffen« macht (wobei »Angriff«, wie man beliebig vielen Flugblättern entnehmen kann, im linken Sprachschatz synonym für fast jede Art von nicht geduldeter politischer Betätigung steht), mag man gut oder schlecht finden, ein Indiz für ihren Kontakt zu Attentätern »draußen« ist es keineswegs.

Daß in einem »Spiegel«-Artikel, in dem aus den Akten der Bundesanwaltschaft zitiert wird, nur dermaßen nichtssagende Textstellen veröffentlicht werden, deutet allerdings darauf hin, daß die nicht-veröffentlichten 7.000 Blatt für die Behauptungen der Bundesanwaltschaft auch bei noch intensiverer »Auswertung« wenig mehr hergeben dürften. Das erklärt auch, wieso auf die scheinbar so »eindeutigen« Befunde, die »Welt« und »Spiegel« mitzuteilen wissen, bisher kein juristischer Schritt erfolgt ist - ein Umstand, den »Spiegel« und »Welt« übrigens kunstvoll zu umschreiben suchen. »Schon im Februar meldete Bundesanwalt Pfaff...«, heißt es im »Spiegel«, »den `Verdacht' ans Bonner Justizministerium, `Nahtstellen zwischen den Gefangenen und der Kommandoebene der RAF' könnten die hannoverschen Strafverteidiger Dieter Adler und Gerd Klusmeyer sein ... Der Vorwurf sei `so schwerwiegend', fuhr Pfaff fort, daß Generalbundesanwalt Alexander von Stahl `nunmehr ein Ermittlungsverfahren einleiten' müsse.«

So schwerwiegend war der Verdacht also schon im Februar - noch vor den jetzt präsentierten Zellenfunden - und was hat Herr von Stahl, bekanntlich kein Zauderer, getan? »Der Generalbundesanwalt wollte allerdings noch vor einer Woche im Gespräch mit der `Welt' Ermittlungsverfahren gegen die beiden Rechtsanwälte noch nicht bestätigen«, heißt es dortselbst.

Der Verdacht liegt nahe, daß auch Herr von Stahl weiß, daß mit seinem Material ein Prozeß gegen die Anwälte nicht zu führen ist. Wenn die Fakten nicht reichen, muß halt Volkszorn weiterhelfen. Um den zu schüren, hat der Staatsschutz seinen »Spiegel« und seine »Welt«: Sie bereiten das Klima, in dem zur Not auch ein Prozeß ohne Fakten gedeiht. Die freie Presse bittet zur Hetzjagd - die Beschuldigten werden nicht gehört, Pardon wird nicht gegeben, die »vierte Gewalt im Staate« funktioniert als Sondereinsatzkommando - rücksichtslos, brutal und im faktisch rechtsfreien Raum.

Konkret 07/91, S. 24

Georg Fülberth

Ein Fall von Panik

Der Letzte macht das Licht aus: Nach dem Kommunistischen Bund (KB) hat jetzt auch die Marxistische Gruppe (MG) ihre Selbstauflösung beschlossen - mit einer mehr als seltsamen Begründung

Einige Male schon ließ ich die Meinung drucken, es werde in den nächsten Jahren keine Linke geben, ja, sie bestehe bereits jetzt nicht mehr. Es handelte sich um eine Prognose mit eingebauter Beschwörung. Da ich noch nie eine zutreffende Vorhersage gemacht hatte, hoffte ich, auch diese werde fehlgehen. Genau damit aber ist mir schon wieder ein falscher Griff in die Zukunft gelungen. Einige Formationen haben nämlich meine Prophezeiung irrtümlich als eine Aufforderung aufgefaßt. Kurz nacheinander gaben der Warschauer Pakt und der Kommunistische Bund den Löffel ab.

In beiden Fällen sprach historische Logik für eine solche Entscheidung. Nun aber, am 20. Mai 1991, beschloß die Marxistische Gruppe (MG) Knall auf Fall ihre Selbst-Auflösung. Das überrascht, denn ein zeitgeschichtlicher Grund hierfür ist nicht auf den ersten Blick sichtbar.

Die MG war ein Resultat jener heftigen Marx-Aneignung, die unter westdeutschen Intellektuellen Anfang der siebziger Jahre stattgefunden hat. Bald stritt man sich über das Verhältnis von Logischem und Historischem im »Kapital« sowie darüber, ob die dort verwandten Begriffe erweitert und fortgeschrieben werden müßten, etwa angesichts eines Ende des neunzehnten Jahrhundert stattfindenden Übergangs in den Monopolkapitalismus. Ein weiterer Differenzpunkt war die Frage nach den Möglichkeiten, diese Produktionsweise durch vorrevolutionäre praktische Politik qualitativ zu verändern oder einen sozialistischen Umsturz durch Reformen vorzubereiten.

Die Marxistischen Gruppen vertraten in allen diesen Auseinandersetzungen die strengste Marx-philologische Orthodoxie. Ihr theoretisches Modell blieb das »Kapital«, wenn man genauer hinsieht: vor allem dessen erster Band. Von Lenin nahmen sie allenfalls dessen Vorstellung von der Kader-Organisation. Doch schon der Imperialismus-Begriff, den sie häufig und zentral verwendeten, kommt nicht von Wladimir Iljitsch, denn dort ist er ja an die Konstatierung des Monopolkapitalismus gebunden. Der Analysestil ihrer Publikationen - z.B. der »Marxistischen Streit- und Zeitschrift Gegen die Kosten der Freiheit« - war mehr noch an den Frühschriften von Marx und Engels als am »Kapital« geschult. Praktische Politik verkniffen sie sich in der Regel und setzten sie ätzender Ideologiekritik aus. Das konnte durchaus sinnvoll sein. Viele, allzuviele der flinken Neu-Marxist(inn)en vom Anfang der siebziger Jahre gingen sehr rasch zum flotten, prinzipienlosen Politikmachen über und hatten ihre Gründe dafür: Parlamentarismus und Verwaltung sind Erwerbszweige wie andere auch, und im Einzelfall mag für die jeweilige Klientel ja auch etwas herausgesprungen sein. Viele dieser Pragmatiker (und besonders diejenigen, die permanent unter fünf Prozent landeten und mit realer Politik nur in ihrer Einbildung zu tun hatten), verbanden ihre optimistische Gesellschafts-Interpretation nach wie vor mit einem marxistischen Anspruch. Was auch immer sie taten: Bildung statt Bomben fordern, für den Frieden demonstrieren, uni-weite Streiks organisieren, die Gewerkschaften loben - all dies war für sie Ausdruck einer Strategie der permanenten Optimierung, für welche ausgerechnet der Marxismus die Handlungsanleitung geben sollte.

Hier war die Intervention der Marxistischen Gruppe hilfreich. Diese machte das Kapitalverhältnis innerhalb der demokratischen Tagespolitik sichtbar, und erstaunlicherweise reichte das alte Besteck aus einer recht frühen Periode des Historischen Materialismus dabei meist aus.

Realistischerweise rechnete die MG damit, daß gerade diejenigen, welche es anging, sich für ihre Argumente besonders wenig interessierten. Sie baute deshalb - vor allem an den Hochschulen - einen aufwendigen Agitations-Apparat auf, der viele Leute nervte. In Vorlesungen schrieben ihre Mitglieder mit, die Notizen landeten in der Redaktion einer Zeitschrift der Marxistischen Gruppe, und kurz darauf wurde die Antwort vor den Hörsälen verteilt. Die Veranstaltungskritik - einst von der frühen Studentenbewegung entwickelt - wurde im Laufe der Zeit das Monopol der MG. Weit gefürchteter war die mündliche Agitation: Abgesandte der Marxistischen Gruppe predigten in Vorlesungen und Seminaren und brachten diese häufig zum Entgleisen. Dabei wurde ein Gefälle innerhalb der Organisation sichtbar: Ihre Hauptschreiber - u.a. Herbert Ludwig Fertl, Karl Held, Theo Ebel - sind scharfsinnige Ideologiekritiker und prima Stilisten. Die Adepten vor Ort bevorzugten dagegen in der Regel die Gebetsmühle.

Zuweilen unterbrach die MG ihre Abstinenz von praktischer Politik. Als die Bewegung gegen die Stationierung der US-amerikanischen Mittelstrecken-Raketen nur noch den Minimalkonsens der Betroffenheit hatte, veranstaltete die MG anti-imperialistische Demonstrationen. Zuweilen trat sie zu einer Wahl für ein Studentenparlament an und hatte einen großen Erfolg, vor allem dort, wo die Hegemonie des MSB Spartakus und des SHB hohl geworden war. Ihre Karriere hatte die Gruppe an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, in der ihre Vorläufer, die »Roten Zellen«, von 1970 bis 1974 den AStA-Vorsitzenden stellten, begonnen. Im bayerischen Milieu hätten auf die Dauer Illusionen über eine demokratische Umstülpung der Bundesrepublik besonders schlecht gedeihen können. Dort gewann man in diesem Punkt eine besonders

klare Sicht. Das Haupt-Instrument der Marxistischen Gruppe ist deshalb immer die ideologiekritische Interpretation geblieben.

Dabei hat sie sich schließlich totgesiegt. In den siebziger Jahren mochte es noch Flausen über die demokratisch-sozialistische Selbstaufhebung des Kapitalismus geben, und die Funktion der MG bestand darin, diese ad absurdum zu führen. Heute aber wissen schon die Zwanzigjährigen, daß Geld die Welt regiert und daß die Demokratie daran nichts ändert, ja diesen Zustand sogar festigt. Von der Marxistischen Gruppe unterscheiden sie sich lediglich durch die positive Bewertung dieses Zustandes. Hatte einst eine breite linke Strömung bestanden, welcher der Star gestochen werden sollte, so ist die Zahl der gutwillig Irrenden jetzt verschwindend klein. Die MG rennt mit ihren Argumenten mittlerweile offene Türen ein.

So mußte sie sich irgendwann die Frage stellen, welchen Sinn das Ganze noch haben solle. Seit vier Jahren, so hört man jetzt, wurde in der Gruppe über eine Änderung ihrer Tätigkeit und Struktur diskutiert. Die Organisation war unter den Bedingungen der siebziger Jahre dimensioniert worden, und das paßte irgendwie nicht mehr. Den Außenstehenden fiel auf, daß das Durchschnittsalter der Aktivistinnen und Aktivisten aus der MG deutlich stieg: Offensichtlich kamen nicht mehr viel Neue dazu. Frust mag sich breitgemacht haben, denn die Marxistische Gruppe hatte durchaus ein Erfolgskriterium, dem sie nicht gerecht wurde. Die Kritik von Ideologie sollte Anhängerinnen und Anhänger für den Kampf gegen die Zustände gewinnen, welche dieses falsche Bewußtsein hervorgebracht hatten. Die Marxistische Gruppe verstand sich als kommunistische Organisation. Jetzt, nach dem Ende, hört und liest man Klagen darüber, daß die Resonanz, auch in der veröffentlichten Meinung, so gering wesen sei. Die Beschränkung des MG-Einflusses auf die Universitäten war keineswegs gewollt, sondern Ausdruck einer Niederlage: Die »Marxistische Arbeiterzeitung« (MAZ), ein Seitenstück zur »Marxistischen Studentenzeitung« (MSZ) und zu den zahlreichen lokalen Hochschul-Organen, fand nur schwache Nachfrage. Diese Beschwerden zeigen, daß die »Marxistische Gruppe« keineswegs zynisch war. Das wurde ihr oft vorgeworfen, war aber falsch. Zynismus ist die affirmative Verdoppelung eines als schlecht erkannten Zustandes. Die MG hätte ihn schon aufheben mögen, hätte sie nur gekonnt.

Aus den Mißerfolgen wollte man vielleicht allmählich organisatorische Konsequenzen ziehen. Stattdessen kam der abrupte Kollaps, und dieser hatte einen eigentümlichen Anlaß: eine Broschüre mit dem Titel »Die ‘Marxistische Gruppe’ (MG). Ideologie, Ziele und Arbeitsmethoden eines kommunistischen Geheimbundes«, veröffentlicht vom Bundesminister des Innern in dessen Schriftenreihe »Themen zur Inneren Sicherheit«. Offensichtlich hat sich in diesem Hause Sorge um die Planstellen der mit der Bekämpfung von Linken befaßten Abteilung breitgemacht, nachdem die Beobachtung der Fremden Heere Ost jetzt weniger Aufwand erfordert.

Das Heftchen ist keineswegs harmlos. Schon der Terminus »Geheimbund« soll die MG in die Nähe des Kriminellen rücken. An einer Stelle wird sie mit der »in Italien in den 80er Jahren ausgehobenen kriminellen Geheimloge ‘Propaganda Due’ (‘P2’)« verglichen. Die Marxistische Gruppe wünsche »eine Beseitigung von Freiheit, Gleichheit und Demokratie«. Ihr Innenleben sei nicht demokratisch.

Für solche Delinquenten hält das Grundgesetz, Artikel 9 Absatz 2, eine Sanktion bereit: »Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.« Nun sagt selbst der Bundesminister des Innern der MG nicht nach, sie habe sich an anderen Nationen versündigt. Aber er erhebt den Vorwurf der Feindseligkeit gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Belege, die er anbringt, taugen allesamt nichts. Wollte er ein Verbot der Marxistischen Gruppe verfügen, bliebe er schon beim nächsten Verwaltungsgericht hängen. Er könnte nicht beweisen, daß sie die FDGO beseitigen will. Die MG hat diese nämlich allezeit nur interpretiert: als Produkt des Kapitalverhältnisses. Und das ist erlaubt.

Der Bundes-Innenminister war wohl auch gar nicht auf ein Verbot aus. Ihm ging es stattdessen um die Vorverlegung des Staatsschutzes in die Gehirnwäsche, ins Kinderzimmer und, wie gehabt, in Betriebe und Verwaltungen. Über die Marxistische Gruppe befindet er: »Das ihrer Ideologie zugrunde liegende Menschenbild ist ethisch extrem unwertig.« Für Eltern stellt er eine Liste von Indizien auf, an denen sich ablesen lasse, daß ihre Kinder der MG verfallen seien, zum Beispiel: »Einstellung bisher ausgeübter Freizeitaktivitäten und Hobbies, sofern diese zeitaufwendig waren«. Arbeitgeber werden vor einer Unterwanderung durch Mitglieder der Marxistischen Gruppe gewarnt: »Die Etablierung eines MG-Netzes kann die Personalpolitik einer Firma beeinträchtigen und die Wahrung von Betriebsgeheimnissen gefährden. Auch kann sie rufschädigend wirken: Die Beschäftigung extremistischer Sektierer ist für keine Institution eine Empfehlung.«

Hier schreibt der Big Brother des postkommunistischen Zeitalters. Die MG hat in der allerletzten Ausgabe ihrer MSZ das Machwerk des Ministeriums glänzend abgeführt. Ihr Verdacht, an dem Pamphlet hätten akademische, vielleicht sogar professorale Kopflanger mitgewirkt, ist plausibel.

Allerdings führt sich hier die Exekutive nur so auf, wie sie von der MG immer beschrieben wurde. Deshalb wirkt deren Reaktion nicht überzeugend: »Die Angriffe des demokratischen Staates und seiner Sicherheitsbehörden auf unsere

Organisation und auf die berufliche Existenz der Befürworter unserer Sache nötigen uns dazu, die Marxistische Gruppe aufzulösen.« Mündlich wird nachgereicht, man befürchte binnen kurzer Frist den Verlust von Hunderten von Mitgliedern durch Berufsverbote oder durch Rückzug, weil das Verhältnis von Risiko und politischer Erfolgschance zu ungünstig geworden sei. Ich nehme an, daß das Letztere ausschlaggebend ist. Der Praxis-Bezug der MG ist nun doch so schwach gewesen, daß sie in dem Moment, da der Staat sich so zeigte, wie er ist, seine unmittelbare Vernichtungs-Chance grotesk überschätzte. Viele ihrer Mitglieder, bis in die Führung hinein, mögen von Zweifeln an der Fortsetzbarkeit des bisherigen Weges befallen gewesen sein - weit über operative Überlegungen zur Notwendigkeit einer organisatorischen Umgruppierung hinaus. Die staatliche Intervention führte jetzt zur Panik, doch diese hatte ihrerseits ganz offensichtlich ihre Vorgeschichte, welche die MG mit allen anderen kommunistischen Organisationen teilt: nagendes Bewußtsein der absoluten Erfolglosigkeit. Das plötzliche Zusammenklappen verliert so sein Überraschungsmoment, es ist ein Stück linker Normalität der neunziger Jahre.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 4/91 über die Auflösung des Warschauer Paktes

Konkret 07/91, S. 26

Otto Köhler

Müßiggang ist aller Neger Anfang

Eberhard Hamer, der sich seit dem Scheitern einer Hochschullaufbahn »Präsident« eines Vereins namens »Deutsches Institut für Mittelstandsökonomie« nennt, ist das Medienereignis des Frühjahrs. Eine Titelgeschichte des »Spiegel«(»Drückeberger an der Arbeitsfront«) und drei Talkshows über die »Scheinkranken« gehen ganz allein auf die dubiosen »Forschungen« dieses rassisistischen Scharlatans zurück

Das war - noch kurz vor Torschluß des Dritten Reiches - vielleicht schon ein Vorspiel zum Auftritt des Helden dreier bundesdeutscher Talkshows und eines Nachrichtenmagazins im ersten großdeutschen Frühling 1991. Mitte Januar 1945 schrieb Norbert Zimmer von der »Forschungsstelle Niedersachsen« an den südafrikanischen Geologen Dr. Rudolf Krahmann und regte an, mit den »Skandinaviern und Westgermanen ... in der SS ... den Gedanken einer gemeinsamen Verantwortung gegenüber den germanischen Überseefragen aufzuwerfen«.

Krahmann antwortete gerade noch rechtzeitig am 17. März 1945 - 67 Tage vor Heinrich Himmlers Selbstmord: »Mir selber wird bei der Arbeit als Ziel immer klarer, eines Tages dem Reichsführer H. ein sauberes südafrikanisches Schlüsselbund auf den Tisch zu legen, eine Denkschrift von zehn oder höchstens 20 Seiten, in der wirklich alles gesagt ist, was zu vernünftiger Ausrichtung kommender Stellungnahmen zu Südafrika notwendig ist.«*

Dr. Rudolf Krahmann war einer der wichtigsten Einflußagenten der Nazis in Südafrika. Schon am 26. Februar 1937 hatte er einen Plan zur »Nutzung des Mineralreichtums« des benachbarten Mocambique »für den deutschen Vierjahresplan« Hermann Görings ausgearbeitet. Krahmanns Haus in Pretoria wurde ein Stützpunkt für die aus dem Reich eingeschleusten deutschen Spione. Auch Norbert Zimmer, der 1939 einreiste, um für seine »Forschungungsstelle Niedersachsen« Pläne für ein deutsches Protektorat Südafrika vorzubereiten, fand bei Krahmann Unterschlupf. Nach 1945, als Zimmer - konsequent - die Leitung einer »Niedersächsischen Auswandererberatungsstelle« in Hannover übernommen hatte, arbeiteten die beiden Alt-Nazis mit ihren »lieben Freunden« weiter an einer deutschen - so Krahmann - »Generalinventur Südafrikas« zwecks »Rettung des Abendlands«.

Ein paar Jahre später tauchte bei Himmlers Schlüsselbundbewahrer in Südafrika ein Student aus Ostfriesland auf. Ausgerüstet mit einem Stipendium des Apartheid-Regimes forschte er und bedankte sich im Vorwort seiner Bemühungen artig: »Die Unterlagen konnte der Verfasser ... durch persönliche Unterstützung von Herrn Dr. R. Krahmann (Pretoria) im Jahre 1960 in Südafrika sammeln.« Der junge Mann hieß Eberhard Hamer und erwarb sich mit seiner Dissertation »Die Industrialisierung Südafrikas seit dem zweiten Weltkrieg« einen Doktor-Titel der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät in Bonn. Nicht zuletzt aufgrund von Rudolf Krahmanns Forschungen kam Eberhard Hamer zu dem Ergebnis, daß Südafrika »eine gesunde, kräftige und der Privatinitiative jede Möglichkeit bietende Wirtschaft« besitze, mit »große]n, billige]n Arbeitskraftreserven«.

Hamer beherrschte so glänzend das treffende Wort, daß nicht nur die neuen, sondern auch die alten Freunde Südafrikas ihre Freude an ihm gehabt hätten: »Andererseits war der Bantu als ein auf einer ganz anderen Entwicklungsstufe stehendes Naturkind von sich aus regelmäßig weder geistig noch seelisch in der Lage, die ihm artfremde Umwelt und Zivilisation soziologisch schon zu bewältigen... « So blieb der »Neger« auf die »Hilfe der Regierung« angewiesen, die sich dieser Aufgabe »mit viel Idealismus, Tatkraft und Geduld« angenommen hat - man nannte das auch den Apartheid-Idealismus.

Eberhard Hamers Dissertation über das »am weitesten entwickelte afrikanische Land« wollte ausdrücklich »zum Verständnis für die heutige Situation in Südafrika beitragen«. Zu diesem Zwecke klärte er darüber auf, daß sich die »Negerbevölkerung« in den Reservaten »mehr oder weniger dem Müßiggange hingibt«, obwohl doch »der Ablauf des von den Europäern geschaffenen Industrieapparates in immer größerem Umfange den Farbigen anvertraut wird«. So ergebe sich eine »ungeheure Abhängigkeit« der südafrikanischen Wirtschaft von den »Negern« mit ihrer »relativ geringen Arbeitsproduktivität«.

Drei Jahre nach dem Massaker von Sharpeville, zur selben Zeit, als der UN-Sicherheitsrat ein Embargo gegen Südafrika ausrief, lobte Hamer das »sehr liberale Wirtschafts- und Arbeitsrecht«, das den Unternehmen »stärker als in anderen Ländern« entgegenkomme. Ein »sozialistischer Mißbrauch« der wenigen Staatsunternehmen in Südafrika sei nicht zu befürchten.

Der Beitritt zur CDU war für den jungen aufstrebenden Akademiker selbstverständlich. Trotzdem reichte es zunächst nicht einmal für den Einzug in den Niedersächsischen Landtag - Hamer errang 1974 eine so eindrucksvolle Niederlage, daß er es nicht wieder auf dem direkten Weg einer Polit-Karriere versuchte. Es reichte nur zu einem schlecht dotierten »Professor«-Titel an der Fachhochschule Bielefeld. Doch als sein enger Parteifreund Johann-Tönjes Cassens zum niedersächsischen Wissenschaftsminister aufstieg, konnten sich Niedersachsens Hochschulen nur unter Inkaufnahme von schweren Nachteilen vor einem Professor Hamer retten. Cassens bemühte sich so sehr, Hamer eine lukrative C-4-Professur zu verschaffen, daß der Landtag mehrfach eingreifen mußte. Als die Lüneburger Hochschule Hamer 1983 nur auf einen

nachrangigen Platz der Berufungsliste gesetzt hatte, quittierte das der Minister mit dem Entzug einer Professorenstelle. Und Hildesheim, das sich ebenfalls einer Professur für Hamer versagte, wurde mit der Ablehnung eines geplanten wirtschaftswissenschaftlichen Ergänzungsstudiums abgestraft. Vorsorglich fragte die damals oppositionelle niedersächsische SPD 1989 im Landtag an, welche Hochschule die Landesregierung als nächste für Hamer aussuchen werde, damit dort rechtzeitig Sanktionen abgewehrt werden könnten.

Doch Hamer hatte sich längst schon als Selbstversorger erwiesen. Von der Wirtschaft ließ er sich in Hannover ein eigenes Institut mit einer ganz eigenen Wissenschaft finanzieren: das »Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.« - es ist inzwischen im Rahmen der Ostkolonialisierung als »Deutsches Institut für Mittelstandsökonomie« nach Magdeburg umgezogen, und Hamer führt jetzt dazu noch den Titel »Präsident«. Auch an der Technischen Universität Magdeburg darf er inzwischen - wie jeder im Westen gescheiterte Hiwi - als Gastprofessor Vorlesungen halten. Und damit könnte es nun endlich genug sein.

Aber nein, es geschah in »Berlin Mitte«, dem »Deutschland-Talk« von Nord 3 am 29. März. Der fremdenhassende Rechtsextremist Manfred Ritter stellte sein Buch »Sturm auf Europa« vor, die ehemalige Ostberliner Ausländerbeauftragte Kahane meinte: »Ich seh' die vielen Millionen noch nicht, die uns da überrollen.« Da warf sich der neue Präsident des Deutschen Instituts für Mittelstandsökonomie an Ritters Seite zur Rettung Europas in die Bresche: »Am 8. April, wenn die Polen ohne Visum hier reinkommen, dann werden Sie schon eine Masseneinwanderung hier erleben. Das ist nächste Woche!« rief Eberhard Hamer aus und schaute ernst, aber gefaßt in die Runde.

Die paar Polen, die nach dem 8. April zu Besuch kamen, erlebten einiges von deutschen Menschen auf deutschen Autowegen: Morddrohungen, Steinwürfe, Überfälle, Straßenraub. An den Grenzen Empfangskomittees jugendlicher Rechtsextremisten, die die Gäste aus Polen in Angst und Schrecken versetzten - und eine Polizei in wieder völlig deutschen Uniformen, die sich zurückhielt. Die aufgehetzte Meute beherrschte die Straße. Der deutsche Mob mußte sich dagegen wehren, daß die Millionen aus dem Osten uns überrollen.

Denn der Professorpräsident Dr. Hamer hatte im »Deutschland-Talk« eindringlich gewarnt: »Was jetzt auf uns zukommt, ist nicht nur etwas Gedachtes, sondern es stehen Millionen Polen auf gepackten Koffern, die wollen herkommen, die wollen für immer herkommen. Der Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft wird uns auch bis zu 20 Millionen Leute bringen, die mit Gewalt hierherkommen, darunter eine Million ethnische Minderheiten...«

Ethnische Minderheiten - jeder wußte, wer damit gemeint ist: Der Ostjude drängt wieder mit Gewalt in deutsches Land. Diese ethnische Minderheit will uns - obwohl doch Hamers Vater, der Pastor, wie nicht oft genug betont werden kann, damals acht Juden gerettet hatte , diese ethnische Minderheit will uns wegnehmen, was wir mühsam aufgebaut haben. Sie sind doch selber schuld an ihrem Los, Eberhard Hamer weiß es genau: »Nachdem sie erstmal den Sozialismus ausgekocht haben, kommen sie jetzt zu uns und wollen das System, das sie bekämpft haben, genießen. Wir sollten das etwas fairer betrachten, die Völker, die eben arm sind, sind zum Teil selbst schuld, daß sie arm sind. Nicht wir sind schuld. Wer Sozialismus praktiziert, ist an Armut selbst schuld.«

Und darum dürfen wir nicht so tun, als seien wir dran schuld, daß es uns besser geht. Wir müssen uns vielmehr wappnen gegen die »Völkerwanderung«, die gegen uns anrollt. Und da mußte man es schon verstehen, daß er die hergelaufene Zigeunerin, die man ihm mit an den Tisch gesetzt hatte und die jetzt von »Wiedergutmachung« daherredete, die man ihrem Volk verweigere, so anherrschte, wie sie es verdient: »Wenn Sie das Thema jetzt auf das Thema bringen: wir müssen jetzt die nächsten hundert Jahre die ganze Welt unterhalten, weil wir mal Schuld auf uns geladen haben - das ist doch höchst unqualifiziert.«

Während - zum 50. Jahrestag - die empörte Frage durch den Raum schwirrte: »Wo haben wir denn die Sowjetunion ausgebeutet?«, wehrte sich der Professor gegen den »Versuch zu suggerieren, als ob wir durch Ausbeutung schuld an unserem Wohlstand« hätten. Klar: »Es ist nicht so, daß wir durch Ausbeutung wohlhabend geworden sind, sondern wir sind durch Leistung unserer Leute und durch Freie Marktwirtschaft zum Wohlstand gekommen. Und jedes andere Land, etwa im Ostblock, hat nach 1945 die gleiche Chance gehabt - hätten sie Marktwirtschaft statt Sozialismus gemacht, wären sie heute auch besser dran. Sie können doch nicht sagen, wir sind schuldig, weil es uns besser geht.«

Und darum verlangte er mehr Staatsgewalt gegen das »Asylantentum«, das sind nämlich Leute, die zu 70 Prozent von kriminellen Organisationen hergebracht worden sind. Hamer als Mittelstandswissenschaftler: »Für mich ist der Betrugstatbestand der, daß jemand hingeht und sagt: Ich bin politisch Verfolgter und will auf diese Weise Sozialvorteile erreichen. Würde das ein Deutscher tun, würde er verfolgt vom Staatsanwalt. Warum ist das mit Ausländern, die das gleiche tun in Massen, nicht der Fall? Das heißt also, wir führen den Rechtsstaat unehrlich in dem ganzen Bereich.«

Warum? Ganz einfach. Der Professor: »Hier findet unter dem Begriff Asyl - das muß man einfach sehen - eine kriminelle Subkultur statt.« Selbst der milde Moderator Horst Schättle ging schließlich auf Distanz, als Hamer schrie: »Diese alte Masche wollen wir nicht noch ständig hören!« - die Zigeunerin hatte von der Ermordung der Sinti gesprochen. Gegen Ende

der Sendung entschuldigte sich ein Herr aus dem Publikum unter erfreulich kräftigem Beifall bei »den ausländischen Mitbürgern, denen es schlechter geht als uns, für das menschenverachtende Auftreten des Professor Hamer«.

Spätestens seit dem 29. März war also für jedermann erkennbar, welch ein primitives Haß- und Ressentimentbündel dieser Eberhard Hamer ist. Doch die bundesdeutschen Medien können von solchen Leuten nicht genug kriegen. Am 29. April ist er der Held der »Spiegel«-Titelgeschichte »Volkssport Krankfeiern« gegen die - so nennt man das wieder - »Drückeberger an der Arbeitsfront«.

Denn jetzt, nach der feindlichen Übernahme der Betriebe im Anschlußgebiet, muß auch in den Betrieben des Mutterlandes die alte Ordnung wieder einkehren: Wer krank ist, simuliert, und soll selber dafür zahlen. Schluß mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Das Nachrichtenmagazin: »Könnte man den Scheinkranken auf die Schliche kommen, so errechnete der Professor Hamer, würden allein für die Wirtschaft 12 Milliarden Mark an Lohnfortzahlungen entfallen.«

Beweis: Hamer will mit seinen Studenten in Kneipen und auf Sportplätzen 2.000 Leute befragt haben. Angebliches »Endergebnis«: »Rund 30 Prozent aller Gesprächspartner ... machen regelmäßig blau.« Das triumphierende Fazit des »Spiegel«:»Hamers Zahlen ... sind vorerst nicht zu widerlegen.«

So wie der »Spiegel« nahmen auch die Kommerzsender pflichtgemäß das Amateurgeforsche des Mittelstandsinstitutspräsidenten als Wissenschaft. RTL-plus lud Hamer auf seinen »Heißen Stuhl«, damit er seine These - jetzt radikalisiert: »Jeder dritte Arbeitnehmer macht regelmäßig blau« - unter kräftiger Assistenz des streng parteiischen Moderators Ulrich Meyer verteidigen konnte. Und auch fünf Tage später, als Hamer beim »Talk im Turm« verkündigte, daß »die Fleißigen immer mehr Faule mitschleppen« müssen - das sei ein »Virus, den die Sozialdemokratie hergebracht« habe - , tat Sat-1-Gesprächsleiter Gero von Boehm alles, um Hamer vor kritischen Fragen zu retten. »Geht Ihnen nicht auch das Messer in der Tasche auf, wenn die Blaumacher auf Kosten der Fleißigen, die sich vielleicht auch mal zusammenreißen...«, bedrängte er ausgerechnet den Talk-Gast Thomas Ebermann. Den Präsidenten Hamer fragte er nicht nach seinem Messer. Ob er wußte, was für ein sauberes Schlüsselbund der stattdessen in der Tasche hat?

* Zitiert nach der höchst informativen Dissertation (bei Hans-Ulrich Wehler in Bielefeld) von Alfred Hagemann: Südafrika und das »Dritte Reich«. Rassenpolitische Affinität und machtpolitische Rivalität. Frankfurt/Main: Campus Verlag, 1989

Otto Köhler schrieb in KONKRET 6/91 über einen Versuch, die Geschichte der IG Farben weißzuwaschen

Konkret 07/91, S. 29

Hermann L. Gremliza

Tauschwitz und andere

Wie die Hamburger Klassenjustiz ein paar übereifrige Denunzianten abblitzen ließ und wie ihnen doch Genugtuung widerfuhr

Dies ist eine der endlosen Geschichten, die verständlich nur bleiben, wenn sie immer wieder ganz von vorn erzählt werden. Sie beginnt im Frühjahr 1990 mit dem Brief eines Tilman Zülch von der »Gesellschaft für bedrohte Völker« an die Abgeordneten der gerade gewählten Volkskammer der DDR:

Auf dem Gebiet der heutigen DDR (früher Sowjetisch Besetzte Zone, SBZ) wurden nach 1945 etwa 160.000 Menschen unter Mißachtung sämtlicher rechtsstaatlicher Maßstäbe von sowjetischen Behörden unter Mitwirkung der SED (KPD) inhaftiert, von denen etwa 65-79.000 (nach Schätzungen von Finn bzw. Fricke) in Gefängnissen und Konzentrationslagern ums Leben kamen... Mit diesem offenen Brief möchte ich Sie bitten, diese Massenvernichtungen überall in der DDR offen zu diskutieren, alle vorhandenen und verheimlichten Massengräber zu öffnen, die Namenslisten der Ermordeten zu publizieren, die Opfer zu rehabilitieren und eine Politik der Wiedergutmachung einzuleiten.

Darauf hatte ich in KONKRET 5/90 (»Ich, Josef Stalin«) geantwortet:

Nun spricht vieles dafür, daß die sowjetischen Sieger auch Unschuldige inhaftiert haben und manche, deren Unschuld sie kannten... Nicht von diesen aber ist - bei der Gesellschaft für das bedrohte Volk und deshalb auch hier - die Rede, sondern von den 160.000, die weniger als ein Prozent der damals in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Deutschen ausmachten, also nicht mal den zehnten Teil derer, die als Nazi-Funktionäre, als SS-, SA- oder Wehrmachtsmänner gerade zwanzig Millionen Sowjetbürger ermordet hatten. Welchen Umgang konnten diese Räuber und Mörder von den Überfallenen... fordern?

Aus Göttingen, dem Sitz der »Gesellschaft für bedrohte Völker« meldete daraufhin die »Bild-Zeitung«:

STALIN-OPFER VERKLAGEN KONKRET-CHEF

Göttingen - Der DDR-»Bund der Stalinistisch Verfolgten« hat Anzeige gegen KONKRET-Chefredakteur Hermann L. Gremliza erstattet - wegen Verleumdung und Beleidigung. Gremliza habe in der Mai-Ausgabe die 160.000 mit Unterstützung der KPD/SED verhafteten Menschen als »Räuber und Mörder« bezeichnet.

Der Anzeige aus Göttingen folgten einige weitere Anzeigen, denen als Beweismittel Schriftstücke der Göttinger Gesellschaft für bedrohte Völker, geteilte Reiche und ermordete Führer beilagen. Zwei der Anzeiger habe ich in KONKRET 11/90 genannt: Dr. *H.J.*Hampel aus Düsseldorf und Günter Tauschwitz aus 8905 Mering. Die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg arbeitete schnell: Bereits am 3. Januar 1991 teilte sie den Anzeigern mit, daß sie ihre Ermittlungen eingestellt habe, weil meine Kolumne »weder den Tatbestand der Beleidigung (185 FF StGB) noch die der Volksverhetzung (130 StGB) bzw. der öffentlichen Billigung von Straftaten (140 StGB)« erfülle.

Tauschwitz, vom Verein der bedrohten Völkischen, legte sogleich Dienstaufsichts-Beschwerde ein (»Eine so üble Beschimpfung der überlebenden KZ-Insassen kann nicht im Rahmen der Meinungsfreiheit liegen«), die zu seinem und der Göttinger Pech auf einen Oberstaatsanwalt bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht traf, der die Rehabilitierung von Nazis für eine weniger dringende Aufgabe hält, denn er antwortete am 18. März 1991:

Die Staatsanwaltschaft hat das Verfahren mit Recht eingestellt... Zur Begründung wird... auf die zutreffenden Gründe des angefochtenen Einstellungsbescheides verwiesen. Dort ist zu Recht ausgeführt, daß in dem angefochtenen Artikel sehr wohl zwischen Unschuldigen und Schuldigen unterschieden wird, die der sog. stalinistischen Verfolgung ausgesetzt waren. Damit wird nicht geleugnet, daß den Verhaftungen nach 1945 und den daraus entstandenen bitteren menschlichen Einzelschicksalen nach Rechtsstaatsprinzipien ein erheblicher Unrechtscharakter innegewohnt hat. Der Verfasser erörtert vielmehr die Problematik, daß mit einer pauschalen Kennzeichnung der Verfolgungsmaßnahmen als »stalinistisches Unrecht« auch die Verfolgung von Straftätern aus der Zeit vor Beendigung des Krieges als Unrechtshandlungen gekennzeichnet würden...

Die dem Artikel immanente Auffassung, die unmittelbare Verfolgung von NS-Straftätern und Kriegsverbrechern (müsse) auch künftig als gerechtfertigt gewertet werden und dürfe nicht in eine allumfassende Bewertung der Nachkriegsgeschichte als stalinistisches Unrecht aufgehen, ist jedenfalls nach presserechtlichen Grundsätzen der freien Meinungsäußerung nicht zu beanstanden.

Ich wurde also nicht gehängt, aber Tauschwitz und sein Zülch sollten doch noch gerächt werden, von einem höheren Wesen als einem hanseatischen Oberstaatsanwalt. Am 11. Juni schickte die »Bild-Zeitung« ein Bild um die Welt - diesmal nicht aus Göttingen, sondern aus Buchenwald:

Der Kanzler im stillen Gedenken

Kanzler Kohl betet vor einem Holzkreuz im KZ... für die *10.000 Todesopfer der sowjetischen Militärregierung, die das KZ bis 1950 als `Speziallager Nr. 2' betrieb. Die Gefangenen - NS-Funktionäre, Mitläufer, `werwolfverdächtige' Jugendliche, viele Unschuldige - verhungerten hier, erfroren, wurden von Epidemien weggerafft. Sieben schlichte Holzkreuze erinnern an sie. Sichtlich betroffen, die Hände zum Gebet gefaltet, steht Kohl 55 Sekunden vor den sieben Kreuzen. `Die Erinnerung an das Grauen wird uns allen immer frisch im Gedächtnis bleiben', sagt der Kanzler.*

Ich weiß nicht, was Finn und Fricke schätzen, aber man könnte zugunsten von Zülch, Tauschwitz und ihrem Kanzler sehr wohl annehmen, daß nicht mehr als 90 bis 95 Prozent derer, die Helmut Kohl betend ehrte, KZ-Wächter, SA-Totschläger, NS-Kreisleiter, Gestapo-Denunzianten, Hitler-Offiziere, Euthanasie-Ärzte und ähnliches waren, exakt das Gesindel also, das die deutsche Völkermordmaschine betrieben hatte. Sozialdemokraten wie Robert Zeiler, der 1945 aus dem Nazi-KZ entlassen, 1948 unter Spionageverdacht wieder in Buchenwald interniert worden war und nun in allen Zeitungen als das einzige Beispiel für die »vielen Unschuldigen« genannt werden kann, dürften eine recht kleine Minderheit gebildet haben.

Sie zu ehren, zu rehabilitieren, die Überlebenden und die Hinterbliebenen für das Erlittene zu entschädigen - wer wollte diesem gerechten Verlangen widersprechen? Ehre, Rehabilitierung und Wiedergutmachung aber für die 10.000 zu fordern heißt, entweder die unschuldigen Opfer den Nazi-Mördern gleichzumachen oder die Nazi-Mörder von ihrer Schuld freizusprechen. Das eine haben Zülch und Tauschwitz gewollt, das andere hat ihr Kanzler getan.

Konkret 07/91, S. 30

Werner Vogt

Einatmen Ausatmen

Auf nichts sind die schwarzroten Politiker Österreichs so stolz wie auf ihren Sozialstaat, den sie vorbildlich und beispielhaft nennen. Was an ihm wirklich exemplarisch ist, beschreibt der Wiener Unfallchirurg und Essayist Werner Vogt

Was ist das: Politik? Wie ereignet sich diese ramponierte Kunst? Wer lehrt die Kandidaten das Gewerbe des Anbiederns, Beteuerns, die Kniffe der Umgarnung? Sie, die einzig Wählbaren, verblüffen uns durch scharfe Beobachtungs- und famose Auffassungsgabe, durch enorme Offenheit: Eine Brücke stürzt ein, der zuständige Konfektionspolitiker erscheint blitzartig vor Ort und am Bildschirm, um uns mitzuteilen, daß beim Einsturz einer Brücke dieselbe gesperrt werde. Kreisky stirbt, und jeder politische Gewerbetreibende versichert uns, der Verstorbene sei nun tot.

Was immer wir getan, wofür wir uns angestrengt haben, es wäre ohne unsere Gewählten nicht möglich gewesen, teilt man uns mit. Kein Huhn legt ein Ei, kein Schwein stirbt beim Schlächter ohne entsprechende Verordnung. Zeugt man Kinder, geben sie dir Beihilfe. Treibt man sie ab, wirft sich eine Frau Minister in Pose. Keiner ist Bürger ohne einen Meister. Wer findet noch, ohne die da oben, Wohnung oder Arbeit?

Bald werden wir mehr Parteimitglieder als Österreicher haben. Schon jetzt leiden wir an ständiger politischer Beeinträchtigung. Auch auf den friedlichsten jungen Mann lauert ein Kriegsminister. Noch am Eingang zum Altersheim werden die Abgeschobenen von einem gut gelaunten Stadtrat begrüßt.

Auf den ersten Blick entpuppt Politik sich als gesellschaftlich zwar anerkanntes, aber beträchtliches Übel. Einmal kleiner, einmal größer. Das eben ist die Wahl.

Nun könnte man immer noch die Vermutung anstellen, das aufgeblasene Gehabe sei Theaterdonner, Ritual und Imponiergehabe, eine Art auffällige Tracht für das politische Hochamt, für die Wahl eben. Dahinter aber, so hoffen wir, verberge sich wohltuend Vernunft, Steuerungsvermögen, Politik als Entscheidungskunst zum möglichen Überleben, zur Sicherung von unbewaffnetem Frieden und kreditfähigem Wohlstand.

Immerhin: Wir leben in einem Sozialstaat. Gegen Krankheit, altersbedingte Untüchtigkeit, gegen den Sturz aus großer Höhe oder in die Arbeitslosigkeit, gegen psychischen Hagelschlag und knochennahes Unglück sind wir doch, dank einer aus politischen Kämpfen herausgewachsenen Gesundheits- und Sozialpolitik, abgesichert. Hoffen wir.

Die Hoffnung erfüllt sich nicht. Wir tragen nicht alle das gleiche Risiko, wir sind nicht ausreichend und bis zum Lebensende gegen hereinkrachendes Unglück »abgefedert«, wie die neue Vokabel zur Linderung von Elend heißt.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, den Gesundheitszustand einer Bevölkerung zu beschreiben. Die eine: Man nennt die Zahl der Ärzte, der durchgeführten Behandlungen, der für die Gesundheit ausgegebenen Millionen. Bei dieser Methode scheint freilich die Gegenwart oder Abwesenheit des Arztes wichtiger zu sein als seine effektive Tätigkeit. Zudem wird die Fiktion aufrechterhalten, daß ein bestimmter Geldumlauf gesundheitsfördernd sei.

Die zweite Methode: Man fragt nach der Lebenserwartung, nach der Zahl der erkrankten, aber unbehandelten Bürger, nach dem Ausmaß der kleinen, ungenannten Leiden, nach der Zahl der Krankenstandstage und der Frühinvaliden. Wählt man diese zweite Methode zur Charakteristik der Gesundheitslage, so ergibt sich ein düsteres Bild. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) meldet insgesamt einen Rückgang des Durchschnittsalters der männlichen Bevölkerung in den hochindustrialisierten Ländern. Auch Österreich und die Bundesrepublik sind Industriestaaten. Von der WHO werden die vielen Toten als »Tribut an die Technik« gewertet, wodurch der Eindruck entsteht, es wäre alles in bester Ordnung. Viel Technik, viel Tote.

Die Zahl der erkrankten, nicht behandelten Bürger ist riesengroß. Vorsorgeuntersuchungen bringen zutage, daß 80 Prozent der Männer und 85 Prozent der Frauen pathologische Befunde in sich herumtragen. Empirische Untersuchungen über den subjektiven Gesundheitszustand zeigen, daß lediglich 10 Prozent der Untersuchten beschwerdefrei sind. 25 Prozent klagen über leichte Beschwerden, etwa der gleiche Prozentsatz klagt über mehrere Beschwerden leichter Art. 43 Prozent sind stärker leidend. Gefragt wurde nach Herzbeschwerden, Schwäche, Müdigkeit, Nervosität, Angstzuständen, Gelenkschmerzen, Kreuzschmerzen, Schlaflosigkeit. Die Zunahme der Frühinvaliden, also der Menschen, die vorzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden mußten, weil sie abgebaut, verbraucht, ausgepumpt sind, zeigt eindeutig, daß Arbeitszeitverkürzung kein Papiertiger wäre. In die gleiche Richtung weisen sämtliche Krankenstandsstatistiken.

Der »Tribut an die Technik« ist also nicht gering. Dabei ist es besonders interessant, daß die nicht gerade linksradikale WHO die Arbeitswelt als pathogenen Faktor, als krankmachend, entlarvt. »Angehörige von Gesellschaftsordnungen, die von Herzkrankheiten bisher weitgehend verschont geblieben seien, würden mit zunehmender Industrialisierung des Lebensraumes ebenfalls mit einem Ansteigen der Herztoten zu rechnen haben.« Was die WHO allerdings verschweigt, ist der Umstand, daß die krankmachende Arbeitswelt nicht in jeder Schicht gleich katastrophale Folgen hinterläßt. Leidende, Frühinvalide, Tote - der Tribut an die Technik wird vor allem von der Unterschicht entrichtet.

Das ist allen, auch den Ärzten, selbstverständlich: daß der Arbeiter bei geringerer Bezahlung das größere Lebensrisiko trägt. 1988 erlitten in Österreich von 1.000 Arbeitern 115, von 1.000 Angestellten 22 und von 1.000 Selbständigen 20 einen Arbeitsunfall. In der Metallverarbeitung ereigneten sich 39.097 Arbeitsunfälle, es starben 29 Metallarbeiter, im Baugewerbe verunglückten 24.478 auf der Baustelle, davon 444 tödlich. Im Hotel- und Gastgewerbe starben zwei. Im Bankwesen keiner. Ist es selbstverständlich, daß der Arbeitsplatz für die einen um so viel bedrohlicher sein muß als für die anderen? Früher einmal interessierte sich noch die Gewerkschaft für diese tödlichen Umstände.

Eine Untersuchung des österreichischen Sozialmediziners Popper über »Beruf und Lebenserwartung« aus den Jahren 1957 - 1959 (!) erbrachte folgende Ergebnisse: Ein Gold- und Silberschmied wurde damals 67,8 Jahre alt. Frühinvalidität gab es in 10,6 Prozent der Fälle, und die Dauer des Rentenbezuges in Jahren lag bei 8,2. Ein Schweißer wurde durchschnittlich nur 49,2 Jahre alt, 91,7 Prozent der Schweißer wurden Frühinvalide und bezogen durch 3,1 Jahre ihre Rente. Dozent Popper weist in seiner Untersuchung darauf hin, daß es sich hier lediglich um die Sterblichkeit im Beruf, nicht aber infolge des Berufs handle. Ich frage mich allerdings, ob diese Unterscheidung aufrechterhalten werden kann.

Seit den fünfziger Jahren gibt es keine derartigen Untersuchungen mehr. Die Sozialpartnerschaft belästigt uns schon lange nicht mehr mit deprimierenden Daten.

In den Statistiken verschwinden zusehends die Hinweise darauf, wer bei welcher Arbeit gefährdet wird. Dafür werden die Unfallursachen in den Vordergrund gerückt. Der Mensch verschwindet im Umstand.

Wir Ärzte kümmern uns um die Kranken. Eingeengt durch eine Medizin, die sich in diffiziler Organbeschau gefällt und dabei fast ohne den Menschen auskommt, eingeengt durch einen Krankheitsbegriff, der sich im wesentlichen an der Arbeitsunfähigkeit orientiert, eingeengt durch ein politisches Selbstverständnis, das bei Politik lediglich Standespolitik meint und bei Gesellschaftspolitik grundsätzlich rot sieht, sind die Ärzte zu stillen Kollaborateuren eines Wirtschaftssystems geworden, welches das Leben verkürzt, Krankheit und Leiden en masse produziert. Daß die Arbeiterschaft frühen Tod, chronisch Kranke und ewig Leidende stellt, ist für Medizin und Politik nichts anderes als Schicksal.

In Kuba und in Nicaragua, hieß es, waren am Tag nach der Revolution nur wenig mehr als 50 Prozent der Ärzte zurückgeblieben. Alle anderen waren zusammen mit den Reichen, Spekulanten und Unterdrückern des alten Regimes geflohen und hatten das Volk mit seinen Krankheiten allein gelassen.

Wie wir sehen, bedarf es keiner Revolution, um das Volk mit seinen Krankheiten allein zu lassen. In unseren Breiten schafft man dies durch Gewöhnung.

Die Hoffnung auf geordnete, durch Politik abgesicherte Lebensverhältnisse erfüllt sich nicht. Die Krankenversicherung bezahlt nur, solange Aussicht auf rasche Heilung besteht. Wer chronisch krank ist oder kränkelt, wer unheilbar ist, für den ist die für rasche Heilung zuständige Krankenversicherung nach kurzer Zeit nicht mehr zuständig. Je größer die Not, umso geringer die Hilfe. Jedes wählbare Subjekt preist zwar den Wohlstand, jeder Gesundheitsfunktionär garantiert uns hohe Lebenserwartung. Neuerdings wurde sogar der Vorschlag gemacht, dem angeblich vortrefflich gesicherten Lebensabend Verfassungsrang einzuräumen. Das Altersheim soll uns verfassungsmäßig garantiert werden.

Das alles hindert die Garanten derartiger Umstände freilich nicht, den tatsächlich alt gewordenen Mitbürgern nahezu wöchentlich ihre Erhaltungskosten vorzurechnen. Sie treiben sich nämlich in den teuren Akutbetten herum, unsere Betagten, statt mit dem preisgekrönten Altenlager im Zentralheim für das Wohlfahrtsende vorliebzunehmen. Sie liegen also falsch, unsere Alten.

Beim zweiten Hinsehen, bei Beurteilung jener kurzen Strecke zwischen unserem Anfang und unserem Ende, zeigt sich eine düstere gesundheitspolitische Realverfassung. Nur gegen den rasch behebbaren Risikofall, gegen die heilbare Krankheit sind wir gut versichert. Wer jung und fast gesund ist, findet Zugang zu Ordinationen, Spitälern. Wer alt geworden ist, wen dauerhaftes Siechtum überfallen hat, stürzt neben das vielgelobte Netz, das zwischen den Türmen der Pensionsversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung ausgespannt liegt. Die Zahl der Bürger, die wegen gesetzlicher Unzuständigkeit in keinem der Türme Sicherheit finden, wächst täglich.

Das Altersheim, die Pflegeabteilung mit Personal und geringem medizinischen Niveau stellen eine billige letzte Perspektive dar. Aber nicht einmal sie ist für alle beziehbar.

Allein in Wien sollten, laut Zielplan 1983, tausend Akutbetten eingespart, also von hochbetagten Patienten gesäubert werden. Die Säuberung war nicht durchführbar, da 6.000 Altenbetten fehlten. Niemand erfaßt die riesige Zahl der allein gelassenen Bettlägerigen, die weder Akut- noch Altenbett ergattern, die in ihren heruntergekommenen Wohnungen dahindämmern. Wenn sie stürzen, liegen sie tagelang hilflos herum. Viele beenden derart verlassen ihr Leben. Schon jetzt ist die Selbstmordrate bei den Alten am höchsten. Sie wird in Anbetracht der gesundheitspolitischen Verfassung, die auf Ungleichheit im Ernstfall setzt, weiterhin steigen.

Versorgungsmängel bestehen aber nicht nur im Altenteil unserer Gesellschaft. Rehabilitationseinrichtungen sind nur einem geringen Teil von Erwerbstätigen zugänglich. Gesetzlicher Anspruch auf völlige Wiederherstellung besteht nur bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Berufskrank wiederum ist per Gesetz nur jener, der unmittelbar am Arbeitsplatz vergiftet wird, am Lärm ertaubt, am Gas erstickt. Wem die Sorge um den Arbeitsplatz an Herz oder Nieren geht, gilt als seines Unglücks eigener Schmied.

Das eben ist die freie Marktwirtschaft. Wem nicht der Leib allein erkrankt, wer an der Seele Qualen leidet und nicht in die Fänge der Pharmamedizin geraten will, wer sich für die Psychotherapie entscheidet, muß in Österreich mit einem bei 100 Prozent liegenden Selbstbehalt rechnen. Die Kapazitäten des psychischen Gewerbes, meist damit beschäftigt, uns die nationale Seele oder eine Katastrophe zu erklären, nehmen für zehn Minuten 1.000 Schilling. Es muß also einer sehr vermögend sein, damit ihn die seelische Gesundheit nicht in den ökonomischen Ruin treibt.

Bekannt und berühmt ist auch die weit offene Hand der Zahnärzte. Wer sechs Jahrzehnte überlebt, der weiß, daß die dem Milchzahn folgende Zahngeneration sich ebenfalls ablebt, ziemlich brüchig wird. Nicht selten dient die Abfertigung oder das durch Jahre hindurch Ersparte dem vorletzten Lebenswunsch: der Auffüllung einer lückenhaften Zahnreihe.

Da das Ersparte oft gering, die Abfertigung lächerlich klein ist, werden die zahnlosen Greise autobusweise in das nahe Ungarn oder in die Tschechoslowakei gekarrt, um sich auf dem Schwarzmarkt einen billigen Ostbiß verpassen zu lassen. Wie lange wird es diesen Schwarzmarkt noch geben?

Für die Seele und für das Gebiß fühlt sich kein Sozialversicherungsträger so richtig zuständig. Vor 100 Jahren, als es an die Gründung dieser Risikogemeinschaft ging, als die Sozialversicherungseinrichtungen entstanden, war Zahn- und Seelenlosigkeit für die Unterschicht eine Selbstverständlichkeit. Daran hat sich wenig geändert.

Wer im nördlichen Waldviertel Blut hustet, wem im Paznauntal der Schlund enger und enger wird, der wird Monate zu spät zu einer Diagnose, zu einem möglichen Behandlungserfolg kommen. Er wird hunderte Kilometer zurückgelegt haben, Wochen oder Monate auf ein Bett in einer kompetenten Abteilung warten, ehe er weiß, warum er hustet, was ihm jeden Bissen zur Qual macht.

Wer an Abnützungskrankheiten der Gelenke leidet, wartet schon jetzt bis zu zwölf Monate auf die notwendig gewordene prothetische Versorgung. Selbstzahler und Zusatzversicherte haben Vorrang. Nicht die Schwere der Erkrankung, das Versicherungsverhältnis bestimmt den Zeitpunkt der Operation.

2,8 Millionen Österreicher sind bereits privat versichert. Das zeigt, wie gering das Vertrauen in die öffentlichen Pflichtversicherungen geworden ist, verkündet freudig der Rechtsausleger Haider. Sein Schluß: Weg mit der Pflichtversicherung, hin zur Versicherungspflicht, also hin zur Privatisierung des Gesundheitssektors. Er will die Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen, in den roten und schwarzen Tintenburgen, wie er sie nennt, zerschlagen.

Die Rechtskonservativen erwähnen genüßlich den milliardenschweren Verwaltungsaufwand in den »29 Sozialversicherungsanstalten, in denen sich, streng nach Proporz, 29 Generaldirektoren und Direktoren fürstliche Gehälter zusprechen, denen 29 ehrenamtliche Obmänner und Vizeobmänner beigegeben sind, die sich ihre Ehre großzügig entschädigen lassen. Rund 400 rote und schwarze ehrenamtliche Funktionäre beziehen bis zu 50.000 Schilling pro Monat, zusätzlich Pensionsanspruch«, verkündigt Haider.

Alle Konservativen ergötzen sich am Verwaltungsaufwand, kritisieren den Stil der Sozialstaatsbürokraten und ziehen daraus den Schluß, die Liquidierung der Versicherungsanstalten bringe die Lösung der Versorgungsprobleme. Daß damit das Elend der Erkrankten oder Arbeitslosen größer, nicht kleiner wird, übersehen sie. Sie beheben den Mangel, indem sie alles abschaffen, die Fehlversorgung zur Nullversorgung treiben.

Die Biedermänner in den Sozialversicherungsanstalten sind ausschließlich und durch Jahrzehnte mit der Buchhaltung beschäftigt. Die Regierung stellt sich auf gleiche falsche Höhe und beklagt die Kosten. Wer wann und warum krank wird, wer so und zu welchen Bedingungen geheilt werden soll, ist niemals Gegenstand ihres Denkens.

Die Fehl- und Unterversorgung wird verschwiegen, die Frage nach einer Verbesserung des desolaten ambulanten und desolaten stationären Systems unterbleibt, tritt lediglich auf der Buchhalterebene als Kostenstelle in Erscheinung. Die Konservativen zeichnen das Bild einer dahinprassenden, zweifarbigen Sozialbürokratie, karikieren die drei Säulen des Sozialstaates als Selbstbedienungsladen für drittklassige Politfunktionäre und provozieren damit den Ruf nach Auflösung, Abschaffung, Zerschlagung lebenswichtiger Einrichtungen.

Daß ausschließlich das Parteibuch darüber entscheidet, wer in Österreich Direktor, Obmann, leitender Funktionär in einer der 29 Versicherungsanstalten wird, daß keinerlei Qualifikation erforderlich ist, um die Milliardenbetriebe der Pensions-, Unfall- und Krankenversicherung zu leiten, ist traurige Realität. Gescheiterte Berufs- oder Politkarrieren, über Gewerkschaft oder Bundeskammer hochgekommene allzeit treue Parteivasallen, denen statt des angestrebten politischen Mandats ein hochbezahltes Amt oder Ehrenamt im Direktionsrang zugesichert wurde, entscheiden dann über unser aller Sozialstaatswohl. Der durch das Parteibuch vom Nichts in die feine Etage, in das Großraumbüro mit Sekretärin,

Badezimmer, Ölgemälde, riesengroßem Kruzifix und edlem Marmorspringbrunnen Geratene läßt sich im Dienstwagen in die Anstaltseinrichtungen karren und mimt dort den gelernten Obmann, den Direktor. Gediegene Gewerkschafter und ehemalige Betriebsräte stecken sich in die obligaten Nadelstreifanzüge und spielen harte Arbeitgeber. Dieses Spiel der Eitelkeiten ist zwar lächerlich, es hat aber Konsequenzen.

Daß die Konservativen, die die Existenz der Sozialversicherungseinrichtungen auslöschen wollen, ehemals von der Arbeiterschaft erkämpfte Einrichtungen unserer Risikogesellschaft als rot-schwarze Tintenburgen diffamieren können, ist eine dieser Konsequenzen. Daß es seit nunmehr zwanzig Jahren keinerlei Weiterentwicklung der Sozialstaatsidee gibt, durch Stillstand und bloße Verwaltung tendenziell eine Rückentwicklung einsetzt, das Versorgungsniveau nicht besser, sondern schlechter wird, Neuentwicklungen übersehen, negiert, unterschlagen werden, weil Entscheidungen nur von Köpfen, nicht von überforderten Parteigängern getroffen werden können, ist die andere Folge dieser politischen Vetternwirtschaft.

Die Herz-Kreislauf-Erkrankungen und das Karzinom sind zwei von fünf Killerkrankheiten, die nicht nur die Lebenserwartung reduzieren, die auch Lebensqualität zerstören. In einem jahrelangen Leidensweg pendeln derart Schwererkrankte zwischen ambulantem und stationärem System, irren durch Ordinationen auf der Suche nach kompetener Behandlung. Ein landesweit organisiertes Versorgungssystem, das neben Behandlungseinrichtungen auch über Nachbehandlungszentren verfügt, gibt es nicht.

Die Krankenkasse zählt die verschiedenen Medikamente, kontrolliert und bespitzelt die krankgeschriebenen Patienten, zählt die Todesfälle und klagt über die Behandlungssucht der Österreicher. Niemand definiert die entstehenden Gesundheitsprobleme und deren Ursachen, zieht daraus Schlüsse über Zahl, Ausrüstung, regionale Verteilung von Behandlungseinrichtungen, beschreibt die Aufgaben des ambulanten Systems, fordert ein der Krankheitsentwicklung angepaßtes stationäres System.

In den Anstalten beherrschen alle nur das kleine Einmaleins der Kosten-Nutzen-Analyse. Der Kranke, Alte, Verletzte degeneriert in den Köpfen der hochgekommenen Parteifunktionäre zum bloßen Loch im Geldsack. Kaum im Amt, erwächst in ihnen eine seltsame Omnipotenz. Aus ihrer Perspektive, der Froschperspektive, entscheiden sie über Bau und Ausbau von Krankenhäusern, beurteilen den Sinn von Forschungsvorhaben, genehmigen oder unterbinden die Fort- und Ausbildungsmöglichkeiten des medizinischen Personals. Es ist nicht leicht, es ist unerhört schwer, unter derartig störender Obhut fachliches Niveau zu halten.

Der Gesundheitsminister betreibt, da er nichts zu tun hat, nebenbei Heeresreform, der Sozialminister drangsaliert die bestorganisierten Krankenhäuser mit einem veralteten Arbeitszeitgesetz, an das sich noch niemals einer gehalten hat. Unfälle sollten sich demnach im 13-Stunden-Rhythmus ereignen oder gar nicht. Alle 13 Stunden wird dem Patienten eine neue Behandlungsmannschaft vorgesetzt, und der zuständige Arzt verläßt auf Tage das Haus, ganz wie das Gesetz es befiehlt. Das Spital wird als Fabrik oder Baustelle geführt, mit Stempeluhren, mit Arbeitszeitüberwachungsingenieuren. Als einer der ehrenwerten Direktoren eines Tages entdeckte, daß ein Arzt im Spital arbeitete, der keinen Dienst hatte, nannte er dies einen Skandal.

Arbeit im Spital soll nach einem Papierregiment organisiert werden, demzufolge Operationen dann abzubrechen sind, wenn eine definierte Ruhezeit angesagt ist. Es sei denn, die Freundin eines wichtigen Sozialstaatsfunktionärs bricht sich das Erbsenbein. Dann tritt selbstverständlich jedes Gesetz außer Kraft.

Während im abgehobenen Teil der Politik alles damit beschäftigt ist, Worthülsen zu interpretieren, Gegenwörter in Umlauf zu bringen, Sonne, Mond und Sterne als Teil des Parteiprogramms zu vereinnahmen und zu verkaufen, einen tagaus, tagein zu belehren, artig einen Rudelführer zu wählen, der uns ins Glück führt, ereignet sich im überblickbaren Alltagsbereich, im Verarbeitungsbereich von Elend, Unglück, Leiden, das pure Nichts und dessen gesetzliche Verankerung. Die Aufsicht darüber liegt in proporzgefalteten Händen. Die amtlichen und ehrenamtlichen Funktionäre der Selbstverwaltung verharren dabei in einer Pose der absoluten Ruhe. Jeder beobachtet streng sein politisches Gegenteil. Die Roten belauern die Schwarzen. Wer sich in diesem Indianerspiel bewegt, wer gar an Entscheidungen denkt, scheidet aus.

Ist das noch wählbare Politik?

Werner Vogts Beitrag ist seinem soeben im Europaverlag erschienen Buch »Einatmen Ausatmen - Der Mißstand als Norm« entnommen

Konkret 07/91, S. 34

Johannes Siemens

Eine Welt für alle

Mit Hilfe einer Verankerung im GATT-Abkommen soll das Patentrecht weltweite Gültigkeit erlangen und gemäß den nordamerikanischen und westeuropäischen Vorstellungen standardisiert werden, um zum einen □Produktpiraterie□, wie sie der südostasiatischen Schwellenländern von den Industriestaaten vorgeworfen wird, zu unterbinden, um zum anderen selbst Pflanzen, Tiere und Teile des Menschen unter patentrechtlichen □Schutz□ zu stellen - eine wesentliche Bedingung für die lukrative Verwertung der neuen Gen- und Biotechnologien

In einem Memorandum der »US-Kommission für Internationalen Handel« von 1989 werden die Staaten als »Missetäter und Übeltäter« bezeichnet, die ihr Patentrecht nicht am US-amerikanischen Standard ausrichten wollen. Die »Verluste« (entgangene Gewinne) von US-Konzernen durch »unzureichende« Patentgesetzgebung werden in diesem Papier auf 43 - 70 Mrd. Dollar pro Jahr geschätzt. Insbesondere jene Patentregelungen werden kritisiert, die bestimmte Bereiche (z.B. Landwirtschaft und Gesundheitswesen) vom Patent ausnehmen oder einen Patentschutz nur zulassen, wenn das geschützte Verfahren im Land auch genutzt wird. Beide Regelungen erleichtern nach Meinung der US-Kommission die Produktpiraterie in den »Schwellen- und Entwicklungsländern« und führen zu gewaltigen »Verlusten« z.B. durch eigenproduzierte Generika.

Im amerikanischen Kongreß wurde zwecks Ahndung dieser »Missetaten« 1989 die Forderung nach Handelssanktionen gegen diese Staaten gestellt und u.a. für Brasilien, Südkorea und Thailand auch beschlossen. Die Regierungen einiger anderer Staaten wurden unter diplomatischen Druck gesetzt, um sie von den Vorstellungen der USA zu überzeugen. Vermutlich auf Grund der starken Exportabhängigkeit der Landwirtschaft vom US-Markt war Chile das erste lateinamerikanische Land, welches sein Patentrecht trotz massiver Widerstände von Industrie- und Verbraucherverbänden in Übereinstimmung mit dem US-amerikanischen Standard brachte und z.B. auch Pharmakapatente zuließ. Auf diese Weise konnte Chile die angedrohten Wirtschaftssanktionen der USA vermeiden.

Mit der angestrebten Verankerung des Patentrechts im GATT-Abkommen (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) könnten diese »Ungerechtigkeiten« mit Hilfe einiger Paragraphen beseitigt werden. In der sogenannten Uruguay-Runde wird das GATT-Abkommen seit 1986 umfassend überarbeitet. Zu Beginn dieser Verhandlungsrunde erklärten die USA und Japan fehlende Patentmöglichkeiten zu Handelsbarrieren und zu einem einklagbaren Vergehen gegen das Abkommen.

In der bundesdeutschen Presse erscheint das GATT-Abkommen in der Regel nur in den Schlagzeilen, wenn wieder einmal die Agrarsubventionen der EG und der USA die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen gefährden. An diesem Streit sind die Verhandlungen Ende des letzten Jahres schließlich auch gescheitert. Aber die Gespräche wurden nur auf unbestimmte Zeit verschoben, und momentan wird das Problem der Agrarsubventionen bereits zwischen den USA und der EG wieder diskutiert, um die GATT-Verhandlungen doch noch mit Erfolg abschließen zu können. Diese stellen nämlich das weitestgehende Unterfangen zur Liberalisierung des Welthandels dar. Neben dem Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen sollen die GATT-Regeln auf völlig neue Zweige wie Bankwesen, Versicherungen, öffentliche Aufträge, Telekommunikation, Verkehr, Patente, Copy-Rechte und Schutz für Markenartikel ausgeweitet werden. Als der bessere Vertreter der deutschen Industrieinteressen belehrte denn auch der Wirtschaftsexperte der SPD, Uwe Jens, die Bundesregierung, daß für den Erfolg der GATT-Verhandlungen zugunsten der deutschen Exportindustrie das Bauernlegen innerhalb der EG nötig sei (»FR«, 26.10.90).

Das Patentrecht ist im Kontext der Gesamtverhandlungen nur ein relativ unscheinbarer Tagesordnungspunkt, aber seine Vereinheitlichung im Sinne der Industriestaaten wäre von enormer Bedeutung. Die »Schwellen- und Entwicklungsländer« bestehen deshalb auch darauf, daß das Patentrecht ein Instrument nationaler Politik sei und bleiben müsse. Jeder Staat müsse die Standards für seine Waren und Dienstleistungen selbständig festlegen können und bestimmte Bereiche (wie z. B. Landwirtschaft und Gesundheitswesen) von der Patentierung nach internationalem Recht ausnehmen dürfen. Überhaupt sei die Liberalisierung der ökonomischen Beziehungen allenfalls zwischen gleichstarken Ländern wünschenswert. Staaten der »Dritten Welt« müsse es erlaubt sein, ihre Wirtschaften gegen eine ausländische Durchdringung zu schützen, um eine Stärkung der einheimischen Strukturen und eine eigene Entwicklung zu ermöglichen.

Das Patentrecht ist ein Wirtschaftsrecht, das sich im wesentlichen in den letzten 150 Jahren in Europa und den USA entwickelt hat. Diesem Recht liegt jedoch keineswegs eine einheitliche Theorie zugrunde, sondern die konkrete Ausprägung des jeweiligen nationalen Patentwesens war und ist ökonomisch begründet. Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen den »Entwicklungs- und Schwellenländern« und den Industrienationen über die Verankerung des Patentwesens im GATT und die weltweite Übernahme des westeuropäischen bzw. US-amerikanischen Patentstandards spiegeln zum Teil die Debatten aus der Entstehungszeit des Patentwesens wieder. Alle vermeintlichen »Vergehen« der »Schwellen- und Entwicklungsländer« gegen das Patentrecht und den freien Welthandel wurden von den heutigen Industriestaaten bereits begangen, vor 100 bzw. 40 Jahren allerdings, zu Zeiten also, als z. B. das Deutsche Reich, die Schweiz oder Japan eben noch nicht zu den führenden Wirtschaftsnationen gehörten.

Erst nachdem die deutsche Industrie mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der US-amerikanischen, französischen und englischen Konzerne konkurrieren konnte, ab 1880 etwa, forderten die deutschen Unternehmerverbände ein internationales Patentrecht und seine Ausdehnung auf sämtliche wirtschaftlichen Bereiche. Die deutschen Waren waren bis dahin überwiegend kopierte amerikanische oder englische Produkte. Deutschen Fabrikanten wurde daher von vielen amerikanischen Unternehmen die Besichtigung ihrer Anlagen verweigert. »Made in Germany« war noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Synonym für billigen und schlechten Ramsch. Die deutschen Unternehmer argumentierten damals, daß der Monopolgedanke des Patentrechts den technischen Fortschritt und das wirtschaftliche Wachstum behindere und gleichzeitig die Waren über Gebühr verteuere. Erst als mit der Reichsgründung, der Umstrukturierung des Wissenschaftssystems und den Reparationszahlungen aus dem deutsch-französischen Krieg die Industrialisierung in Deutschland enorm beschleunigt wurde, wuchs die deutsche Industrie in sehr kurzer Zeit zu einer international wettbewerbsfähigen und schließlich gefürchteten Konkurrenz heran. Das 1877 in Deutschland eingeführte Patentrecht trug zu dieser industriellen Entwicklung und insbesondere zur Entstehung von Großbetrieben in der Chemieindustrie wesentlich bei. Die Schweiz versuchte 1888 ihre chemische Industrie, die damals die deutschen Patente zur Herstellung von Teerfarben kopierte, vor der mächtigen deutschen Konkurrenz durch ein Patentgesetz zu schützen, das Chemikalien vom Patentrecht faktisch ausnahm. Gleichzeitig enthielt es die Möglichkeit der Patentrücknahme für den Fall, daß einem Schweizer von einem ausländischen Patentinhaber die Lizenz verweigert und das patentierte Verfahren nicht in der Schweiz genutzt wurde. Noch 1907 versuchte England die ausländische Konkurrenz - insbesondere die deutsche Chemie - durch die Einführung des Ausführungszwanges abzuhalten. Ein patentiertes Verfahren mußte auch im Land genutzt werden.

Diese Möglichkeiten des Patentrechtes versuchen gegenwärtig auch einige »Schwellen- und Entwicklungsländer« zu nutzen. Gerade darin besteht aber nach Ansicht der Vertreter der drei großen Wirtschaftszentren USA, Japan und West-Europa eines der »Vergehen« dieser Länder. Brasilien beispielsweise hat ein Patentgesetz erlassen, demzufolge ein Patent für ungültig erklärt wird, wenn es zwei Jahre nach seiner Anmeldung im Land nicht genutzt wurde. Mit dem entsprechenden Passus reagierte Brasilien auf die Tatsache, daß ca. 70 Prozent aller Patente in den lateinamerikanischen Ländern von transnationalen Konzernen gehalten und ca. 90 Prozent dieser Patente im Land nicht genutzt werden. Das Patentrecht dient somit allein dazu, Monopole zu sichern, und bewirkt, daß vom Patent betroffene Waren eingeführt werden müssen.

Das zweite von den Industriestaaten monierte »Vergehen« der »Entwicklungsländer«, die Design- und Produktpiraterie, taucht hierzulande in den Schlagzeilen auf, wenn wieder einmal die südostasiatischen »Schwellenländer« der heimischen Textil- und Uhrenindustrie zusetzen, oder wenn Computerzeitschriften einen Einkaufstrip in Singapur empfehlen. Auch in diesen Fällen folgen die angegriffenen Länder dem Beispiel der Industrienationen. Die Baseler Chemiekonzerne kopierten um die Jahrhundertwende jedes lukrative chemische Verfahren und meldeten gleichzeitig im Ausland eigene Patente an. Nach dem zweiten Weltkrieg nahmen es die Wirtschaftswunderländer BRD und Japan (damals der Produktpirat par exellence) mit dem Patentrecht nicht sehr genau.

Aber nicht nur durch Produktpiraterie und nationale Vorbehalte des Patentrechts, sondern auch durch die Beschränkung seiner Gültigkeit entsteht ein Gutteil der von der US-Kommission errechneten »Verluste«. Pharmaka z.B. sind nur in der EG, der Schweiz, Österreich, Schweden, den USA, Chile und Japan sowie einigen afrikanischen Staaten patentierbar. In der Mehrzahl der Länder sind sie dagegen vom Patentrecht ausgeschlossen. Mexico, Brasilien, Australien, Türkei, Zimbabwe und Sambia schließen sogar die Verfahren zur Herstellung von Pharmaka vom Patentrecht aus. Auf dem thailändischen Markt kostet ein Generikum von »Tagamet« (ein Mittel gegen Geschwüre) 0,35 Dollar, während das Original von dem US-Pharmakonzern Smith Kline für 1,68 Dollar verkauft wird. Für das gleiche Produkt gehen dem Konzern in Brasilien durch 25 Generikahersteller rund 34,6 Millionen Dollar pro Jahr verloren. Die Preisdifferenz für eine Einheit Ampicillin (Antibiotikum) reicht in Thailand von 4 bis 70 US-Cents. Der US-Konzern Bristol Myers verkauft die teuerste Packung. Die Patentierung von Pharmaka würde diese lästige Konkurrenz der einheimischen Generika deutlich reduzieren und damit die Gewinne der Originalpräparate entsprechend steigern.

Auch in diesem Punkt ahmen die Länder der »Dritten Welt« die Industriestaaten letztlich nur nach. Pharmaka sind in den oben genannten europäischen Staaten erst seit dem Straßburger Abkommen von 1963 patentierbar (in der BRD seit 1968). In allen Patentgesetzen waren zuvor etliche Bereiche vom Patent ausgeschlossen. Im Deutschen Reich waren dies 1877 z. B. noch Nahrungs- und Genußmittel, Chemikalien und Arzneimittel sowie allgemein die Bereiche Landwirtschaft, Bergbau und auch medizinische Verfahren. Erst im Verlauf der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts wurden immer mehr Bereiche im Zuge der technischen und ökonomischen Entwicklung der Industrie dem deutschen Patentschutz zugänglich. Diese Anpassungen des Patentrechts wurden häufig durch eine Neuinterpretation der Gesetzestexte in Grundsatzurteilen hoher Gerichte erreicht und nicht etwa durch eine Revision der Gesetze.

Heute sind in Europa praktisch nur noch wissenschaftliche Entdeckungen, therapeutische und chirurgische Behandlungsmethoden, Pflanzen und Tiere vom Patentschutz ausgenommen. Aber auch diese letzten Barrieren stören die Verwertungsinteressen insbesondere der neuen Gen- und Biotechnologien.

Die Patentierung von Lebewesen ist von entscheidender Bedeutung für die Anwendung und die kommerzielle Verwertung der neuen Gen- und Biotechnologien. Aus der Sicht eines Gentechnologen stellt nämlich die Fähigkeit der Lebewesen, sich vermehren und kreuzen zu können, ein Problem dar. Gentechnisch manipulierte Lebewesen, die als Produkte auf dem Markt erscheinen sollen, wie z.B. dioxinfressende Bakterien, herbizidresistente Pflanzen, krebsanfällige Mäuse etc., können sehr leicht vermehrt (»kopiert«) oder konventionell weitergezüchtet werden. Die »Generika« der Gen- und Biotechnologie sind den Orginalen quasi schon mit auf den Weg gegeben. Um die Gewinnerwartungen dieser Technologie auch zu realisieren, müssen diese lebenden Produkte patentiert werden können.

In den USA beschloß daher das höchste Gericht bereits 1980, daß ein gentechnologisch manipulierter Mikroorganismus eine »Gestaltung von Materie« und als solche eine patentierbare Erfindung des Menschen sei. Dieser Auffassung schloß sich das Europäische Patentamt einige Monate später an und erweiterte den Patentschutz auch auf nicht manipulierte Mikroorganismen, indem es nur ein Kulturverfahren, aber keine Genmanipulation zur Voraussetzung für die Patentierung eines Mikroorganismus machte.

Fünf Jahre später erteilte das US-Patentamt ein Patent für eine gentechnisch manipulierte tryptophanreichere Maissorte. Ein Patent auf Mikroorganismen und Pflanzen, also das geistige Eigentum an Lebewesen, schien damit gesellschaftlich bereits akzeptiert zu sein. Erst als das US-Patentamt 1987 ein Tier (Auster) ebenfalls für patentfähig erklärte, kam es zu empörten Protesten in den USA. Der Kongreß bat das Patentamt, Patenterteilungen auf Tiere vorläufig aufzuschieben, ein Nachtragshaushalt für das Patentamt wurde an die Bedingung geknüpft, daß diese Gelder nicht zum Zwecke der Patenterteilung auf Tiere verwendet würden. Zur Begründung für diese ungewöhnlichen Maßnahmen wurde angeführt, daß eine so weitreichende Entscheidung wie die Patentierung von Tieren in der Öffentlichkeit diskutiert und schließlich vom Gesetzgeber getroffen werden müsse. Zwar war die Zweckbindung rechtswidrig, aber das US-Patentamt erklärte sich freiwillig bereit, bis zum April 1988 keine Patente auf Tiere zu erteilen.

In der folgenden Zeit wurden mehrere Anhörungen veranstaltet, und schließlich lagen dem US-Kongreß drei Gesetzentwürfe vor. Einer wollte die Patentierung von Tieren grundsätzlich verbieten, ein zweiter schlug ein zweijähriges Moratorium vor, und der dritte Entwurf erlaubte die Patentierung von Tieren, formulierte aber eine Ausnahmeregelung für Bauern.

Trotz dieser Gesetzesinitiativen erteilte das US-Patentamt im April 1988, kurz nach dem Ablauf des freiwilligen Moratoriums, das weltweit erste Patent auf ein Tier. Es war die sogenante Krebsmaus (myc-Maus), die auf Grund einer genetischen Manipulation besonders krebsanfällig ist. Ende 1989 begann der US-Chemiekonzern DuPont (Exclusivlizenz) mit der Vermarktung der myc-Maus als Labortest- und Modelltier. Beim Patentamt lagen zu diesem Zeitpunkt weitere 44 Patentanträge auf Tiere zur Entscheidung vor. Bis dahin war der Gesetzgeber in der Frage der Patentierung von Lebewesen nicht weitergekommen.

Diese unklare Gesetzessituation im eigenen Land hindert die US-Regierung jedoch nicht, gemeinsam mit Japan in den GATT-Verhandlungen auf einem weltweiten Patentrecht ohne jede Ausnahmebeschränkung zu bestehen. Noch bricht an dieser Frage die Front der Industriestaaten auf. Die skandinavischen Länder wollen menschliches Gewebe, einige EG-Staaten möchten Pflanzensorten und Tierrassen und Kanada jedes mehrzellige Lebewesen vom Patentrecht ausgeschlossen wissen.

Allerdings schaffen die Patentämter in Europa und den USA längst Fakten. Auch das Europäische Patentamt erteilte inzwischen nämlich Patente auf gentechnologisch manipulierte Pflanzen, lehnte jedoch das Patent auf die krebsanfällige Maus ab.Ebenso sind bereits menschliche Zellinien sowohl in den USA als auch in Europa patentiert worden. Die EG-Kommission legte einen Richtlinien-Entwurf vor, der die Patentierung von Pflanzen, Tieren und (menschlichen) Zellinien ermöglichen soll, indem die Begriffe »selbstreplizierendes Material« oder »Mikroorganismus« sehr weitgehend interpretiert und Verfahren der gentechnischen Manipulation als »mikrobiologische Verfahren« definiert werden. Gerichte, Patentämter und EG-Kommission haben bislang die geltenden Gesetze nicht verändert, sondern interpretieren deren Inhalt neu. Das wird auch das Verfahren sein, mit dem der nordamerikanische und westeuropäische Patentstandard weltweit durchgesetzt werden wird, wenn das Patentrecht im GATT-Abkommen erst verankert worden ist.

Wenn man den Juristen das Feld überläßt, wird sich die Patentierung von Organismen nicht auf Mikroorganismen und Pflanzen beschränken lassen. Diese ist vielmehr nur eine Zwischenstufe, auf der eine gesellschaftliche Akzeptanz für die Patentierung von Tieren und schließlich menschlicher Körperteile erreicht werden soll. Menschliche Zellen sind bereits patentiert worden, und in der juristischen Literatur wird die Patentierung »künstlicher« Gewebe und Organe (aus der Zellkultur) diskutiert.

Wegweisend für die Entwicklung der Biotechnologie in diesem Bereich dürfte ein Urteil des Obersten Gerichtshofs von Kalifornien vom Juli 1990 sein. Danach dürfen Patienten zwar bestimmen, ob mit ihren Gewebeproben geforscht werden darf, aber sie können rückwirkend keine Forderungen auf Gewinnbeteiligung geltend machen, wenn aus ihren Gewebeproben ein profitables pharmazeutisches Produkt entwickelt wurde. Die in diesem Fall Verklagten, die

Biotechfirma Genetic Institute (Cambridge, USA) und der Chemiekonzern Sandoz AG, gewannen den Prozeß stellvertretend für die gesamte Branche.

Johannes Siemens ist Biologe und wiss. Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin

Konkret 07/91, S. 38

Jean Améry

Der ehrbare Antisemitismus

Nichts ist so neu, wie es sich fühlt: Die anläßlich des Golfkriegs ausgebrochene Debatte über antisemitische Tendenzen der deutschen Linken wurde 1969 schon einmal geführt. Auch damals stritt KONKRET mit, wenngleich auf der anderen Seite. Deren schärfster und klügster Kritiker war Jean Améry, dessen Essay »Der ehrbare Antisemit« heute so aktuell ist wie vor zwanzig Jahren

De Gaulle fiel. Manch einem war trüb zumut wie einem Heineschen Grenadier; mir auch, mir auch. Nur leider, daß in New York dem französischen UNO-Delegierten Armand Bérard nichts Besseres einfiel, als verzweifelt auszurufen (laut Nouvel Observateur vom 5. Mai): C'est l'or juif! Und kein Dementi. Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. Der Antisemitismus schafft's und, wie es einst bei Stefan George hieß: »... er reißt in den Ring.«

Das klassische Phänomen des Antisemitismus nimmt aktuelle Gestalt an. Die alte besteht weiter, das nenn ich mir Koexistenz. Was war, das blieb und wird bleiben: der krummnasige, krummbeinige Jude, der vor irgendwas - was sag ich? der vor allem davonläuft. So ist er auch zu sehen auf den Affichen und in den Pamphleten der arabischen Propaganda, an der angeblich braune Herren deutscher Muttersprache von einst, wohlkaschiert hinter arabischen Namen, mitwirken sollen. Die neuen Vorstellungen aber traten auf die Szene gleich nach dem Sechs-Tage-Krieg und setzen langsamerhand sich durch: der israelische Unterdrücker, der mit dem ehernen Tritt römischer Legionen friedliches palästinensisches Land zerstampft. Anti-Israelismus, Anti-Zionismus in reinstem Vernehmen mit dem Antisemitismus von dazumal. Der ehern tretende Unterdrücker-Legionär und der krummbeinige Davonläufer stören einander nicht. Wie sich endlich die Bilder gleichen!

Doch neu ist in der Tat die Ansiedlung des als Anti-Israelismus sich gerierenden Antisemitismus auf der Linken. Einst war das der Sozialismus der dummen Kerle. Heute steht er im Begriff, ein integrierender Bestandteil des Sozialismus schlechthin zu werden, und so macht jeder Sozialist sich selber freien Willens zum dummen Kerl.

Den Prozeß kann man nutzbringend nachlesen in dem schon vor mehr als einem Jahr in Frankreich bei Pauvert erschienenen Buch La Gauche contre Israel von Givet. Es genügt aber auch, gewisse Wegmarken zu erkennen, beispielsweise eine in der Zeitschrift KONKRET erschienene Reportage zu lesen: »Die dritte Front«. »Ist Israel ein Polizeistaat?« heißt da ein Zwischentitel. Die Frage ist nur rhetorisch. Natürlich ist Israel das. Und Napalm und gesprengte Häuser friedlicher arabischer Bauern und Araber-Pogrome in den Straßen von Jerusalem. Man kennt sich aus. Es ist wie in Vietnam oder wie es einstens in Algerien war. Der krummbeinige Davonläufer nimmt sich ganz natürlich aus als Schrecken verbreitender Goliath.

Es ist von der Linken die Rede und keineswegs nur von den noch mehr oder minder orthodoxen kommunistischen Parteien im Westen oder gar von der Politik der Staaten des sozialistischen Lagers. Für diese gehört der Anti-Israelismus, aufgepfropft auf den traditionellen Antisemitismus der slawischen Völker, ganz einfach zur Strategie und Taktik einer so und so gegebenen politischen Konstellation. Die Sterne lügen nicht, die Gomulkas wissen, worauf sie rechnen dürfen. C'est de bonne guerre! Darüber ist kein Wort zu verlieren.

Schlimmer ist, daß die intellektuelle Linke, die sich frei weiß von Parteibindungen, das Bild übernimmt. Jahrelang hat man - um einmal von Deutschland zu reden - den israelischen Wehrbauern gefeiert und die feschen Mädchen in Uniform. In schlechter Währung wurden gewisse Schuldgefühle abgetragen. Das mußte langweilig werden. Ein Glück, daß für einmal der Jude nicht verbrannt wurde, sondern als herrischer Sieger dastand, als Besatzer. Napalm und so weiter. Ein Aufatmen ging durchs Land. Jedermann konnte reden wie die Deutsche National- und Soldaten-Zeitung; wer links stand, war befähigt, noch den Jargon des Engagements routinemäßig zu exekutieren.

Fest steht: Der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar. Er kann ordinär reden, dann heißt das »Verbrecherstaat Israel«. Er kann es auf manierlichere Art machen und vom »Brückenkopf des Imperialismus« sprechen, dabei so nebstbei allenfalls in bedauerndem Tonfall hinweisen auf die mißverstandene Solidarität, die so ziemlich alle Juden, von einigen löblichen Ausnahmen abgesehen, an den Zwergstaat bindet, und kann es empörend finden, daß der Pariser Baron Rothschild die Israel-Spenden der jüdischen Bevölkerung Frankreichs als eine Steuer einfordert.

Der Antisemitismus hat es leicht allerwegen. Die emotionelle Infrastruktur ist da, und das keineswegs nur in Polen oder Ungarn. Der Antisemit »demystifiziert« den Pionierstaat mit Wohlbehagen. Es fällt ihm ein, daß hinter dieser staatlichen Schöpfung immer schon der Kapitalismus stand in Form der jüdischen Plutokratie: Auf diese letztgenannte geht er nicht ausdrücklich ein, das wäre ein ideologischer lapsus linguae, jedoch - c'est l'or juif! - niemand wird sich täuschen über die tatsächliche Bestelltheit eines Landes, das aus einer schlechten Idee geboren, am schlechten Orte errichtet, einen oder mehrere schlechte Kriege geführt und Siege erfochten hat.

Mißverständnisse sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Ich weiß so gut wie irgendwer und jedermann, daß Israel objektiv die unerfreuliche Rolle der Besatzungsmacht trägt. Alles zu justifizieren, was die diversen Regierungen Israels unternehmen, fällt mir nicht ein. Meine persönlichen Beziehungen zu diesem Land, von dem Thomas Mann in der Josephs-Tetralogie gesagt hat, es sei »ein Mittelmeer-Land, nicht gerade heimatlich, etwas staubig und steinig«, sind quasi null: Ich habe es niemals besucht, spreche seine Sprache nicht, seine Kultur ist mir auf geradezu schmähliche Weise fremd, seine Religion ist nicht die meine. Dennoch ist das Bestehen dieses Staatswesens mir wichtiger als das irgendeines anderen.

Und hiermit gelangen wir an den Punkt, wo es ein Ende hat mit jeder berichtenden oder analysierenden Objektivität und wo das Engagement keine freiwillig eingegangene Verbindlichkeit ist, sondern eine Sache der Existenz, das Wort in mancherlei Bedeutung verstanden.

Über Israel, den modischen Anti-Israelismus, den altmodischen, aber stets in jegliche Mode sich wieder einschleichenden Antisemitismus spricht existentiell subjektiv, wer irgendwie »dazugehört« (Juden, Personen, die im Sinne des Reichsbürgergesetzes vom 15. September 1935 als Juden gelten) - und erreicht am Ende vielleicht gerade darum eine Objektivität annähernd naturrechtlichen Charakters. Denn schließlich mündet noch die geistesschlichteste - genauso wie die gründlichste und gescheiteste - Überlegung in die Erkenntnis, daß dieses Pionierland, und mag es hundertmal nach einer sich pervertierenden pseudomarxistischen Theologie im Sündenstande technischer Hochentwicklung sich befinden, unter allen Staaten dieses geopolitischen Raumes das gefährdetste ist. Sieg, Sieg und nochmals Sieg: Es droht die Katastrophe, und ihr weicht man auch nicht aus, indem man direkt in sie hineinrennt und Israel zum Teilgebiet einer palästinensischen Föderation macht.

Die arabischen Staaten, denen ich Glück und Frieden wünsche, werden den israelischen Entwicklungsvorsprung einholen, irgendeinmal. Ihr demographischer Überdruck wird das übrige tun. Es geht unter allen Umständen darum, den Staat Israel zu erhalten, so lange, bis Frieden, wirtschaftlicher und technischer Vorausgang die Araber in einen allgemeinen Gemütszustand versetzen, der ihnen die Anerkennung Israels innerhalb gesicherter Grenzen gestattet.

Es geht darum. Wem? Die subjektive Verfassung, die zur geschichtlichen Objektivität werden will, hat hier ihre Dreinrede. Israels Bestand ist unerläßlich für alle Juden (Juden, Personen, die im Sinne ... und so weiter), wo immer sie wohnen mögen. »Wird man mich zwingen, Johnson hochleben zu lassen? Ich bin bereit dazu«, rief am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges der linksradikale französische Publizist und Sartre-Schüler Claude Lanzmann. Der wußte, was er meinte und wollte. Denn jeder Jude ist der »Katastrophen-Jude«, einem katastrophalen Schicksal ausgeliefert, ob er es erfaßt oder nicht. »Lauf, blasser Jude«, schreiben die Black-Panther-Männer an die Geschäfte und Häuser jüdischer Händler in Harlem und vergessen leichten Herzens die alte Allianz, die in den USA den Juden an den Neger kettete und die noch der mieseste bürgerlich-jüdische Händler nicht verriet.

Wer garantiert, daß nicht einmal eine Regierung in den Vereinigten Staaten zum großen Versöhnungsfest den Juden dem Neger zum Fraß hinwirft? Wer verbürgt den einflußreichen und zum Teil reichen Juden Frankreichs, daß nicht eines Tages das Erbe der Drumont, Maurras, Xavier Vallat zu neuer Virulenz gelangt? Wer steht ein dafür, daß nicht Herrn Strauß, an die Macht gekommen, irgendwas einfällt, worauf dann auch ein gewisser Zeitungs-Tycoon sich hüten würde, weitere schnöde Spenden einer schnöde zur Annahme bereiten israelischen Regierung zu geben? Niemand garantiert nichts. Das ist keine paranoide Phantasie und ist mehr als die menschliche Grundverfassung der Gefahr. Die Vergangenheit, die allerjüngste, brennt.

Und nun wird jeder Freund von der Linken mir sagen, auch ich reihte mich ein in die große Armee derer, die mit sechs Millionen (oder meinetwegen fünfen oder vieren) Ermordeter Meinungserpressung treiben. Das Risiko ist einzugehen: Es ist geringer als das andere, welches die Freunde mir proponieren, wenn sie für die Selbstaufgabe des »zionistischen« Israel plädieren.

Die Forderung der praktisch-politischen Vernunft geht dahin, daß die Solidarität einer Linken, die sich nicht preisgeben will (ohne daß sie dabei das unerträgliche Schicksal der arabischen Flüchtlinge ignorieren muß), sich auf Israel zu erstrecken, ja, sich um Israel zu konzentrieren hat. Das Gebot hat für den nichtjüdischen Mann der Linken nicht die gleiche Verbindlichkeit wie für Juden, stehe dieser politisch links, mittwegs, rechts oder nirgendwo. Aus der Linken kann man austreten; das Sosein als Jude entläßt niemand, das wußte schon ein Früh-Antisemit wie Lanz-Liebenfels. Freilich hat die Linke ihre ungeschriebenen moralischen Gesetze, die sie nicht beugen darf. »Wo es Stärkere gibt, immer auf der Seite der Schwächeren«, welch unüberschreitbar wahre Trivialität! Und stärker - wer wagte Widerrede? - das sind die Araber; stärker an Zahl, stärker an Öl, stärker an Dollars, man frage doch bei der Aramco und in Kuwait nach, stärker, ganz gewiß, an Zukunftspotential.

Die Linke aber ganz offensichtlich schaut wie gebannt auf die tapferen palästinensischen Partisanen, die freilich ärmer sind als die Männer Moshe Dayans. Sie sieht nicht, daß trotz Rothschild und einem wohlhabenden amerikanisch-jüdischen Mittelstand der Jude immer noch schlechter dran ist als Frantz Fanons Kolonisierter, sieht das so wenig wie das Phänomen des anti-imperialistischen jüdischen Freiheitskampfes, der gegen England ausgefochten wurde. Am Ende ist es auch nicht

die Schuld der Israelis, wenn die Sowjetunion vergaß, was 1948 vor der UNO Gromyko mit schönem Vibrato vorgetragen hat: »Was den jüdischen Staat betrifft, so ist seine Existenz bereits ein Faktum, das gefalle oder nicht (...) Die Delegation der UdSSR kann sich nicht enthalten, ihr Erstaunen über die Einstellung der arabischen Staaten in der palästinensischen Frage auszudrücken. Ganz besonders sind wir überrascht zu sehen, daß diese Staaten oder zumindest einige von ihnen sich entschlossen haben, militärische Maßnahmen zu ergreifen mit dem Ziele, die nationale Befreiungsbewegung der Juden zu vernichten. Wir können die vitalen Interessen der Völker des Nahen Ostens nicht identifizieren mit den Erklärungen gewisser arabischer Politiker und arabischer Regierungen, deren Zeugen wir jetzt sind.«

So sprach, wie schon gesagt, die Sowjetunion, eine Großmacht, die Großmachtpolitik treibt und die wohl à la longue nicht absehen konnte von dem offenbaren Faktum, daß es mehr Araber gibt als Juden, mehr arabisches Öl als jüdisches, daß militärische Stützpunkte in den arabischen Staaten einen höheren strategischen Wert haben als in Israel. Die Linke im weiteren und weitesten Sinn aber, und ganz besonders die protestierende äußerste Linke, der ich mich auf weiten Strecken verbunden weiß, hat diese Großmacht-Ausflucht nicht. Sie ist, nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten, zur Einsicht verpflichtet; zur Einsicht in die tragische Schwäche des jüdischen Staates und jedes einzelnen Juden in der Diaspora, zur Einsicht in das, was hinter den Kulissen eines jüdischen bürgerlichen Mittelstandes, hinter dem Mythos des Geld- und Gold-Juden (von Jud Süß bis zu den kontemporären Rothschilds und ein paar jüdischen Hollywood-Größen) sich verbirgt. Die Juden manipulieren zeitweilig Kapitalien: Sie beherrschten sie niemals. Sie haben heute in Wall Street so wenig zu sagen wie einst im wilhelminischen Deutschland in der Schwerindustrie.

Der Staat Israel ist heute so wenig ein Bollwerk des Kapitalismus, wie er es war, als die ersten Pioniere dort den Boden umgruben, so wenig wie die arabischen Staaten vernünftigerweise als progressistisch angesehen werden können. Die Linke macht, das ist der Jammer, die Augen zu. Der Zufall spielte mir gerade einen Text von Hans Blüher zu: »Eine wirkliche Geschichte Europas dürfte nicht so geschrieben werden, wie das bisher geschah, daß nämlich ein Jude einmal hie und da anekdotenhaft vorkommt..., vielmehr müßte die Darstellung so sein, daß dauernd die geschichtliche Macht des Judentums als eines latenten und ständig mitspielenden Reiches sichtbar wird.« Der Text könnte wörtlich in einer der zahlreichen pseudointellektuellen arabischen Veröffentlichungen stehen, mit denen die Presse überschwemmt wird. Und von Blüher - aber auch von Streicher, denn allerwegen ebnet der Antisemitismus die intellektuellen Höhenunterschiede ein - könnte stammen, was der Unterrichtsminister des progressistischen Staates Syrien an den Generaldirektor der Unesco schrieb: »Der Haß, den wir unseren Kindern einprägen, ist ein heiliger Haß.« Es wäre das alles kaum der Aufnotierung wert, und der närrische Blüher könnte im Frieden des Vergessens schlafen, hätte nicht die intellektuelle Linke Westeuropas (einschließlich übrigens einiger vom Selbsthaß verstümmelter Juden wie Maxim Rodinson) sich dieses Vokabulars bemächtigt und das vom Wortschatz vermittelte Normensystem angenommen.

Wenn aus dem geschichtlichen Verhängnis der Juden- beziehungsweise Antisemitenfrage, zu dem durchaus auch die Stiftung des nun einmal bestehenden Staates Israel gehören mag, wiederum die Idee einer jüdischen Schuld konstruiert wird, dann trägt hierfür die Verantwortung eine Linke, die sich selber vergißt. »Der Antizionismus ist ein von Grund auf reaktionäres Phänomen, das von den revolutionären progressistischen antikolonialistischen Phrasen über Israel verschleiert wird«, sagte neulich Robert Misrahi, ein französischer Philosoph, der, gleich dem vorhin zitierten Claude Lanzmann, zur weiteren Sartre-Familie gehört.

Der Augenblick einer Revision und neuen geistigen Selbstbestreitung der Linken ist gekommen; denn sie ist es, die dem Antisemitismus eine ehrlose dialektische Ehrbarkeit zurückgibt. Die Allianz des antisemitischen Spießer-Stammtisches mit den Barrikaden ist wider die Natur, Sünde wider den Geist, um in der vom Thema erzwungenen Terminologie zu bleiben. Leute wie der polnische General Moczar können sich die Umfälschung des kruden Antisemitismus zum aktuellen Anti-Israelismus gestatten: Die Linke muß redlicher sein. Es gibt keinen ehrbaren Antisemitismus. Wie sagte Sartre vor Jahr und Tag in seinen »Überlegungen zur Judenfrage«? »Was der Antisemit wünscht und vorbereitet, ist der Tod des Juden.«

Copyright Klett-Cotta Verlag, Stuttgart

Konkret 07/91, S. 40

»Volksempfänger im Logo«

In Freiburg ist eine heftige Kontroverse über die antisemitische Tendenz einiger Sendungen des links-alternativen »Radio Dreyeckland« zum Golfkrieg ausgebrochen, die schließlich zur Besetzung des Senders durch seine Kritiker führte. KONKRET dokumentiert die Erklärung der Besetzer und erinnert an die Tradition, die der »Antizionismus« von Radio Dreyeckland längst hat (s. Kasten)
Dokumentation

ES GIBT EINE GRENZE - HIER IST SIE!

Erklärung zur Frequenzbesetzung bei Radio Dreyeckland am 11. Mai 91

Daß die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat, zumal in Deutschland, strukturell rassistisch und fundamental antisemitisch sind, ist leider überhaupt nichts Neues. Daß, was latent in den politökonomischen Verhältnissen nistet und das öffentliche Bewußtsein diskret an der Kandarre führt, von Zeit zu Zeit augenscheinlich und lautstark wird, das gehört zur Skandalgeschichte der BRD, von Jenninger über den Bürgermeister von Kerschenbroich bis zu Edmund Stoiber, von Haizinger, dem beliebten Karikaturisten der »Badischen Zeitung«, der nebenbei das rechtsradikale Magazin »Mut« illustriert, über Augstein bis hin zu Christian Ströbele. Aus taktischer Rücksicht gegen die Alliierten des antifaschistischen Befreiungskrieges wird von Staats wegen tabuisiert, was die Mehrheit doch denkt und was sie immer dann, wenn die deutschen Emotionen derart aufkochen wie zuletzt im Krieg um Kuwait und während der Bedrohung Israels mit deutschem Giftgas, auch frank und freißler ausspricht: »Als Deutsche«, so die grüne Vorständlerin Renate Damus, »könne man vieles nicht sagen, auch wenn es wahr ist« (»Frankfurter Rundschau« vom 23.2.91).

So tief haben die Deutschen den Antisemitismus verinnerlicht, daß längst zum gesunden Menschenverstand gehört, was Bernt Engelmann einmal unter dem Titel »Deutschland ohne Juden. Eine Bilanz« auf Heller und Pfennig auflistete: daß der Massenmord ein Pech für die deutsche Kultur darstellt. Daß die Juden nichts anderes als ein Gegenstand von völkischen Kosten/Nutzen-Kalkülen zu sein haben, das setzt man getrost voraus. Hier kennt man keine Parteien mehr, sondern nur noch... Erst wenn Deutsche den Nutzen und Nachteil der Juden bilanzieren, spaltet sich die Volksgemeinschaft in zwei Lager: in Rechte, die den Vorteil haben und in Israel den »guten Juden« sehen wollen, der dem Antisemiten unverzichtbar ist, und in Linke, die sich benachteiligt fühlen und denen »der Zionist« als Schreckbild gerade recht kommt.

Ob Rechte für Israel als »die einzige Demokratie im Nahen Osten« eintreten oder Linke »Israels Nazi-Faschismus« (Ulrike Meinhof) bekämpfen, ob die Parole »Weltmacht wegen Auschwitz« heißt oder vielmehr »antiimperialistischer Kampf gegen die Benutzung der Kollektivschuld-These zur Niederschlagung der Intifada« - im Resultat leisten beide Lager ihren Beitrag zur Wiedergutmachung der Nation.

Ihre Narrenfreiheit im pluralistischen »Hörerradio« konsequent nutzend, hat sich die Redaktion der Sendung »Hintergründe des Golfkriegs« am 17. März mit einem diplomierten Antisemiten zum Plausch über Israel und die Deutschen, über Palästina und den Golfkrieg getroffen. Es kam ein Prof. Dr. Helmut Spehl, von Beruf Akademischer Rat am Physikalischen Institut der Universität Freiburg, von Berufung antisemitischer Agitator auf eigene Kosten. Ein Professor Doktor Spehl, der sich in diversen »Erwägungen zu einer integralen Wiedergutmachung« den Haß auf - haargenau so buchstabierte - »Ausschwitzkuren« am deutschen Volk von der Seele gesudelt hat, der ein peinlich genaues »Kopulationsregister von Zionisten und Antisemiten« führt, der leidenschaftlich gegen die »jüdische Schnorrmaschine« agitiert und, als - natürlich - einsamer Rufer in der Wüste und vom Staat nur leidlich ausgehaltene Kassandra, vor der »Zionistenseuche« warnt - dieser pensionsberechtigte Hetzer durfte sich im Studio die Last von der braunen Seele schwatzen.

Jahrelang waren die antizionistischen Kreise in Freiburg peinlich darauf bedacht, die ebenso bohrende wie begründete Vermutung, nichts anderes stelle ihr angeblicher »Antizionismus« in Wirklichkeit dar als einen ordinären Antisemitismus von links, empört von sich zu weisen und als Ausstreuungen des Mossad zu denunzieren. Aber sie selbst haben sich schon vor Jahren auf die Sudelbücher von Professor Dr. Spehl bezogen... Und seit Jahren wälzen diese Kreise ein Problem, das die Freiburger Nahostgruppe 1988 einmal so formuliert hat: »Wir sind uns darüber bewußt, daß es in der BRD sehr schwierig ist, Antizionist bzw. Antizionistin zu sein, zum einen, weil dieser Begriff heute auch von neonazistischen Gruppen als Synonym für Antisemitismus mißbraucht wird, und zum anderen, weil die beiden Begriffe von der politischen Reaktion bewußt vertauscht werden.«

Unter derlei Schwierigkeiten wird der Freiburger Antizionismus in Zukunft nicht mehr leiden müssen. Der Moderator und seine Freunde haben ihr Problem endlich gelöst - und damit haben sie den letzten halbseidenen Faden gekappt, der den Freiburger Antizionismus mit der Linken noch verband: die linke Phraseologie.

Daß der »Antizionismus«, der Israel schon immer, wie Springers »Bild-Zeitung« früher die »DDR«, in Gänsefüßchen gesetzt und mit dem von Hitler und Rosenberg stammenden Ausdruck ‘Gebilde’ bedacht hat, nicht nur objektiv und also ideologiekritisch betrachtet antisemitisch ist, sondern auch praktisch, ist jetzt eine unbestreitbare und brutale Tatsache, vor der man die Augen nicht länger verschließen darf. Der »Antizionismus« hat sich, seiner eigenen Logik gemäß, mit dem Antisemitismus handgemein gemacht, um in Radio Dreyeckland öffentlich Fragen der Palästina-Solidarität zu erörtern. Das vorläufige Endergebnis: »Der Vorwurf des Antisemitismus lauert in jeder Ecke. Wenn aber genügend Leute da sind, und in diesem Zusammenhang sehe ich diese Debatte sehr positiv, wenn auch direkt nicht viel rauskommen kann, aber wenn genügend Leute da sind, die den Mund aufmachen und sagen, da ist ein wunder Punkt, und darüber reden wir, gleichgültig, was ihr anderen darüber denkt, dann können wir die Hemmnisschwelle langsam abbauen« (Spehl).

Jede weitere Diskussion darüber mit dem Moderator und seinen Ideologielieferanten ist überflüssig und gänzlich nutzlos, ganz zu schweigen davon, daß diese Diskussion mit einer wahren Engelsgeduld seit Jahren geführt wurde. Es handelt sich längst nicht mehr, wie einige immer noch glauben wollen, um Mißverständnisse unter Genossen oder um Kommunikationsprobleme unter Linken. Hier, in diesem Fall und an diesem Punkt, ist die Hoffnung, der zwanglose Zwang des besseren Arguments möge doch noch wirken, definitiv am Ende.

»Die Hilflosigkeit rationaler Argumente gegen antisemitisches Meinen erfährt jeder, der gegen Vorurteile Wahrheit zu behaupten versucht. Antisemitisches Meinen ist gerade deswegen schwer zu erschüttern, weil es nicht allein auf subjektiv fehlerhaftem Denken beruht, sondern dem ohnmächtigen Individuum das Gefühl gibt, mit einer objektiven gesellschaftlichen Tendenz im Bunde, also: stark zu sein« (Detlev Claussen).

Antisemitismus, soweit er sich öffentlich breitmacht, ist kein therapeutisches Problem und daher kein Anlaß zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sondern ein politisches Problem, ein Problem, das eine Entscheidung erfordert. Der »Antizionismus« nach Art von Radio Dreyeckland gehört nicht zu den irgendwie und gerade noch legitimen Meinungen, die ein irgendwo Linker oder Ich-weiß-nicht-wie-Alternativer haben kann oder auch nicht. Dafür gibt es keinen Minderheitenschutz, das hat kein Anrecht auf die Gnade des alternativen Pluralismus, sowas darf sich nicht erdreisten, einen Anspruch auf die Wohltaten der linken Toleranz anzumelden.

Über dem chronischen Rassismus und über dem notorischen Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaft, den Prof. Dr. Spehl repräsentiert, kann und darf nicht vergessen werden, daß der Antisemitismus auch in der Linken zum Himmel schreit und schon deshalb der eigentliche Skandal ist, weil von den Bourgeois und ihrer Journaille sowieso nichts Vernünftiges zu erwarten ist. Die antizionistischen Radiomacher dagegen reiten noch das letzte Quentchen Hoffnung und Vernunft, die nirgendwo anders als eben links stehen, in Blut und Boden. Sie sind es, die der Idee der Aufklärung den Rest geben, die sie blamieren und zugrunde richten.Der Kampf gegen den »Hauptfeind« darf nicht so geführt werden, daß man unterdessen vom »Nebenfeind« erschlagen wird (Erich Fried). Wenn Radio Dreyeckland nicht den Beweis dafür antreten will, daß es den Goebbelsschen Volksempfänger zu Recht im Logo führt, dann müssen endlich praktische Konsequenzen gezogen werden!

Schluß mit der Verbreitung antisemitischer Stereotypen auf 102,3 MHz!

Weg mit der antizionistischen Reklame!

Alternativer Pluralismus darf nicht heißen, Antisemitismus als »Meinung« zur Diskussion zu stellen!

Einige Freunde, H□rer und Mitarbeiter von Radio Dreyeckland aus verschiedenen politischen Gruppen, Initiativen und Projekten: Stadtzeitung f□r Freiburg, Buchhandlung □Jos Fritz□, Autonome Studis, Frauengruppe ZOFF, Initiative Sozialistisches Forum, post-Basisgruppe Soziologie, Verein zur Förderung autonomer Lebensformen, Archiv für soziale Bewegungen in Baden, AK Antimilitarismus

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Erklärung haben eine Broschüre erarbeitet, die die Auseinandersetzung um die Golfkriegs-Sendungen von Radio Dreyeckland dokumentiert und kommentiert. Sie kann für 5 Mark über den ‚Caira-Verlag, Postfach 273, 7800 Freiburg, bezogen werden.

Kasten »Danach arabische Musik« auf Seite 41

Wer wissen wollte, wie□s um den »Antizionismus« der linksalternativen Radio-Macherinnen und -Macher bestellt ist, konnte dies bereits in KONKRET 10/1989 nachlesen. Auszug aus einem Artikel über Radio Dreyeckland (»Piraten an Land«) von Erica Fischer:

Keine zehn Tage vor meiner Ankunft in Freiburg wird eine von mir für einen öffentlich-rechtlichen Sender produzierte und RDL zur Verfügung gestellte Sendung ausgestrahlt. Sie behandelt eine internationale Konferenz jüdischer Feministinnen

und läßt nahezu unkommentiert Jüdinnen aus aller Welt zu Wort kommen. Sie sprechen in leisen Tönen von ihrer Suche nach einer jüdisch-feministischen Identität nach Auschwitz. Sie setzen sich mit der patriarchalen Tradition des Judentums, mit dem Antisemitismus in beiden deutschen Staaten, mit dem Krieg Israels gegen die PalästinenserInnen und mit ihrem Schmerz darüber auseinander. Der Beitrag endet mit »sol seyn«, einer traurigen jiddischen Melodie, die in den KZs zum Hoffnungslied wurde.

Ohne Beitrag und Musik abzusagen, holt die junge Moderatorin Edith Lass zu einem Rundumschlag gegen Feministinnen aus, die Rabbinerinnen werden wollen, gegen die patriarchale Hierarchie der jüdischen Religion (sie spricht stets von »Kirche«), gegen den Zionismus, der »assimilationswilligen Jüdinnen und Juden«, die »in ihrer Heimat bleiben wollten, um gegen die Nazis zu kämpfen«, die Unterstützung versagte. Und am Ende völlig unvermittelt: »Man muß also zwischen Antizionismus und Antisemitismus unterscheiden.« Danach arabische Musik. Die sofort einsetzenden empörten Anrufe gehen nicht über den Sender, abgeblich weil die Anrufer es nicht wünschen.

Lass moderiert weiter. Die Freiburger Juden haben es verabsäumt, das Studio zu besetzen. Der Fall wird auf der meist spärlich besuchten Mittwochssitzung der Gesamtredaktion nicht zur Sprache gebracht.

Konkret 07/91, S. 42

Martin Heicke

»Für mich ist das antisemitisch«

Einige Bemerkungen über Vorurteile, woran man sie erkennt und wie man ihnen begegnen kann

Daß manche Kontroversen augenscheinlich überhaupt nur noch spiegelfechterisch stattfinden, ja, daß die Dinge selber nur noch aus verschlafen rhetorischen Volten bestehen, welche sich fast beliebig in jede Richtung schlagen lassen.
Eckhard Henscheid

Nicht daß die gegenwärtige Antisemitismusdebatte mit so viel blindem Eifer geführt wird, macht sie zu dem Ärgernis, das sie ist; nicht einmal, daß sie in noch keiner einzigen Frage einen sachlichen Fortschritt erzielt hat. Eher schon, daß ihre sämtlichen Beteiligten nicht so recht zu wissen scheinen, was überhaupt Antisemitismus ist, geschweige denn wie man ihn nachweist, ebensowenig übrigens, wie sie bei anderen Gelegenheiten wußten, was Frauenfeindlichkeit, Rassismus, Chauvinismus, Menschenverachtung oder Zynismus sind. Der größte Jammer aber ist, daß auch diese, wie alle früheren Debatten über Vorurteile, vorhersehbar zu nichts führen wird, daß dies jedem längst klar sein muß und daß doch alle weiter aufeinander einschimpfen, als wären sie verhext. Am Ende wird das Wort Antisemit nichts Genaueres mehr bedeuten als Arschloch!, und die Leute, die es jetzt plattreden, werden seinen Bedeutungsverlust als erschreckendes Symptom interpretieren - womit sie dann sogar recht hätten.

Was ist ein Vorurteil? Einem naiven Verständnis zufolge ein vorläufiges, unsorgfältig fundiertes Urteil. In diesem Sinne und sprachlich miserabel definiert ein philosophisches Wörterbuch: »Vorurteil, das Insgesamt dessen, was einer von einer Sache weiß, was nur hingenommen wird, ohne sich über dieses Wissen zu vergewissern. Um zu einem Urteil zu gelangen, trifft er aus diesem Insgesamt eine Auswahl, indem er unterdrückt, was nicht verifizierbar zu sein scheint.« Das ist wohl nicht völlig falsch, aber viel zu weit gefaßt: Auch beispielsweise Argwohn, Irrtümer und sogar wissenschaftliche Hypothesen bestehen aus vorläufig ungeprüftem Halbwissen. Vor allem aber ist die Sorgfalt der Urteilsbildung als Kriterium unbrauchbar, weil das gewissenhafteste Urteil falsch sein kann und das schlampigste richtig, und weil, falls es etwa auf seine Richtigkeit gar nicht ankommt, die subjektive Sorgfalt erst recht nicht zum Kriterium taugt, da sie doch keinen anderen objektiven Unterschied bewirken kann als nur den zwischen richtig und falsch. Wie sollte sie nötigenfalls überprüft werden? »Also Sie finden, Asylanten seien arbeitsscheues Pack? Haben Sie sich dieses Wissens auch genügend vergewissert? - Wußt' ich's doch, immer vergessen Sie das.«

Das Vorurteil ist auch nicht die bloße Auswirkung sozialer Ursachen, die mit diesen verschwände. Einen solchen Irrtum provozieren etwa die statistisch geführten Nachweise, daß sozial Deklassierte in besonderem Maße zu Fremdenhaß neigen; sie decken aber, falls sie überhaupt gelingen, gewiß keine kausale Beziehung auf. Wer schläft, sündigt nicht, aber wer sündigt, tut es nicht nur aus Mangel an Schlaf. Damit jemand auf die absurde Idee kommt, den Fremden die Schuld am Verlust seines Arbeitsplatzes zu geben, muß er das Vorurteil schon haben; die Statistik zeigt nur, unter welchen Umständen er sich zu ihm bekennt. Und zu den Umständen zählt längst auch sie selber: Indem sie zumindest tendenziell die bloße Gelegenheit als Ursache eines Ressentiments mißdeutet, trägt sie zu dessen Entschuldigung bei und kann es sogar in einer Wechselwirkung weiter hervorrufen.

Ebenfalls schädlich, wenn auch in anderer Weise, ist die zur Zeit weit verbreitete Irrmeinung, das Merkmal wenn nicht aller Vorurteile, so doch der Ressentiments sei ihre boshafte Tendenz. Sie ist logisch ungenügend, weil die Bosheit nicht genauer bestimmt ist als das Ressentiment selber, die Sache also nicht klarer macht als sie schon ist. Vor allem aber stimmt sie praktisch nicht: Jeder bessere Witz enthält Bosheit, ohne deshalb gleich tendenziös zu sein, und umgekehrt kommen die übelsten Ressentiments mitunter betont sachlich daher, wie z.B. manche Rasselehren des Dritten Reichs mit ihrer gleichgültigen Wissenschaftssprache, oder heuchlerisch wie der Fremdenhaß, der Unterschriften gegen das in der Nachbarschaft geplante Asylantenheim sammelt, doch nur zum Besten unserer Kinder und der Grundstückspreise.

Nein, das Kriterium der Bosheit ist vollkommen nutzlos und verdankt seine Beliebtheit nur dem Umstand, daß es den Gesinnungskritikern die Mühe des Nachdenkens abnimmt und ihnen erlaubt, ihre Urteile aus eigener Gesinnung zu fällen. Die Folgen sind jämmerlich: Wo die Begründung fehlt und bloßer Argwohn an ihre Stelle tritt, wo die Empörung so groß ist und der Sachverstand so gering, da tendiert die Kritik selber zum Vorurteil. »Für mich ist das antisemitisch« - daraus spricht längst schon nicht mehr die Unfähigkeit, sondern die auftrumpfende Weigerung zu argumentieren.

Ein anderer Irrtum, von welchem es leider nur einen ungenauen Steckbrief gibt, sieht Vorurteile als etwas Verborgenes, möglicherweise Seelisches oder Charakterliches an, das nur mittelbar aus Indizien zu erschließen ist. Vermutlich liegt er den meisten einschlägigen Ideologiekritiken zugrunde, oft wohl ohne daß die Kritiker sich seiner bewußt sind. Er wird u.a. von einer Metaphorik begünstigt, die festsitzende oder tiefverwurzelte Vorurteile hervortreten oder aufbrechen läßt; er könnte aus trivialisierter Psychoanalyse stammen oder aus dem mit dieser ohnehin verbündeten Hang, alles, was man nicht begreift, für irgendwie seelisch bedingt zu halten. Wo er einen Verdacht hat, strebt er stracks zur Gesinnung, denn dort

kennt er sich aus. Gerade er, der den ungenauesten Begriff von Vorurteilen hat, findet am häufigsten welche. Die Schwierigkeit, ihn zu widerlegen, ist die, ihm eine diskutable Form zu geben: Jenes wäre vermutlich ganz einfach, aber dieses gelingt selbst seinen Anhängern nicht.

Im besonderen Fall kann es natürlich Sinn haben, jemandem verborgene, d.h. nicht nachweisbare Vorurteile zu unterstellen. Sie aber grundsätzlich als eine nur indirekt zugängliche Charaktereigenschaft oder dergleichen anzusehen, wäre ähnlicher Unsinn, wie die Poesie für etwas im Poeten Verborgenes zu halten, wovon wir leider nur Gedichte zu sehen bekämen. Und vollends absurd wird solch ein prinzipieller Verdacht, wenn man ihn mangels geeigneter Kriterien im einzelnen Fall gar nicht prüfen kann, so daß man zwangsläufig dazu neigt, ihn bloß, weil man ihn hat, für berechtigt zu halten.

Wer Vorurteile untersuchen will, hat es zunächst mit nichts anderem als ihrem sprachlichen Ausdruck zu tun; und je mehr er diesem entnehmen kann, desto geringer wird sein Bedarf an psychologischen Spekulationen sein. Vorurteile haben kein durchgängig nachweisbares inhaltliches Merkmal, an dem man sie erkennen könnte. Sie haben nicht alle die gleiche Form; immerhin gibt es einen formalen Prototyp, nämlich ‘Alle x sind F’. Dieser jedoch liegt auch anderen Satzgruppen zugrunde, z.B. den Definitionen, und ebenso vielen regulären Urteilen.

Vorurteile sind oft nur im Zusammenhang erkennbar. Hans kommt immer zu spät, Fernsehen schadet den Augen, Mozart ist heiter: Solche Sätze würde man nur Vorurteile nennen, wenn sie mit der Weigerung einhergehen, widersprechende Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Anders wäre mit Behauptungen zu verfahren wie: Frauen können nicht Auto fahren, die Deutschen sind arbeitsam, sowie mit allen Ressentiments. Sie enthalten schon eine solche, unausgesprochene Weigerung, weil sie nach jedermanns Kenntnissen in wenigstens einigen Fällen unwahr sind.

Ihre konträren Gegensätze sind ebenfalls Vorurteile. (Sie müssen allerdings sinngemäß gebildet werden. Der Gegensatz des Dictums vom Autofahren etwa hätte zu lauten: Frauen fahren besser als Männer.) Und daraus folgt, daß ihre Tendenz unwesentlich ist, denn gerade die wird ja bei der Umkehrung geändert.

Vorurteile können ausnahmsweise richtig sein; und wenn sie falsch sind, genügt ihre Falsifikation nicht, um sie als Vorurteile zu erweisen. Es wird auch grundsätzlich jedem einleuchten, daß man, um den antisemitischen Charakter einer Behauptung zu erkennen, nichts über die Juden, sondern nur etwas über die Sprache wissen muß. Wäre es nicht so, hätte jedes Ressentiment Anspruch darauf, wie eine sinnvolle Aussage diskutiert zu werden. Wolfgang Pohrt schrieb einmal, daß »es sich aus Gründen der Zweckmäßigkeit und der Moral nicht empfiehlt, die Vorurteile eines Antisemiten dergestalt als diskussionswürdige Behauptungen zu akzeptieren, daß man sie wie Irrtümer behandelt und den Antisemiten wie einen Unwissenden«. Sicher richtig; aber am zweckmäßigsten wäre es doch, den formalen Unterschied zwischen Irrtümern und Vorurteilen festzustellen, damit man gegen letztere nicht immer die Moralbemühen muß, die ja auch nichts von ihnen versteht.

Vorurteile verhalten sich zur Erfahrung nicht wie gewöhnliche Behauptungen, sondern eher wie Definitionen: Sie wollen sich von ihr nicht widerlegen lassen, berufen sich aber gerne auf sie, ganz so, als seien sie in ihr begründet. »Wissen Sie, ich habe mit Ausländern unheimlich schlechte Erfahrungen gemacht«, sagt einer im Tonfall gekränkter Nächstenliebe. Und vielleicht ist es sogar wahr; aber hätte er das gleiche mit einem Landsmann erlebt, so hätte er eine Lehre über die Gemüsehändler daraus gezogen. Denn wer hat auch je schlechte Erfahrungen mit Deutschen gemacht? Alle, außer ihnen selber.

Vor Gegenbeispielen werden Vorurteile verteidigt wie Regeln: Ein paar Ausnahmen schaden nicht. Aber allgemeine Urteile und Regeln haben wenig mehr als die äußere Form miteinander gemein; nach Verifikation und Gebrauch sind sie vollkommen verschieden. Ein Urteil über alle x ist falsch, wenn es auf nur eines nicht zutrifft; Regeln dagegen, wenigstens solche, die Ausnahmen kennen, erheben überhaupt keinen Wahrheitsanspruch, sondern nur den, sich in wiederholter Anwendung zu bewähren. Aus ihnen folgt kein logischer Schluß, sondern eine Handlung. Durch diese stehen sie unter ständiger praktischer Kontrolle und werden ausgeschieden, wenn sie zu oft versagen. Eine entsprechende Kontrolle des allgemeinen Urteils bedeutete eine andauernde Verifikation, die jedes greifbare Faktum zur Prüfung heranzieht und das Urteil aufgibt, wenn es nur ein einziges Mal nicht zutrifft.

Vorurteile unterscheiden sich von Irrtum und Lüge durch ihre offene und geradezu demonstrative Mißachtung der Wahrheit. Wer lügt, muß die Spielregeln nach außen hin ebenso respektieren, wie er ein ehrliches Gesicht aufsetzen muß; wer aber ein Vorurteil hat, der weigert sich unverhohlen, die Verifikationsregeln zu befolgen; und deshalb irrt oder lügt er nicht, sondern redet Unsinn. Der Antisemit, der bereitwillig bestätigt, daß es natürlich auch sehr anständige Juden gebe, macht nicht etwa ein Zugeständnis, sondern versucht im Gegenteil, seine widersprüchliche Denkweise zu etablieren. Alle x sind F, aber einige sind es nicht - das nennt man in der Logik eine Kontradiktion und in der Umgangssprache Blödsinn. Und dagegen noch zu argumentieren, ist nicht nur unzweckmäßig, sondern seinerseits unsinnig, denn jedes Argument, das man vorbringt, kann doch nicht mehr bewirken als ein einziges Gegenbeispiel, und es enthält obendrein das unbeabsichtigte Zugeständnis, daß der Blödsinn diskutabel und lediglich falsch sei. Der Antisemit wird immer gewinnen,

solange nur über die Juden gesprochen wird; auf ein paar Gegenbeispiele mehr oder weniger braucht es ihm nicht anzukommen, ja indem er sie zugibt, kann er sich sogar noch als differenzierten Kopf präsentieren.

Vorurteile sind austauschbar in dem Sinne, daß sie leicht ihren Meinungsgehalt wechseln. Und deshalb täuscht die Rede von einem tiefverwurzelten Antisemitismus: Tiefverwurzelt, wenn die Metapher denn sein muß, ist die unsinnige Denkweise, die sich heute für Frauen oder Asylanten interessiert, morgen vielleicht russische Juden aufnimmt und sich in flauen Zeiten mit Radfahrern begnügt, ohne sich je in irgendwelche hypostatischen Seelentiefen zurückgezogen zu haben. Und ihrer bedient sich natürlich nicht nur der Anti-, sondern auch der Philosemit, der nur irgendwie netter ist als sein Gegner, aber durchaus nicht klüger. Eines Tages wird er sich vielleicht beklagen, er habe sich doch immer so für die Juden eingesetzt, aber leider in letzter Zeit unheimlich schlechte Erfahrungen mit ihnen gemacht.

Vorurteile haben einen eigentümlichen Reiz, durch den sie auch intelligenten und selbstkritischen Menschen gefährlich werden: Sie täuschen eine Einsicht vor, die induktiv das Wesen einer Sache aus gelegentlicher Erfahrung erschließt und gerade wegen ihres Mißverhältnisses von Wissen und Deutung nur um so tiefer und wertvoller erscheint. Darum können sie sich nicht mit der Form ‘Viele x sind F’ begnügen, die doch rechnerisch auf das gleiche hinauskäme wie das allgemeine Urteil abzüglich der Ausnahmen und logisch nicht anfechtbar wäre. Aber diese Form faßt nur eine Schätzung zusammen, erlaubt keine Schlüsse auf den Einzelfall und weiß nichts von einem Wesen. Kurz: Sie ist sinnvoll, und eben das wird als Nachteil empfunden. (Genau deshalb lassen sich auch gewitzte Ideologiekritiker nicht gern auf die Behauptung ein, daß viele Golfkriegsgegner Antisemiten seien: Mit der würden sie sich leicht blamieren, weil sie nicht ein Dutzend herzählen könnten. Sie sind vorsichtig genug, es nur von allen zu behaupten, denn so scheint’s eine These über das Wesen des Protests, die sich mit drei Beispielen und ein bißchen Rhetorik verteidigen läßt.)

Intelligenz und Bildung gebrauchen vom Vorurteil oft nur dessen vollständig abstrahierte Version, den Zynismus. Er besteht aus zweckgebundenen Variationen über das Thema: Das kennt man! und dient als Vorwand, nicht näher hinzusehen oder aus dem Gesehenen keine Konsequenzen zu ziehen.

Um eine behelfsmäßige Definition aufzustellen: Vorurteile sind (meist allgemeine) Urteilssätze, die nach jedermanns Kenntnissen falsch sind oder unter offener Verweigerung ihrer Verifikation gebraucht werden. Sie sind zugleich Ressentiments, wenn sie sich gegen eine homogene Menschengruppe richten.

Die Annahme, daß jemand verborgene Vorurteile hat, bedeutet weiter nichts, als daß er in Gedanken mit ihnen operiert, also Schlüsse aus ihnen zieht, aber nur diese ausspricht. Das kann man ihm zwar nicht mit logischer Gewißheit nachweisen, weil solche Schlüsse nicht umkehrbar sind, aber unter Umständen doch mit großer praktischer Wahrscheinlichkeit, nämlich indem man so weit wie möglich ausschließt, daß er vernünftige Gründe für seine Behauptungen hat. Wie das im einzelnen gemacht wird, weiß gewöhnlich jeder; nur nicht, wenn es um Gesinnung und gar um Antisemitismus geht. Aber die Behauptung »Du bist ein Antisemit« kann natürlich auch von einem Vorurteil zeugen, und so unbedacht, wie sie augenblicklich ein gesinnungsfroher Mensch dem nächsten an den Kopf wirft, tut sie’s meist.

Zurück zum Anfang. Die Diskussion scheitert daran, daß ihre sämtlichen, mehr noch, viele Teilnehmer sich genau der falschen Denkformen bedienen, die sie ihren Gegnern vorwerfen. Unter anderem sind alle Behauptungen über *die* Linken, *die* Deutschen, *die* Kriegsgegner lupenreine Vorurteile, egal wie sie begründet sind; und daß sie keine dem Antisemitismus vergleichbare Vorgeschichte haben, mag ihren unbedachten Gebrauch entschuldigen, kann ihn aber nicht rechtfertigen. Selbst wer wissentlich ein Vorurteil durch ein anderes austreibt, wie Hermann Gremliza es zu beabsichtigen scheint, wenn er gegen die Deutschen polemisiert, hat am Ende nur eine Meinung verscheucht, die bei der nächsten Gelegenheit zurückkommt, solange sie ihre gedankliche Form unbeschadet und allseits respektiert vorfindet. Und daß sie sie vorfinden wird, garantiert zur Zeit die Ideologiekritik.

Martin Heicke lebt als freier Autor in Lüneburg

Konkret 07/91, S. 46

Bernd Siegler

»Völlig oder weitgehend«

Eine erste empirische Studie hat in der DDR »kaum Antisemitismus« ausmachen können - Ergebnis einer fragwürdigen Datenaufbereitung und ihrer beschönigenden Interpretation

Die Wissenschaft ist doch immer für Überraschungen gut, vor allem die empirische Sozialforschung. Da stehen vor nahezu jeder jüdischen Einrichtung in der DDR Tag und Nacht Polizisten, um diese vor Zerstörung zu bewahren, da werden jüdische Friedhöfe in Ost-Berlin geschändet, da kursieren in rechten Kreisen Schwarze Listen mit Namen von jüdischen (Ex-)SED-Funktionären, da skandieren seit Jahren in den Stadien von Rostock bis Dresden Fußballanhänger »Juden raus« - und plötzlich tickert über die Agenturen die Meldung »In Ostdeutschland kaum Antisemitismus«. Das habe eine Studie des Lehrstuhls für Soziologie der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg ergeben, die »erste repräsentative allgemeine Bevölkerungsumfrage zum Thema Antisemitismus auf dem Gebiet der ehemaligen DDR«.

An 1.000 repräsentativ ausgewählte Bürger der Ex-DDR hatten die Mitarbeiter des Nürnberger Lehrstuhls Prof. Büschges ihre Fragebögen verteilt. Nur ein Zehntel verweigerte die Auskunft. Zusätzlich wurden 2.380 Schüler der Klassenstufe 9 bis 13 an Schulen in Jena befragt. Aus dem erhobenen Datenmaterial folgern die Soziologen, daß die ehemalige DDR »keineswegs eine Hochburg des Antisemitismus« sei. Der »harte Kern antisemitisch orientierter Personen« umfasse rund 6 Prozent der DDR-Einwohner und liege damit um zwei Prozentpunkte unter dem in der BRD ermittelten Wert. Die Soziologen stellen zwar fest, daß die Ablehnung »ethnisch auffälliger Bevölkerungsgruppen wie Asylanten, Neger, Israelis, Vietnamesen und Juden« stark ausgeprägt sei, geben aber gleichzeitig Entwarnung: »Der Antisemitismus spielt in den Köpfen der ehemaligen DDR-Bürger nur eine geringe Rolle.« »Vollständig ausgemerzt« sei er allerdings noch nicht.

Machen schon die Klassifizierung der Juden als »ethnisch auffällige Bevölkerungsgruppe« und die Wortwahl »Neger«, »Asylant«, »ausmerzen« mißtrauisch, so läßt ein genauer Blick auf die eingeholten Daten und die daraus gezogenen Folgerungen nur einen Schluß zu: Hier soll mal wieder mit Hilfe der Wissenschaft ein positives Bild der deutschen Gesellschaft gezeichnet und der Antisemitismus als marginales Problem am äußersten rechten Rand unserer Gesellschaft verortet werden. Das beste Mittel, das Sozialforschern dabei zur Verfügung steht, ist die extreme Reduzierung dessen, was sie als »antisemitisch« gelten lassen. Grundlage der Nürnberger Studie ist eine »Antisemitismus-Skala«, die sich aus 24 Behauptungen wie z.B. »Mit Juden will ich nichts zu tun haben« oder »Juden sind feige, habgierig, rücksichtslos« zusammensetzt. Wer keine einzige von ihnen »tendenziell antijüdisch«, also zustimmend beantwortet hat, bekommt das Prädikat »völlig vorurteilsfrei«. 40 Prozent der Befragten fallen unter diese Kategorie. Daß von diesen 40 Prozent immerhin 11 Prozent die nazistische Judenvernichtung leugnen, wie in der Studie eher beiläufig festgestellt wird, läßt Zweifel aufkommen, ob die gewählten Skalensätze überhaupt ausreichend sind, antisemitische Einstellungen zu messen.

Davon aber völlig abgesehen ergibt sich aus dem präsentierten Datenmaterial, daß 60 Prozent der Befragten mindestens einem der judenfeindlichen Stereotype zustimmten. Ein Ergebnis, das in der Studie völlig unbeachtet geblieben ist. Stattdessen erteilen die Soziologen 80 Prozent der DDR-Bevölkerung einen Persilschein. »Vier Fünftel der Bewohner der ehemaligen DDR können als völlig oder weitgehend vorurteilsfrei gegenüber Juden bezeichnet werden.« Personen, die bis zu drei »tendenziell antijüdische« Antworten gegeben haben, dürfen sich »weitgehend vorurteilsfrei« fühlen. Nur wer auf neun und mehr Skalensätze »tendenziell antijüdisch« reagiert hat, zählt zum »harten antisemitischen Kern«. Sechs Prozent der Bevölkerung und 8,8 Prozent der Schüler fallen unter diese Kategorie.

Wie wenig stichhaltig die Interpretation ihrer Ergebnisse ist, zeigen die Verfasser der Untersuchung ungewollt im übrigen selbst. Zum einen durch weitere Detail-Angaben in ihrer Ergebnisdarstellung, mehr jedoch noch durch die Behandlung und Wertung der gewonnenen Daten. Einige von ihnen sind nämlich keiner besonderen Erwähnung wert oder fallen gleich völlig unter den Tisch. So schätzen 55,2 Prozent der DDR-Bevölkerung die Deutschen als »sauber« ein, jedoch nur 29,5 Prozent glauben das von Juden. 10,9 Prozent der Bevölkerung und 15,3 Prozent der Schüler können gar der Aussage uneingeschränkt zustimmen, daß es Fehler gebe, »die den Juden im Blut« lägen. Jeder zehnte DDR-Bürger ist sich sicher, daß man »Juden am Aussehen erkennen« könne, und 11,6 Prozent glauben felsenfest, daß »Juden mehr mit Tricks arbeiten als andere«. Auch daß bei empirischen Untersuchungen die Befragten häufig gemäß der »sozialen Erwünschtheit« antworten, also die Extrempositionen der Anwortkategorien meiden und in die abgeschwächte Antwortmöglichkeit flüchten, wird von den Sozialwissenschaftlern nicht reflektiert. In ihrer Ergebnisdarstellung legen sie nur Zahlen für die Extrempositionen »vollkommene Zustimmung« oder »vollkommene Ablehnung« offen.

Um ihr »relativ positives Bild über erwachsene und jugendliche Bürger der ehemaligen DDR« zeichnen zu können, unterscheiden die Antisemitismus-Forscher bei der Untersuchung der Vorbehalte gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen sogar Israelis und Juden. Sie negieren damit völlig, daß gerade in der DDR aufgrund der harten antiisraelischen Propaganda der Staatsführung Antisemitismus in der Verpackung des Antizionismus überleben und sich

fortentwickeln konnte. Mit Hilfe dieser künstlichen Trennung kommt die Studie zu dem Ergebnis, daß 8 Prozent der DDR-Bevölkerung und 12,7 Prozent der DDR-Schüler »nicht so gern« mit Juden zu tun haben möchten. Damit rangieren Juden auf dem vorletzten Platz, das Schlußlicht bilden die Studenten. Gegen Israelis jedoch haben bereits 15,9 Prozent der Bevölkerung etwas und gar 25,5 Prozent der Schüler.

Ein wichtiges Symptom antisemitischer Einstellungen ist die starke Überschätzung des jüdischen Bevölkerungsanteils und damit die Überhöhung des tatsächlichen jüdischen Einflusses in der Gesellschaft - Grundlage einer jeglichen negativen Stigmatisierung. 40 Prozent der DDR-Bevölkerung glauben, daß bis zu 100.000 Juden auf dem Gebiet der Ex-DDR leben. Weitere 30 Prozent gehen von einer Million und zehn Prozent gar von mehreren Millionen aus. Angaben von bis zu 8 Millionen finden sich unter den Antworten, bei den Schülern liegt der Antwortdurchschnitt bei über einer Million. Die Ex-DDR hatte 16 Millionen Einwohner, und nach Schätzungen lebten dort nur etwa 4.000 Juden. Diesem bedrohlichen Auseinanderfallen von sozialer Realität und ihrer Wahrnehmung mißt die Studie aus der ehemaligen Stadt der Reichsparteitage keine weitere Bedeutung zu. In ihm zeige sich lediglich »die geringe Reflexion des Themas ‘Juden in Deutschland’ unter der ostdeutschen Bevölkerung«.

Einen ähnlichen analytischen »Tiefgang« beweisen die Sozialforscher bei ihrer Behandlung des Themas »Vergangenheitsbewältigung«. Sie haben herausgefunden, daß zwar 80,6 Prozent der Bevölkerung der Aussage uneingeschränkt zustimmen, daß »die Nazis sechs Millionen Juden ermordet« haben, daß aber 53,5 Prozent fordern, unter diese Vergangenheit gehöre »ein Schlußstrich«. Die Forscher stellen fest, daß diese beiden Aussagen das höchste Maß an Zustimmung unter zwölf weiteren finden und nennen dies »am auffallendsten«. Dabei bleibt es. Daß in Deutschland ein ‘sekundärer’ Antisemitismus grassiert, der sich aus dem Bedürfnis speist, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen, und der es den Juden verübelt, daß schon ihre Existenz (und die ihres Staates) an die deutschen Massenmorde erinnert, ist den Verfassern der Studie keinen Gedanken wert.

Dafür bekommen sie am Ende ihrer Ergebnisdarstellung selbst Angst vor dem positiven Bild, das ihre Untersuchung von den DDR-Deutschen zeichnet, und sie warnen vor dem von ihnen doch erst erweckten Eindruck, daß »in der Ex-DDR eine Immunität gegenüber antisemitischen Ressentiments« bestehe. Was an der oberflächlichen Machart und der beschönigenden Grundtendenz ihrer Studie allerdings nichts mehr zu ändern vermag, die dem Antisemitismus nachfragt wie ein Waschmittelhersteller dem Erfolg seines neuen Weichspülers.

Bernd Siegler schrieb in KONKRET 3/91 über »Nazis für den Frieden«

Konkret 07/91, S. 47

Chris Toffel

Der Letzte macht das Licht an

und erlaubt einen Blick auf den schrumpfenden Mikrokosmos der sog. Linkspresse

Anfang des Jahres vermerkten die in Bonn erscheinenden »Blätter für deutsche und internationale Politik«in einer Werbebeilage, daß ihre Auflage rückläufig sei. Obwohl sie mit neuen Autoren und sozialdemokratischer, realogrüner und sogar biedenköpfischer Politikbeschreibung an sogenannter Seriosität gewonnen hatten, sank die Abonnementzahl weit unter die Marke, die die »Blätter« noch in der Zeit der Betreuung durch den (inzwischen wegen fehlender SED-Subventionen untergegangenen) Kölner Pahl-Rugenstein Verlag leicht erreicht hatten.

Immerhin bringen es die »Blätter«, die einst stets fünfstellige Abonnentenzahlen melden konnten, auch heute noch auf monatlich 9.678 verkaufte Exemplare. Sie sind damit gegenüber ihrer Konkurrenz geradezu ein Marktgigant. Die sich aus dem KBW-Erbe ernährende Frankfurter »Kommune« liefert trotz hohen Werbeeinsatzes und liebevoller Förderung durch die Feuilletons fast aller Bürgerblätter gerade mal 2.800 Exemplare pro Monat beim Postvertrieb auf, davon 2.300 Abonnements. Anderen geht es nicht viel besser:

· »Argument«, herausgegeben von Wolfgang Fritz und Frigga Haug, verkauft alle zwei Monate 3.100 Exemplare, davon 2.100 Abonnements;

· »Sozialismus«, am Leben erhalten von den »Sozialistischen Studiengruppen« (SOST), verkauft pro Monat 1.600 Exemplare;

· »links«, die Zeitschrift des »Sozialistischen Büros« in Offenbach, findet ebenfalls monatlich nur noch 1.600 Abnehmer;

· »Soz«, die Zeitung der »Sozialistischen Partei«, bringt es vierzehntägig auf 1.800 Verkaufte;

· »Marxistische Blätter« (DKP) finden zweimonatlich noch 1.200 Abnehmer;

· »Z. marxistische Erneuerung«, Zeitschrift der DKP-Erneuerer, hat ca. 600 Abonnenten gefunden;

· »ak«, vormals der »Arbeiterkampf« des KB, verkauft alle vier Wochen noch 4.000 Stück;

· »ProWo«, das Westberliner Autonomen-»Projekt Wochenzeitung« liefert in unregelmäßigen Abständen ca. 800 Exemplare aus;

· »Prokla«, die Zeitschrift des Westberliner »Projekt Klassenkampf«, hat ihr Erscheinen eingestellt.

Aber auch die längst wie die »Kommune« nach rechts abgeschwirrten Traditionszeitschriften sind tief gesunken: Das einst von Enzensberger gegründete »Kursbuch« bringt es vierteljährlich nur noch auf 13.600 Stück (davon 9.491 Abos), und die mit dem SPD-Blatt »Neue Gesellschaft« zusammengerührten »Frankfurter Hefte« erreichen trotz volksparteilicher Förderung monatlich gerade eben 8.500 Exemplare.

Mit dem Verschwinden der DDR und der Auflösung einer politisch ernstzunehmenden Linken verliert das linke wie das noch irgendwie als links geltende Schrifttum gleichermaßen an zahlender und lesender Basis. Ein Ende dieser Entwicklung ist noch nicht absehbar. Am härtesten waren natürlich die an Parteien und Organisationen gebundenen Zeitschriften betroffen. Die »Marxistischen Blätter« der DKP verloren zwei Drittel ihrer Auflage, dem »ak« wird es nun, nach der Selbstauflösung des Kommunistischen Bundes, nicht anders ergehen. Am besten geht es noch jenen Zeitschriften, deren Redaktionen ihre Gedanken und nicht Partei- oder Strömungsinteressen zusammenhalten.

Verheerender noch als in der Vergangenheit wirkt sich heute ein altes Problem aus: Bezahlbare und effektive Vertriebswege, wie sie vor 1933 für alle linksliberalen, sozialistischen und kommunistischen Blätter vorhanden waren, gibt es nicht. Die monopolisierten West-Vertriebswege, die auch dem Osten marktwirtschaftlich aufgedrückt wurden, sind praktisch nicht nutzbar, weil die für langfristig gute Verkäufe notwendigen hohen Druckauflagen in diesem Vertriebssystem kaum zu bezahlen sind.

Und überhaupt - »Leseland DDR«: Bei einem Publikum, mit dem selbst die »Bild-Zeitung« wg. zu großer Seriosität Probleme hat, kommt nicht einmal das vor der Revolution so heiß begehrte Deutschland-Magazin »Spiegel« voran. In Ostberlin kann er wöchentlich nur ca. fünftausend Exemplare absetzen und gehört damit noch zu den Großen. Unter diesem Gesichtspunkt kann der Versuch des »Freitag« als mutig angesehen werden, über das Pabel-Moewig Unternehmen VPM massiv an die Kioske zu gehen, um seine Aboverluste abzufangen. Letzten Endes wird ihm das nur die Speditionskosten abdecken und nicht den Rückgang der ehemals mit 8.300 Ostabos (»Sonntag«) und 17.600 Westabos (»Volkszeitung«) fusionierten Wochenzeitung aufhalten. Zur Zeit hält der »Freitag« bei 18.960 Abonnenten, dazu werden noch 5.000 Exemplare am Kiosk verkauft.

Im Osten sind von den sich selbst zur Linken rechnenden Zeitschriften fast keine mehr übrig geblieben. Die »Weltbühne«, einst »Bückware« in der DDR, hat über zwei Drittel ihrer bezahlten Auflage verloren und noch höchstens 6.000

Abonnements. Die alte »Sowjetwissenschaft« heißt jetzt vornehm »Berliner Debatte INITIAL« und vertreibt 1.200 Abonnements. Etwas höhere Verkaufsergebnisse haben als Sammelbecken vor allem der kapitalismuskritischen Politik- und Ökonomieforscher die »iPW Berichte« und »Disput«, Nachfolger eines Instrukteursblattes des ZK der SED. Während »Disput« vor allem von noch mehr als 13.000 aktiven PDS-Mitgliedern abonniert wird, hat die als PDS-nahe Theoriezeitschrift konzipierte »Utopie kreativ« den Sprung über die 500er Abogrenze nicht geschafft.

Trotzdem werden neue Zeitschriftenprojekte geplant. So gibt es Überlegungen im Apparat der PDS, deren Tageszeitung »Neues Deutschland« aus Millionenhöhe auf zur Zeit 128.304 Exemplare gesunken ist, eine neue linke Wochenzeitung aufzulegen. In diesem Sinne, mit der Bitte um logistisches Wissen, haben Michael Stamm und Vertreter des »ak« schon mit der alternativen Schweizer Wochenzeitung »WoZ« Kontakt aufgenommen. Sie wollen einfach nicht begreifen, daß linke Publizistik in diesen Zeiten vor allem eines nicht sein darf: Instrument organisationsbezogener Interessen.

Mit dem Verschwinden der politischen Linken verschwindet ihre ohnehein marginalisierte Öffentlichkeit. Was übrig bleibt, sind wenige Laboratorien für den politischen Streit ohne falsche Rücksichten. An solchen Streit aber hat sich die alte Kundschaft noch nicht gewöhnen können.

PS: Und dann gibt es da noch KONKRET. Monatlich verkaufte Auflage: 41.624, Abonnements: 17.072.

Chris Toffel ist ein bekannter Marktforscher und lebt in Allensbach am Bodensee

Konkret 07/91, S. 48

Matthias Altenburg

Ich habe gelesen

Eingeladen, auf irgendeiner dieser »Literatur und Politik«-Veranstaltungen zu referieren, habe ich kaum ausgeredet, als eine junge Frau sich meldet - Studentin der Germanistik im zwölften Semester sei sie, sagt sie - und mal eine Frage stellen will. Wofür Literatur überhaupt gut sei, will sie wissen, ihr jedenfalls habe das in all den Jahren noch keiner erklären können. Trotz Frauenliteratur sei der Sexismus schlimmer als jemals zuvor, und der Sozialismus - auch und gerade als Idee - sei zuschanden gegangen, obwohl Christa Wolf sich doch noch immer prima verkaufe. Sagt es, packt einen kleinen Taschenspiegel aus und beginnt sich die Lippen zu schminken.

Also, obwohl die Tuss es nicht verdient hat, einmal erklär ichs noch: Es gibt keine feministische Literatur, und es gibt keine sozialistische Literatur. Literatur ist dazu da, uns klüger, uns schöner, uns genauer zu machen. Wer es allerdings vorzieht, dumm, häßlich und vage zu bleiben, der kann getrost auf die süße Mühe verzichten, die es macht, ein gutes Buch zu lesen. Der soll dann bitte aber auch das Maul gleich ganz halten und mich mit seinen blöden Fragen verschonen.

*

Es ist mittlerweile fünf Jahre her, daß ich im Vorwort meines Buches »Fremde Mütter, fremde Väter, fremdes Land« (Gespräche mit acht Autoren, Konkret Literatur Verlag 1986, später für fünf Mark bei Zweitausendeins verscherbelt) die folgende gar nicht so blöde Frage stellte: »Müssen denn immer erzählte Abenteuer die Abenteuer des Erzählens ersetzen?« Heute, lieber Leser, möchte ich die Frage endlich ernst nehmen und sie beantworten, und zwar mit einem donnernden JEIN.

Ja und Nein.

Ja, denn die Abenteuer des Erzählens gehen den Leser gar nichts an! Sie sind einzig und allein Sache des Autors.

Nein, denn ein Stoff kann noch so abenteuerlich - d.h. voller Leichen, Affären und überraschender Wendungen - sein, wenn er es nicht schafft, ihn auch abenteuerlich zu erzählen, gleicht der Autor dem kläglichen Possenreißer, der immer die Pointen seiner Witze vor der Zeit verrät.

Wie ich drauf komme, gerade jetzt solch alten Schmonzes mit mir selber auszudiskutieren? Weil ich mal wieder feststelle, daß die deutschsprachigen Frühjahrsnovitäten immer noch un- oder bloß angelesen auf einem Stapel neben meinem Bett verstauben, während ich schon wieder mit größtem Vergnügen den »Huckleberry Finn« und »Die Schatzinsel« lese. Weil ich grad merke, wie sehr mich Äußerlichkeiten interessieren und wie schnurz mir die Befindlichkeiten irgendwelcher Hanspampelfiguren sind, deren Biografien meiner zum Verwechseln ähneln. Anders gesagt: Ich bin mir egal.

Jedenfalls wenn ich lese und wenn ich schreibe.

*

Nach Amerika blicken, heißt in die Zukunft blicken. Niemals zuvor gab es für einen Europäer so gute Gründe, sich mit den USA zu beschäftigen wie heute. Alles um uns herum wird amerikanisch. Die Straßen, die Läden, die Hirne, die Slums. Gegen Amerika, so scheint’s, sind wir machtlos. Egal, was wir unseren Kindern sonst noch versuchen beizubiegen, Alf und Madonna, Donald Duck und Patrick Swayzee, Tom Cruise und die New Kids sind immer schon on the Block und in den Köpfen.

Kein Wunder also, daß die USA, von Europa aus gesehen, nie einfach ein fremdes Land wie andere sind, sondern immer Himmel oder Hölle, eine riesige Projektionsfläche für unsere Ängste und Sehnsüchte. Alles Gute, alles Böse kommt von dort.

Die gesamte nordamerikanische Kultur basiert auf den Leichen der Indianer (hört sich an, als hätte Heiner Müller das gesagt). Wer sich für Jim Morrison und Wil-liam Faulkner interessiert, kommt nicht umhin, sich mit der Geschichte der abgeschlachteten Ureinwohner auseinanderzusetzen. Und wer sich dabei weder auf Karl May noch auf Kevin Costner verlassen will, dem sei ein Fotoband empfohlen, der einzigartige Aufnahmen aus der Zeit der großen Siouxkriege präsentiert: Helga Lomosits/Paul Harbaugh: Lakol Wokiksuye - Zur Geschichte der Plains von Little Bighorn bis Wounded Knee, Jugend & Volk, Wien, 48 Mark.

*

Es gibt Bücher, die zu gut sind, als daß man sie in einem Zug durchlesen dürfte. Eines der schönsten Bücher, das ich kenne und das ich nie in einem Zug, sondern immer nur im Omnibus gelesen habe, ist Djuna Barnes »New York - Geschichten

und Reportagen aus einer Metropole« (aus dem Amerikanischen von Karin Kersten, Wagenbach, 32 Mark). Die Arbeiten stammen aus den Jahren zwischen 1913 und 1917, lesen sich aber allesamt so frisch, als wären sie gerade entstanden. Ihre große Qualität besteht darin, daß die Autorin es schafft, in ihrer Sprache zwei Eigenschaften zu verbinden, die gewöhnlich nur einzeln auftreten: Sie schreibt ebenso entschlossen wie besonnen. Der Verlag wußte schon, warum er auf dem Umschlag folgende Passage aus einer Reportage über Greenwich Village als Appetithäppchen zitierte: »Weshalb hat der Washington Square eine Bedeutung, einen Duft sozusagen, während Washington Heights keinen hat? Der Platz besitzt Erinnerungen an bedeutende Leben und die Möglichkeit zu solchen, wohingegen die Heights leer sind und die Fifth Avenue nur eine Durchgangsstraße ist. Hier auf der Nordseite gibt es stattliche Häuser, die von großen Vermögen bewohnt werden, von all denen, deren Namen rascheln wie seidene Unterröcke, und auf der anderen Seite eine Anhäufung von Häusern und Hütten, die in Kaninchenbauten übergehen, wo die Italiener in der Sonne ihre Brut mehren und herumwimmeln wie in Neapel... Atlas und Automobile auf dieser, Schäbigkeit und Schubkarren auf jener Seite - das ist der Kontrast, der Lebendigkeit schafft, die Phantasie anregt, Liebe und Haß einflößt. Der größere Teil New Yorks ist so seelenlos wie ein Warenhaus; Greenwich Village hingegen hat Erinnerungen wie Ohren, die angefüllt sind mit verstummter Musik, und Hoffnungen wie blicklose Augen, die bestrebt sind, einen Blick auf die himmlische Vision zu erhaschen.«

*

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten geht hier, in der besten aller Welten, eine Schrumpfung selbst der geringsten mentalen Fertigkeiten einher. Leute, die noch gestern halbwegs bei Trost zu sein schienen, halten schon heute unsere Art zu leben nicht nur für die einträglichste, sondern auch für die beste denkbare. Daß der Preis dafür andernorts gezahlt wird, ist ihnen inzwischen, wenn sie es nicht sowieso vergessen haben, ganz recht. Es kann nicht mehr lange dauern, bis sie Hunger und Krieg für gottgewollt oder wenigstens für naturbedingt halten. Wohlgemerkt, ich rede von Leuten, die sich noch kürzlich als linke Intellektuelle bezeichnet haben.

Neben solchen Lotterköpfen wirkt ein Trivialautor wie der Amerikaner John Nichols als glühender Aufklärer. Sein Roman »American Blood« (aus dem Amerikanischen von Eva Malsch, Kabel, 39,80 Mark) berichtet von den Soldaten, die zuerst den Krieg nach Vietnam exportieren und ihn dann - verkrüppelt an Leib und Seele, wie sie waren und sind - in ihr Heimatland zurücktragen. Ohne lange darüber zu grübeln, ob politische Stoffe in der Literatur etwas zu suchen haben, zeigt Nichols, was der Krieg auch mit denen, die ihn führen, anrichtet. Gegen das, was der Autor seinen Ich-Erzähler und Helden aus dem Vietnamkrieg erzählen läßt, ist Leutnant Calleys Bericht »Ich war gern in Vietnam« die reinste Schonkost. Nein, ein Kunstwerk, wie der Verlag uns weismachen will, ist »American Blood« nicht, aber immerhin ein spannender Unterhaltungsroman, der sich nicht lieb Kind bei seinen Lesern macht.

*

Ich habe gelesen. Freilich. Aber kennen Sie das auch, daß man nach zweitausend Seiten Lektüre am liebsten kotzen möchte? Daß man den Wörtern nicht mehr traut? Daß man merkt, es fehlt einem was? Daß man hungrig, gierig, geil wird auf Bilder, auf Töne? Manchmal bin ich schon besänftigt, wenn ich nur ein halbes Stündchen in meinem alten, bei Eduscho erstandenen Kunstband mit den »Berühmtesten Gemälden der Welt« blättere. Manchmal aber muß ich mich auch zwei Tage lang an den Kopfhörer anschließen, um nichts zu hören als laute Musik (da kann diese Kolumne heißen wie sie will).

Es gibt die einen, die stehen auf das Gedudel von Sting und Paul Simon und auf das Geklimper irgendwelcher Negerpuppen, die mit ihren selbstgeschnitzten Gitarren scheinbar schnurstracks aus den Cottonfields in die Aufnahmestudios der großen Plattenfirmen gestolpert kommen. Und es gibt die wenigen anderen, die Linton Kwesi Johnson hören. Und der geht so: »Kaydar e ad to go Zhivkov e ad to go Honnicka e ad to go Cauchescu e ad to go jus like apartied wi av to go« (Kádár mußte gehen, Schiwkow mußte gehen, Honecker mußte gehen, Ceaucescu mußte gehen, genau wie die Apartheid wird gehen müssen). Und das wäre wohl vorerst alles, was zum Thema historischer Optimismus zu sagen ist. Wenn die Postmoderne nichts anderes hervorgebracht hätte als diese große Platte des großen Weltmusikanten Linton Kwesi Johnson, mein Gott, ja, sie hätte sich gelohnt. Oder wußte jemand vorher, wie es sich anhört, wenn ein in England lebender schwarzer karibischer Zigeuner den Jungs und Mädels aus der Bronx die Flötentöne beibringt? (Tings an' Times, Intercord). So, und jetzt wird wieder gelesen.

*

Zum Schluß ein Zitat: »Dichter sind unwichtig, und ein bißchen sinnloses Gerede hier und da ist ebenfalls unwichtig. Wichtig sind Essen, Geld und Gelegenheit, seine Feinde zur Sau zu machen. Man gebe einem Mann diese drei Dinge, und schon wird man nicht mehr viel Geplärre von ihm zu hören kriegen.« (Aus: Flann O'Brien, Trost und Rat, Deutsch von

Harry Rowohlt - Sei gegrüßt, Alter , Haffmans, 18 Mark.)

*

Und ganz zum Schluß noch eine Frage: Gibt es eigentlich den einen KONKRET-Käufer, der diese Kolumne zuende gelesen hat? Gibt es ihn, den einen, der sich nicht nur für die wunderbar kenntnisreichen politischen Beiträge meiner wunderbar scharfzüngigen Kollegen, sondern auch für LITERATUR interessiert? Er soll mir schreiben, wir gründen eine Partei! (M.A., Martin-Luther-Str.28, 6000 Frankfurt/M. 60) Danke.

Matthias Altenburg schrieb in KONKRET 3/91 über Camus, Horx, Fauser und Kapuscinski

Konkret 07/91, S. 50

Kay Sokolowsky

Schiefe Blicke

Der Skandal, den »Bloodi«, der Fixer-Comic des Zeichners Pierre Ouin, in Frankreich gemacht hat, wird hierzulande wohl ausbleiben. Immerhin aber bekommt die deutsche Comic-Rezeption mit der Veröffentlichung seiner Übersetzung durch den Rotbuch-Verlag erneut einen exemplarischen Anlaß, ihr Elend aufs Grellste herauszustellen

Ach!, wie leicht es doch die Aficionados haben: ahnen nichts von Tuten und Blasen und posaunen drum herum, Branford Marsalis sei ein »Genie«; oder beten die »Diva« an, weil der Film ja so viele Close-ups hat, und die bedeuten schon was. Sie sind als Experten unschlagbar, wenn es um Tabellen und Charts geht. Warum allerdings Ernst Happels HaEsVau ein Wunderwerk oder »She's Leaving Home« ein Meisterstück gewesen ist, wissen sie nicht, da sie die Plazierung in GB/USA/BRD aus dem effeff kennen.

Der Echte Fan hat aus seinem Kopf einen Otto-Katalog gemacht. Es sind ihm details en gros verfügbar, aber zu mehr als zu ihrer alphabetischen Ordnung reicht sein Geist nicht mehr hin. So redet er gern vom Strukturalismus, denn das klingt imposant und verschont ihn vorm Nachdenken über Strukturen. Bei Fakten und Anekdoten unterläuft ihm kein Fehler. Doch um sein Wissen aufzuklären, ist er viel zu sehr mit Auswendiglernen beschäftigt. Jedes neue Datum vernagelt sein Hirnkastl weiter; entsprechend bekloppt mutet an, was er Kritik nennt.

Der Echte Fan ist nicht in der Lage zu kritisieren, denn er hat sich die Voraussetzungen dazu längst selber genommen. Was ihm an Temperament und Charakterstärke zu Gebote steht, setzt er gänzlich um in Eifersucht auf alle, die Sein Gebiet betreten. Seine Intoleranz gegen Andersmeinende ist so groß wie seine Furcht davor, von ihnen nicht ernstgenommen zu werden; deshalb heißt er sie meist intolerante Spießer, die man nicht ernstnehmen darf. Gier, nicht Neugier treibt ihn um, Idolatrie, nicht Liebe. Im günstigsten Fall bleibt er ein besessener Sammler, oft jedoch und leider beginnt er, Rezensionen zu schreiben. Und wie darin mißverstandene Ästhetik, Klischees, Elefantengedächtnis und Affenliebe durcheinandergehen, muß hier gar nicht zitiert werden, es genügt ein Blick in das nächstbeste ßien-Blatt. Weil sie - weit entfernt, es zu vermögen - souverän urteilen möchten, wird in fremden Kleidern - d.h. in Reich-Ranickis Pinguinfrack oder den Stiefeln von Raddatz - posiert, daß es quietscht. Die gammligsten Feuilletonphrasen halten dafür her, den Betrieb, der einen so bitter mißachtet, als vermufft zu schmähen. Dabei gilt die Faustregel, daß, je frühvergreister der entliehne Tonfall klingt, desto öfter von »Avantgarde« die Rede ist.

All das ist natürlich nichts Neues. Spätestens seit Adorno gegen die »zeitlose Mode« polemisierte, hat das halbgebildete Unwesen der Echten Fans seine gültige Darstellung. Es muß die Laien auch nicht sehr kümmern, wie stolz z.B. die Pop-Fanatiker von ihrer Gegenkultur schwadronieren, obwohl sie doch allenfalls eine Afterkultur betreiben: Auf dergleichen fallen eh nur Journalisten herein; das Interesse an Menschen, die ihre Pubertät ad infinitum verlängern, ist für die, die mit ihr zu Rande gekommen sind, bestimmt keine Pflicht. Eine Blase in diesem Sumpf aber hat mehr als ein Naserümpfen, nämlich eine dringende Warnung verdient: die Echten Fans des Comic-strips.

Weil sie ein Feld bestellen, das näher ins Auge zu fassen Kunst- und Literaturwissenschaft bis vor kurzem sich zu fein waren, das zu erkunden jedoch inzwischen beinah en vogue, jedenfalls trendy ist : stiften ihr Gemöre und Getue, ihre faden Superlative, ihre halbgaren Wertungen, ihre primanerhafte Korinthenkackerei Verwirrung und Unheil die Menge. Der Novize oder Redakteur, der mangels anderer ihre verblasenen Fachmagazine studiert, um den neuen Bilal oder den Herriman-Reprint besser begreifen zu können, muß mit bleibenden Beschädigungen seines Geschmacks rechnen. Gerade hierzulande, wo die Comic-Tradition ganz fürchterlich gepflegt wird, kann es passieren, daß ein offenbarer Quark wie der japanische Monsterstrip »Akira« reichlich und freundlichst, ein Juwel wie »Isnogud« dagegen gar nicht besprochen wird.

Und in diese Szene gerät, auf ein derart schlecht präpariertes Publikum trifft jetzt »Bloodi«, die neueste Comic-Produktion des Rotbuch-Verlags. Das könnte sehr, sehr lustig werden. Jede Wette darauf, daß die Echten Fans was von »Meilenstein der Bildergeschichte« bzw. »Gehört in die Gosse, aus der es stammt« blöken werden, von »Ligne Claire pervertiert« resp. »Nichts für TIMologen«. Jede Wette auch, daß die Angestellten der Bürgerpresse den Comic schnellstens abfackeln und sich alsdann über die moralische Integrität des Autoren Pierre Ouin verbreiten werden. Die deutsche Comic-Rezeption kriegt mit »Bloodi« einen exemplarischen Anlaß, ihr Elend auf das Grellste darzustellen.

Denn die Geschichten, die Ouin präsentiert, sind geeignet, selbst jene Leser zu irritieren, die über ein passables kritisches Besteck verfügen. »Bloodi« ist ein spindeldürrer sündhäßlicher Fixer, der schon süchtig zur Welt kam und in dessen Blut soviel Stoff schwimmt, daß die Pariser Mode-Junkies es zeitweise als die Droge schlechthin begehren. In den üblen Löchern, die er völlig vereinsamt bewohnt, geht er auf die übelsten Trips und hält das für »tolle Action«. Weil kein Dealer ihm mehr Kredit gibt, bricht er in Apotheken ein, um sich zu versorgen, landet prompt im Knast und später in der anderen geschlossenen Anstalt; oder er dealt selber, erntet aber nichts dabei; oder er schmuggelt für eine asiatische Connection, die, als ihm auch das mißlingt, ihn halbtot foltert. Sadistisch behandeln ihn gleichfalls die Ärzte, die der Staat gelegentlich auf ihn ansetzt; nach einer Operation, bei der sein Hirn gegen das einer Ratte getauscht wird, verläßt Bloodi vollends die

menschliche Gesellschaft und richtet sich in der Kloake ein. Er findet ein bescheidenes Glück in den Pfoten der Rättin Rikki, das allerdings nicht lange währt, weil er sogar den Ratten zu abgefuckt ist; schließlich fressen sie ihn auf.

Doch nicht die Erbärmlichkeit der Hauptfigur macht Ouins Geschichten problematisch; und selbstredend gibt es für den Comic-strip so wenig wie für die älteren Künste irgendwelche Tabus außer dem, vom Unvorstellbaren besser die Finger zu lassen. Man müßte schon ein Echter Fan sein, um aus der Brisanz des Sujets Lob oder Tadel fürs Werk abzuleiten. So sind Ralf Königs Comics gut bis ausgezeichnet, weil er sie gut erzählt und zeichnet, nicht weil sie von Schwulen handeln. Und wenn einer ungescheut Fixer zu Comicfiguren verwandeln darf, dann Ouin, der einst selber an der Nadel hing.

Aber zur Bedenkwürdigkeit von »Bloodi« tragen auch die authentischen Züge nichts bei. Kein klarer Kopf dächte daran, ein mißlungenes Stück milder zu traktieren, weil es »auf wahren Begebenheiten beruht«. Allein die Echten Fans (und nicht wenige Mietkritiker) vergeben in dubio bessere Noten, wenn der Autor seine Geschichten erlebt hat. Doch Arno Schmidt stand nie auf dem Mond und schrieb »KAFF auch Mare Crisium«, was Neil Armstrong immer unmöglich sein wird. Die Problematik von »Bloodi« ist eine der Form: Ouin erzählt die entsetzlichen Abenteuer seines Geschöpfs im Stile komischer Comics. Das muß man erst einmal durchaus nicht verwerflich finden: »Alle Komik«, lehrt Robert Gernhardt, der sich bestens auskennt, »entspringt einem gemeinsamen Bedürfnis, dem nach Veränderung, Verunstaltung, Negierung«. Es gibt für Witze keine verbotenen Zonen; »der Komiker lebt von der Regelverletzung«. Die Frage ist keineswegs: Darf Pierre Ouin einem todernsten Thema komisch kommen? Sondern: Kann er das?

Er kann es nicht. Wieder Robert Gernhardt: »Die angemessenste Kritik an einem komischen Werk wird immer lauten: Ich habe darüber nicht lachen können...« Nun, daß mich die Pointen und Karikaturen in »Bloodi« meistens kaltgelassen haben, mag einfach daran liegen, daß ich mich nicht traue. Aber wieviel taugt ein Gag, der die Hemmungen nicht überraschend überwindet, sie vielmehr bestätigt? Was also mangelt den komischen Mitteln Ouins?

Frische, erstens. Zuviel erinnert, obgleich es drastischer inszeniert wird, an die »Freak Brothers« von Gilbert Shelton; deren einer sogar, in der 7. Geschichte, kurz auftritt. (Übrigens hat Shelton, der seit längerem in Paris lebt, bereits gemeinsam mit Ouin Comics gefertigt; und er war es auch, der Rotbuch, seinem deutschen Verlag, den jungen Kollegen empfahl.) - Unvorhersehbarkeit, zweitens. Die zahllosen Derbheiten und Geschmacklosigkeiten, der Sarkasmus und die katastrophalen Finali wirken nicht, weil ihnen das Kontrastprogramm fehlt; ein plötzliches lautes Geräusch läßt uns zusammenzucken, dauernder Lärm stumpft nur ab. - Und, drittens, will Ouin im Grunde gar nicht komisch sein. Sein Humor ist tiefschwarz und darauf aus, daß wir unsere Amüsiertheit schleunigst bereuen. Noch einmal Gernhardt: »Mit nichts läßt sich leichter Scherz treiben als mit Entsetzen, kein Lachen ist einfacher zu provozieren als das, das in der Kehle steckenbleibt.« Ouin setzt sich eine Pappnase auf, damit ihn bloß keiner einen Moralisten nennt; doch die billige Maske steht ihm nicht und lenkt nur von dem ab, was ihm in »Bloodi« vorzüglich gelingt.

Nämlich durch seine Grafik wenigstens eine Ahnung davon zu vermitteln, wie schief ein Fixer die Welt sieht. An allen und zumal den kleinen Dingen entdeckt Ouins Stift eine häßliche Seite; die deformierten Nebensachen überwuchern die Räume und verschlingen jegliche Ordnung, doch im Nu reißt die Perspektive auf zu grauenhaften Abgründen. Einige Panels machen buchstäblich seekrank. Ouin holt aus dem obersten Vorzug des Mediums, Dynamik, alles heraus; die immanente Rasanz des Comic-strips schlägt zuweilen um in eine Hektik und Reizüberflutung, gegen die kein Video-clip anstinken kann.

Aber die, scheinbare, Witzigkeit der Texte reduziert den Alptraum der Bilder. Und es darf befürchtet werden, daß die Echten Fans aus dieser nutzlosen Ambivalenz den Schluß ziehen, Ouin verzichte zum Glück auf den Zeigefinger und widme sich kühn dem geilen Aspekt, den die Sucht ja auch habe. »Bloodi« ist leider kaum davor gesichert, die Voyeure menschlichen Leids anzumachen, die dann mit Vergnügen, ein wenig wohligem Grusel und sehr viel Selbstzufriedenheit dem Junkie durch seine Hölle folgen; jene Philister, auf die das Dreckblatt, Hamburger Ausgabe, z.B. heute (7.6.) mit der Schreizeile »Marita (9): Mein Vater spritzte mir Heroin!« spekuliert. Und ebenso spekuliert Rotbuch auf diese stinkige Klientel: Das grundfalsche Waschzettel-Etikett »Anti-Held« für Bloodi - der tatsächlich gegen nichts als sein Leben wütet - zielt auf die Anarchisten mit Bausparvertrag, die Feierabend-Punks, die einzig das schlechte Gewissen vom gewöhnlichen »Bild«-Spanner noch unterscheidet.

Dabei will Pierre Ouin mit diesem Publikum zuletzt zu tun haben: Statt dem Druck des französischen Marktes nachzugeben, der z.Zt. in Porno-strips boomt, wurschtelt er sich als Gelegenheitszeichner für Western-Comics und die Werbung durch. Und man kann Rotbuch immerhin nicht vorwerfen, die deutsche Fassung von »Bloodi« mit der heißen Nadel gestrickt zu haben: Gleich zwei Übersetzer - Guy Hild und Holger Behm - bemühten sich, wenngleich nicht immer mit Glück, um den rotzigen Argot der Sprechblasen; Behm auch kompilierte klug die Rotbuch-Edition aus zwei in Frankreich vorliegenden »Bloodi«-Bänden; und das Lettering von Marianne Nuß ist wie immer einfach exzellent. Wenn das Album sich rechnet, soll ihm in vielleicht zwei Jahren ein neuer»Bloodi« folgen. Ein gründlich neuer, denn inzwischen ist Ouins Figur clean wie ihr Schöpfer und sucht nach ihrem Platz im Großen Plan.

Der Skandal, den Rotbuch erwartet, jener Skandal, den »Bloodi« in Frankreich machte: er wird, unter uns, hier ausbleiben. Denn der Echte Fan mag irgendwie alles, was in sein Gebiet fällt, d.h. außer Habgier entlocken ihm Comics nur laue Gefühle. Das Karteikastenhafte seines Kopfes zwingt ihn, jede Neuerscheinung auf das Format einer CIP-Kurztitelaufnahme zu beschneiden. Für die Leidenschaft einer Diskussion hat er nicht Zeit noch Seele genug. Und die, vermutlich wenigen, Preßrezensenten, die sich »Bloodi« vornehmen werden, dürften keine Lust zu einem Skandal haben. So angesagt sind Comics nun auch wieder nicht, daß ein passionierter Streit um sie den Kontrahenten einen Namen verschaffte; einen teuren gleich gar nicht.

Ich weiß, wovon ich rede.

(Die Gernhardt-Zitate aus: Robert Gernhardt: »Was gibt’s denn da zu lachen?«; Haffmans Verlag, Zürich 1988.)

Kay Sokolowsky schrieb in KONKRET 10/90 über die Duck-Geschichten Carl Barks

Konkret 07/91, S. 52

Udo Sierck; Christian Mürner

»Wirklich nichts Schlimmes«

Als in den letzten zwei Jahren mehrere Vorträge des australischen »Euthanasie«-Propagandisten Peter Singer verhindert wurden, argwöhnten seine Anhänger, solche Anschläge auf die Freiheit der Meinung und der Wissenschaft seien eben nur in der BRD denkbar. Jetzt versuchte es Singer in Österreich und in der Schweiz

Zürich, Ende Mai. Der Hörsaal am Zoologischen Institut der Universität war bis auf den letzten Platz gefüllt: Auf dem Podium der überzeugte Vegetarier Peter Singer, bereit, wie angekündigt, über »Animal Rights« zu referieren. Aber dazu kam es nicht. Statt dessen umringten etliche Frauen und Männer aus der Schweizer Behindertenbewegung den noch amüsiert wirkenden australischen Philosophen und überreichten ihm nach einer von der behinderten Aiha Zemp verlesenen Begründung für die Protestaktion ein Beil - ein Henkerswerkzeug, symbolische Auszeichnung für einen Schreibtischtäter. Die Mehrheit des Publikums applaudierte, Trillerpfeifen und »Singer-raus!«-Rufe machten den Vortragsbeginn unmöglich. Der jetzt doch sichtlich entnervte Singer schrieb schließlich auf den Hellraum-Projektor: »So haben auch die Nazis zu meinen Eltern gesagt: Juden raus!« Die Veranstaltung mußte abgebrochen werden.

Mit dem tags darauf in der ruhigen Atmosphäre eines Zeitungs-Interviews wiederholten Antisemitismus-Vorwurf griff Singer in der Schweiz auf einen demagogischen Trick zurück, den zuerst der Saarbrücker Philosophieprofessor Georg Meggle in Umlauf gebracht hatte, um die Kritik an Singers Tötungsvorschlägen für behinderte Neugeborene abzukanzeln und den Propagandisten der »Euthanasie« in die Rolle des böswillig und grundlos Verfolgten zu rücken.

Das stellt die Dinge allerdings auf den Kopf, denn Singer konnte seine Ideen auch in der Schweiz unters Volk bringen. Zunächst doch noch in Zürich, dank der Philosophen Helmut Holzhey und Alois Rust von der universitären Arbeits- und Forschungsstelle für Ethik: Beide hatten 25 Gäste exklusiv zu einem geheimen Treffpunkt geladen, von wo es nach der Überprüfung durch eine Art Sicherheitsdienst zum ebenfalls streng geheimen eigentlichen Tagungsort ging. Auf diesem konspirativen Ethik-Seminar konnte Singer dann zeigen, wie schnell es bei ihm von den Rechten der Tiere zur Tötung behinderter Menschen geht. Wer nicht zu diesem illustren Kreis der auserwählten Nützlichkeits-Denker und Hobby-Ethikerinnen zählte, bekam die Forderung nach einem »Euthanasiegesetz für Säuglinge« mit der Zeitungslektüre auf den Tisch: Während die »Neue Zürcher Zeitung« angesichts der Ereignisse sehr allgemein auf die »Meinungsfreiheit« pochte, hatte »Die Weltwoche« bereits bei ihrer großen bundesdeutschen Schwester »Zeit« abgekupfert und in einem langen Beitrag den Eklat am Zoologischen Institut vorweg- und für den australischen Zeitgeist-Import Partei genommen. Nach dem Spektakel in Zürich bot dann der »Tages-Anzeiger« zwar eine ganze Seite für ein ausführliches Singer-Interview, aber nicht eine Zeile für die Argumente der Protestierenden. Entsprechend sorgte sich der Kommentator des Blattes, einer der auflagenstärksten Zeitungen der Schweiz, auch nicht um die lebensbedrohenden Inhalte einer verkorksten Ethik-Diskussion, sondern um die stets auf Ausgleich bedachte Schweizer Neutralität: »Es ist nämlich ein Tagessieg von gewalttätig auftretendem Fundamentalismus gegen argumentativ auftretende Rationalität. Man muß es wohl als Zeichen der Zeit werten, wenn sich ausgerechnet an einer Universität Fundamentalisten gegen zwar umstrittene, aber im Allgemeinverständnis nicht extremistische und rational vorgetragene Thesen mit physischer Gewalt durchsetzen.«

Salzburg, Ende April. Erleichterung und Freude auf dem Treffen der Behinderteninitiativen: Soeben kam die definitive Nachricht, daß das im Spätsommer geplante Wittgenstein-Symposium zur angewandten Ethik von den Veranstaltern abgesagt worden ist. »Das erspart uns ‘ne Menge Arbeit«, sagt Volker Schönwiese, Pädagoge an der Innsbrucker Universität. Denn die österreichischen behinderten Aktiven hatten bereits beschlossen, die auf den ersten Blick harmlos anmutende Versammlung von Philosophen nicht tatenlos über die Bühne gehen zu lassen. Angekündigt hatte sich nämlich die Créme der internationalen »Euthanasie«-Propagandisten: Neben Peter Singer sein Lehrer, der britische Moralphilosoph Richard M. Hare, der das Töten eines behinderten Säuglings für ein geringes Übel hält, wenn dadurch die Aussichten eines gesunden Kindes auf ein glückliches Leben steigen; sprechen sollte der Mainzer Jurist Norbert Hoerster, der in seiner Überzeugung, daß es »unwertes« Leben gibt, für die an behinderte oder alte Menschen Zyankali verteilende »Deutsche Gesellschaft für humanes Sterben« die Werbetrommel rührt. Anreisen wollte auch Georg Meggle, der im Saarland und auf Bundesebene unermüdlich daran arbeitet, ein zentrales bundesdeutsches Institut für praktische Ethik mit öffentlichen Geldern finanziert zu bekommen.

Meggle war schon Ende letzten Jahres an das Philosophische Institut der Innsbrucker Universität vom dort lehrenden Professor Reinhard Kleinknecht geladen worden. In seinem Referat »Euthanasie und der Wert des Lebens« ging er mit Äußerungen zur Konfliktlösung bei der Entscheidung von Dritten zur »Euthanasie« unbekümmert zur Sache und berechnete den Wert des menschlichen Lebens nach Mark und Pfennig: »Kurz, mein genannter Erwartungswert des morgigen Tages liegt, wenn ich meine Schätzung bekanntgeben darf, so etwa bei 500 DM... Auch den Wert eines noch nicht gelebten Lebensabschnittes zu bestimmen ist nach dieser Methode, zu der es natürlich noch vieles zu sagen gäbe, immerhin möglich.« Diese Kalkulationen will Meggle so »verallgemeinern, daß der durch unsere Vergangenheit so prekär gewordene Begriff des Wertes eines Lebens einen neuen, emotional relativ neutralen und für praktische Zwecke

hinreichend präzisen Sinn gewinnt, nämlich eben diesen, den Wert des Lebens von X, das ist nichts anderes als die Summe der einzelnen Lebensabschnitte von X.« Damit sei es möglich festzustellen, »daß das Leben eines Individuums X wertvoller ist als das eines Individuums Y«.

Meggle weiter: »Wie schlimm für X sein Totsein wäre, das hängt direkt... vom Wert seines restlichen Lebens ab. Wäre sein Leben noch ca. - verzeihen Sie bitte den Vergleich - noch etwa 50.000 DM wert, so wäre das genau der Verlust, den man ihm zufügte, wenn man ihm das Leben nähme. Die Konsequenz für Euthanasiesituationen im eingangs definierten Sinne ist evident. Wenn, was in solchen Situationen nach Voraussetzung ja gelten muß, es für den Betreffenden selbst tatsächlich besser ist, tot zu sein als am Leben zu bleiben, nun, dann fügt man zumindest ihm keinerlei Schaden zu, wenn man ihn tötet, ja, man nutzt ihm sogar. Euthanasie ist demnach aus der Sicht der Euthanisanden selbst wirklich nichts Schlimmes.«

Solche und ähnliche Sätze, nachlesbar in einem Tonbandprotokoll des Vortrags, brachten auch die regionale Tiroler Presse auf, was für die Medien Österreichs wahrlich keine Selbstverständlichkeit ist. Gerade zwei Jahre ist es her, da durfte Peter Singer in der Talk-Show »Club 2« des ORF auftreten, ungeachtet der heftigen Proteste diverser Behindertenorganisationen, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und vieler Einzelpersonen. Sie alle befürchteten, daß mit der Fernsehshow jene aufgewertet und ermutigt werden könnten, die ohnehin dem »Töten aus Barmherzigkeit« viele gute Seiten abgewinnen.

Zu den Anhängern solcher »Euthanasietheoretiker« zählt sicher der Salzburger Philosophie-Professor Edgar Mörscher. Unter seiner Leitung wurde das diesjährige Wittgenstein-Symposium organisiert, die dabei geplante Versammlung der internationalen »Tötungshelfer« verteidigte er bis zuletzt. Bekannt wurde jetzt ebenfalls, daß sein Institut kürzlich ein unkommentiertes Heft herausbrachte, in dem Helga Kuhse, eine enge Mitarbeiterin Singers, ihre Vorstellungen über »würdevolles Sterben« ausbreiten durfte. Konsequenterweise widersetzte sich Mörscher nach der Ankündigung von Protesten und internen Auseinandersetzungen der Ausladung Singers sowie Meggles und sagte statt dessen lieber das gesamte Symposium mit dem Argument ab, daß eine »repressionsfreie philosophische Diskussion« in Österreich derzeit unmöglich scheine.

Udo Sierck und Christian Mürner leben und arbeiten in Hamburg.

Konkret 07/91, S. 54

Ludger Weß

Furchtbare Mission

Filme zur Gentechnologie waren in den letzten Jahren häufig im Fernsehen zu besichtigen. Mit wenigen Ausnahmen handelte es sich um Dokumentarfilme, die hektisch Interviews und Statements aneinanderreihten und das wenig anschauliche Thema mit Eindrücken aus der hochtechnisierten und komplizierten Laborwelt bebilderten. Auf diese Weise erreichten ihre fast durchgängig wichtigen Informationen und Denkanstöße nur Zuschauer, denen das Thema ohnehin schon vertraut war. Die Medienwerkstatt Freiburg versucht nun mit ihrem gerade in den Kinos angelaufenen Spielfilm □ Daedalus□ auch solche Zuschauer zu erreichen, die sich einen Dokumentarfilm zur Gentechnik niemals ansehen würden

Die griechische Sagengestalt des Daedalus kennen die meisten aus ihrer Schulzeit als genialen Konstrukteur und Flugpionier. Geläufig ist sie auch im zeitgenössischen Wissenschaftsbetrieb: Sowohl die konservative britische Wissenschaftszeitschrift »Nature« als auch der linksliberale »New Scientist« schmücken seit Jahren ihre Rubrik, in der sie neue wissenschaftliche und politische Entwicklungen kommentieren, mit dem Namen des antiken Erfinders.

Die Medienwerkstatt Freiburg hat ihren Film zur Gentechnik ebenfalls »Daedalus« betitelt - mit gutem Grund. Die wenigsten dürften wissen, wie gut diese Figur in die neuzeitliche Biologiegeschichte paßt. Daedalus war, wenn man so will, der erste Gen-Ingenieur, denn er ermöglichte die Zeugung einer Chimäre namens Minotaurus. Damit sind die Parallelen aber noch lange nicht erschöpft: An Daedalus' Händen klebt eine Menge Blut. Seinen begabten Neffen ermordete er eigenhändig aus Angst vor unerwünschter Konkurrenz, seinen Experimenten fielen Dutzende von Frauen und schließlich sein eigener Sohn zum Opfer, und den kretischen König ließ er mit einem zur Gaskammer umgebauten Bad (!) ermorden.

Weil ihn die antike Götterwelt dennoch ungeschoren davonkommen ließ, hat er damit, so interpretiert der britische Genetiker J.B.S. Haldane, den Beweis geliefert, daß der Wissenschaftler sich ungestraft über moralische Vorschriften hinwegsetzen dürfe. Haldane erhob ihn daher im Jahr 1924 in einem Essay über die zukünftige Entwicklung der Biologie zum Prototyp des modernen Forschers: »Der Wissenschaftler der Zukunft wird immer mehr der einsamen Gestalt des Daedalus gleichen, in je höherem Maße er sich seiner furchtbaren Mission bewußt und stolz auf sie sein wird.«

Der Film (Regie: Pepe Danquart) illustriert Haldanes Prophezeiung auf eindrucksvolle Weise. Da ist zunächst Professor Daedalus (Moc Thyssen), ein ausgemusterter Genforscher des 21. Jahrhunderts, der mit seinem Schicksal und dem seiner Wissenschaft hadert, nachdem ihn sein Gentechnik-Konzern Helix an die Luft gesetzt hat. Er versucht verbissen, den Umschlagspunkt auszumachen, an dem die Genforschung von einer unschuldigen zu einer machtbesessenen Wissenschaft wurde. Bei seiner Suche unterstützt ihn - wenn auch am Sinn des Unternehmens zweifelnd - sein junger Freund Mino (Stefan Merki), ein Computerfreak, der aufgrund körperlicher Mängel aus der schönen neuen Welt der perfekten Nachkommenschaft ausgesteuert wurde. Gemeinsam dringen sie auf Hacker-Art in das EDV-System des Konzerns ein.

Zeitweilig schließt sich ihnen auch Khira (Maja Maranow) an, einer der mit gentechnischer Hi-Tech gezeugten Menschen, die die Labore und Führungsetagen der Helix Corporation bevölkern, und die sich genau so cool, gestylt und überheblich geben, wie es ihrer Herkunft aus der tiefgekühlten Retorte entspricht. Khiras Aufgabe ist es, die Akzeptanz der inzwischen schon beinahe zum gesellschaftlichen Standard gewordenen gentechnisch kontrollierten Erzeugung der Nachkommenschaft weiter zu erhöhen. Eines Tages jedoch entdeckt sie, daß der Konzern insgeheim dazu übergegangen ist, die ohnehin virtuelle »Freiwilligkeit« endgültig zu liquidieren: Die reproduktionstechnisch-genetisch kontrollierten Menschen sind steril, die Fortpflanzung der Menschheit auf lange Sicht also auf Gedeih und Verderb den Patentinhabern des »Genewash«-Verfahrens ausgeliefert.

In der skurrilen Behausung von Daedalus und Mino in einem der verslumten Außenbezirke der Stadt beginnen diese drei gemeinsame Reisen in die Vergangenheit, indem sie sich dokumentarische Zeugnisse aus der Frühgeschichte der Gen- und Reproduktionstechnik aus den Tiefen des elektronischen Video-Archivs der Helix-Corporation auf den Bildschirm holen. Eingespielt werden hier Interviews und Statements von führenden Genforschern des 20. Jahrhunderts, die die sciene fiction der Rahmenhandlung des Films weit in den Schatten stellen. Was diese wissenschaftliche Creme der Creme über Stand und Perspektiven ihrer Forschung zu berichten hat, ist derartig schockierend und wirkt zugleich so phantastisch, daß viele Zuschauer zunächst Mühe haben werden, diese Statements als das zu akzeptieren, was sie sind: authentische Dokumente, die die Medienwerkstatt in den Jahren 1989/90 in Europa und den USA aufgenommen hat.

Dem dokumentarischen Team (Martin Bohus, Bertram Rotermund) ist es gelungen, ihren Interviewpartnern die Zunge zu lösen und sie vollkommen offen über Beweggründe und Träume, die ihren Forschungsprojekten zugrunde liegen, plaudern zu lassen. Mirjam Quinte hat dabei die Kritik an der Gen- und Reproduktionstechnik auch visuell auf den Punkt gebracht. Ihre eindrucksvollen Bilder prägen sich ein und machen überdeutlich klar, wie weit die »furchtbare Mission« der Gen- und Reproduktionsbiologie schon gediehen ist und wie stolz die Beteiligten darauf sind, an der Umgestaltung des Menschen mitzuwirken.

Da ist etwa der Freiburger Genetiker Hausmann, der seine Zunftkollegen zur Speerspitze der Evolution stilisiert, oder der Hirnforscher Zamenhof aus Los Angeles, der umstandslos erklärt, daß der weibliche Beckenquerschnitt der Höherentwicklung des Menschen im Wege stehe und nach der Entwicklung einer künstlichen Gebärmutter die Heranzucht einer neuen Menschenrasse möglich werde, die sich vom heutigen Menschen so sehr unterscheiden werde, wie wir uns heute vom Schimpasen unterscheiden. Er führt anhand von eigenhändig geschaffenen Skulpturen und Zeichnungen vor, wie dieser von ihm herbeigesehnte Typus aussehen könnte. Da ist der Genetiker Bentley Glass aus Long Island, der offen ausspricht, medizinische Genetik sei nur ein anderes Wort für Eugenik, und es sei einfach notwendig, bestimmte Menschen an der Fortpflanzung zu hindern. Samenbanker führen vor, welche physischen und intellektuellen Standards bei ihrer Klientel heute gefragt und lieferbar sind.

Besonders schauerlich wirken Bilder wie die des Reproduktionsbiologen, der - während er in den Fortpflanzungsorganen einer Kuh herumwühlt, um ihr ein paar geklonte Embryonen einzusetzen - erklärt, alles was man bei der Kuh mache, werde früher oder später auch an Frauen vorgenommen, und er übe hier nur dafür. Der italienische Mediziner Buletti schließlich demonstriert während des Interviews plötzlich eine menschliche Gebärmutter, die er in einer Apparatur künstlich am Leben hält, um menschliche Embryonen darin aufzuziehen - erster Schritt zur extrakorporalen Aufzucht eines Menschen.

Den nachhaltigsten Eindruck hinterläßt wohl die Einspielung des australischen Philosophen Peter Singer, der in seinen Schriften für die Tötung behinderter Neugeborener eintritt, aber vor der Kamera beklemmende Sekunden damit zubringt, einen Satz immer weiter zu verlängern, nur um das Wort »töten« nicht aussprechen zu müssen. Diese Szene sagt mehr, als seitenlange Abhandlungen über Singers Philosophie vermitteln können.

Die außerordentlichen Dokumentarszenen bringen aber zugleich den Film etwas aus der Balance. Die Rahmenhandlung, die anfangs durch ihren Drive und ihren Comic-ähnlichen Zuschnitt leichtfüßig an die Dokumente heranführt, verblaßt schließlich neben ihnen und schiebt sich bisweilen beinahe störend dazwischen. Zur Irritation trägt bei, daß sich zwischen den Akteuren zusehends Differenzen darüber entwickeln, was zu tun sei, diese Spannungen aber nur schwer nachvollziehbar sind, weil die Motive der drei Hauptpersonen, ihre Geschichte und ihre inneren Konflikte nur in Ansätzen entwickelt werden.

Khiras Versuche, den Skandal innerhalb des Konzerns zum Thema zu machen, scheitern. Dem Zusammenbruch nahe, bittet sie Daedalus um seine Mithilfe bei der Beschaffung der Beweise. An dieser Stelle bleibt unverständlich, warum Khira, die arrogante, kühle und extrem privilegierte Elitefrau plötzlich so verunsichert und emotional reagiert und innerhalb kürzester Zeit zu der illegal operierenden Widerstandsgruppe der »Spielverderber« stößt.

Ihr Ansinnen kollidiert mit Daedalus' Absicht, in Ruhe weitere Fakten zusammenzutragen - er will sich offenbar nicht zu weit vorwagen. Was ihn hindert, aus seinem bisher zusammengetragenen Material Schlüsse zu ziehen und Khira zu unterstützen, wird ebenfalls nicht klar benannt, liegt aber möglicherweise in seiner Vergangenheit begraben: War Professor Daedalus, wie er die Zuschauer glauben machen will, schon immer eine Kassandra des Gentechnik-Zeitalters, so wie der im Film auftretende Erwin Chargaff, oder war er nicht doch, wie Mino es anhand eines alten Fotos demonstriert, jahrelang Mittäter, der sich die Hände schmutzig gemacht und nur seinen Rausschmiß nicht verkraftet hat?

Beide Charaktere eignen sich aus diesen Gründen auch nicht als Identifikationsfiguren. Dies wäre nicht weiter schlimm, wenn nicht die Kommentare des Professor Daedalus im Angesicht der skandalösen Dokumente bisweilen aufdringlich dazu auffordern würden, sich mit ihm zu identifizieren, und wenn nicht Khira durch ihre Aktionen plötzlich so sympathisch würde, daß man ihre persönliche Geschichte vermißt.

Hier gerät die von der Medienwerkstatt gewählte Form des Films an ihre Grenzen. Die Spannung zwischen Dokumentarteil und Spielfilm löst sich dadurch auf, daß der fiktionale Teil dem Film durch eine dramatische Zuspitzung zusätzliche Probleme aufbürdet. So werden zwar noch mehr wichtige Fragen aufgeworfen, aber zuviele davon bleiben unbeantwortet. Ein Ausweg wäre es vielleicht gewesen, die Rahmenhandlung zu straffen und die inneren Konflikte der Beteiligten, allen voran die des Professor Daedalus, durch Hinzufügen einer weiteren dokumentarischen Dimension zu verdeutlichen. Daedalus hätte dabei die kollektive Geschichte der Protagonisten der Genforschung aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ihrer Träume, ihres Engagements, ihrer Brüche und Kehrtwendungen in einer Figur bündeln können, die nunmehr mit den Resultaten dieser Forschung konfrontiert wird. Einen Ansatz dazu läßt der Film erkennen, als gegen Ende Daedalus und Mino zu Dokumenten aus der NS-Zeit vordringen und Ausschnitte des 1937 gedrehten Propaganda-Films »Opfer der Vergangenheit« entdecken.

Dennoch: Trotz einiger inhaltlicher Schwächen ist der Film ein Kinoereignis. Er ist der erste ernstzunehmende Film, der das Thema Gentechnik in die Kinos bringt und dabei die zentralen Probleme aufwirft, die die Manipulation der Fortpflanzung mit sich bringt. Er betritt nicht nur inhaltliches, sondern auch formales Neuland, indem er Elemente des Spielfilms mit denen des Dokumentarfilms vermischt und damit auch Zuschauer für das Thema sensibilisiert, die sich bisher nicht damit auseinandergesetzt haben.

Ludger Weß ist Herausgeber des Buches »Die Träume der Genetik«, Volksblatt Verlag, Köln

Konkret 07/91, S. 56

Klaus Bittermann

»They fought back«

In jahrelanger Arbeit haben die Holländerin Lily van den Bergh und der russische Regisseur Pavel Kogan einen Film über den Aufstand im Vernichtungslager Sobibor gedreht, in dem die wenigen Überlebenden von ihren Versuchen berichten, der nazistischen Tötungsmaschinerie zu entkommen. Zwei Jahre nach seiner Uraufführung ist der Film nun auch in Deutschland gezeigt worden. In den Kinos aber wird er wohl kaum zu sehen sein

Die Frage, die im Zusammenhang mit der Vernichtung der europäischen Juden hierzulande mit beängstigender Regelmäßigkeit auftaucht, ist die, warum sie sich nicht gewehrt, sondern wie Lämmer hätten zur Schlachtbank führen lassen. Wer aber so fragt, unterstellt den Opfern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, daß sie durch Tatenlosigkeit ihre Auslöschung selbst (mit)verschuldet haben, und tariert sein seelisches Gleichgewicht neu aus, indem er das Unbegreifliche, das, was »nie hätte geschehen dürfen«, einer Vorstellung vom Nationalsozialismus integriert, der dieses Regime als zwar üble Diktatur, aber bloß unter anderen, durchaus gleichartigen, gilt, und in der die »Endlösung der Judenfrage« als ein lediglich besonders grausames Blutbad erscheint.

Dieses entlastende Vorurteil hat der Soziologe Ekkehard Krippendorf vor einigen Monaten in der »TAZ« wieder aufgegriffen und als »legitime Spekulation« zur Diskussion gestellt: »Man stelle sich vor, die Kolonnen der Hunderte und Tausende auf dem Weg zu den Güterbahnhöfen hätten sich schlicht hingesetzt, `Sitzstreik` nennen wir das heute - hätten Polizei, SA, Wehrmacht und SS es gewagt, im Angesicht aller deutschen Zuschauer diese Menschen jeden Alters und Geschlechts zusammenzuschlagen und sie Körper für Körper, widerstandslos und doch mächtig, auf Lastwagen zu verfrachten?« Abgesehen davon, daß die Deutschen diesem Szenario nicht weniger interessiert beigewohnt hätten als der »Reichskristallnacht« und, statt Erinnerungsphotos zu schießen, womöglich selbst mit angepackt hätten, um die »widerstandslosen und doch mächtigen« Körper zu verladen, abgesehen davon also, daß Krippendorf auf Kosten vergaster Juden mit seiner Ideologie des gewaltlosen Widerstands hausieren geht, gibt er damit zu verstehen, daß sie an ihrer Ermordung selbst schuld gewesen seien, weil sie es nicht verstanden, die pogromlüsternen Deutschen für ihre Not zu interessieren, und weil sie kein Vertrauen hatten in die Zurückhaltung einer Killertruppe, deren Tun und Lassen ja bekanntlich von Rücksichtnahme auf ihren guten Ruf bestimmt war. Niemand ignoriert eben ungestraft das Gebot des passiven Widerstands, das von Sitzstreikprofis wie Walter Jens und Krippendorf propagiert wird, die sich bei ihrer Empfehlung auf die Erfahrung anerkannter Fachleute berufen können, wie z.B. auf Franz Stangl, den Kommandanten von Treblinka und Sobibor, der im westdeutschen Gefängnis über seine Empfindungen beim Anblick der jüdischen Opfer befragt wurde. »Er antwortete, er habe gerade erst ein Buch über Lemminge gelesen. Es habe ihn an Treblinka erinnert.« (Raul Hilberg)

Die so harmlos klingende Frage nach der Wehrlosigkeit der Juden versucht jedoch nicht nur, das Unbegreifliche am Verhalten der Täter durch das Verhalten der Opfer zu erklären und damit zu entschuldigen, sie suggeriert auch ein falsches Bild der historischen Tatsachen. Denn selbst in den Konzentrationslagern der Nazis, im Zentrum der Vernichtung also, lief die Tötungsmaschinerie nicht völlig reibungslos. Es gab verzweifelte Versuche von Häftlingen, sich ihrer Mörder zu erwehren. Die bekannteste dieser Widerstandsaktionen fand im Lager Sobibor statt. Bis heute ist darüber wenig bekannt, denn weder sind die Berichte von Überlebenden, die Yuri Suhl in »They fought back« (New York, 1967) gesammelt hat, je auf deutsch veröffentlicht worden, noch wurde der von der Holländerin Lily van den Bergh und dem russischen Regisseur Pavel Kogan hergestellte Dokumentarfilm »Revolt in Sobibor« bisland in Deutschland gezeigt. Im Rahmen einer Ausstellung mit Photos von Abraham Pisarek wurde der 1989 fertiggestellte und im gleichen Jahr mit dem zweiten Preis des Internationalen Dokumentarfilm-Festivals in Amsterdam ausgezeichnete Film jetzt in Berlin vorgestellt.

Vier Jahre lang hatte Lily van den Bergh recherchiert, die wenigen über die ganze Welt verstreuten Überlebenden des Aufstands von Sobibor gesucht und befragt. Herausgekommen ist ein Zeitzeugenbericht über ein weitgehend unbekanntes Ereignis, das in der Geschichte der Konzentrationslager eine wichtige Rolle gespielt hat. Um zu vermeiden, sie auf ihre Funktion als Führer des Aufstands oder als Überlebende zu reduzieren, zeigt van den Bergh die von ihr Interviewten immer wieder in ihrer alltäglichen Umgebung und in ihrem Beruf. Doch indem sie über ganz alltägliche Dinge sprechen, kommt zwangsläufig die Vergangenheit zur Sprache, in der die Nazis sie daran hinderten, ein ganz normales Leben ganz normaler Leute zu führen. Und im Unterschied zu denjenigen, von denen Primo Levi berichtet, daß ihnen die »Scham«, zufällig und durch ‘günstige Umstände’ überlebt zu haben, den Mund auf immer verschloß, haben die Davongekommenen aus Sobibor kaum Probleme, über ihre Zeit im Lager zu berichten, weil sie ihre Flucht selbst initiierten.

Nicht empfohlen werden kann der Film denen, die sich aufgrund des Titels einen Action-Film erwarten. Denn er enthält sich jeder Aufstandsromantik und jeder Verklärung des Widerstands. Aus kleinen, collageartig zusammengefügten Reminiszenzen der Befragten fügt er langsam ein Bild, eine in der Erinnerung unscharf gewordene Momentaufnahme. Diese Erinnerung aber ist der einzige Grund, warum wir heute überhaupt von Sobibor wissen, denn nach dem Aufstand wurden sämtliche im Lager verbliebenen Juden getötet. Anschließend kommandierten die Nazis dreißig Juden aus

Treblinka nach Sobibor, die das Lager vollständig zerstören mußten und danach erschossen wurden. Erst durch die Berichte der Geflohenen wurde bekannt, daß in Sobibor ein Konzentrationslager existiert hatte. Übriggeblieben ist ein Denkmal, eine Bahnstation und ein Hügel aus Asche.

Als am 20. Januar 1942 auf der Wannseekonferenz die »Endlösung der Judenfrage« beschlossen wurde, erhielt der SS-Generalleutnant der Polizei, Globocnik, die Order, alle im deutschen Herrschaftsbereich lebenden Juden zu töten. Zu diesem Zweck wurden drei Vernichtungslager eingerichtet: Treblinka, Belzec und Sobibor. Am 8. Mai 1942 waren die Vernichtungsanlagen in Sobibor funktionsfähig. Das Lager selbst war ungefähr sechzig Hektar groß und soll den Neuankommenden einen netten Anblick geboten haben mit Gardinen an den Fenstern und Blumentöpfen. Es war in fünf Zonen unterteilt: Im sogenannten »Vorlager«, das sich direkt an der Bahnstation befand und in dem sich ungefähr 40 SS-Leute und 250 ukrainische Wachen aufhielten, befanden sich die SS-Küche, die Kantine und das Waffendepot. Im Lager I waren die sogenannten »Arbeitsjuden« untergebracht, also diejenigen, die selektiert worden waren und als Schuster, Schneider, Schreiner, Tischler oder in anderen Berufen das gesamte Lager in Gang halten mußten. Im Lager II hatten sich die nichtsahnenden Opfer zu entkleiden und ihr mitgebrachtes Gepäck abzugeben, das anschließend sortiert und für den Transport nach Deutschland gelagert wurde. Im Lager III befanden sich die Gaskammern. Den dort untergebrachten »Arbeitsjuden« war jeglicher Kontakt zu den anderen Gefangenen verboten. Lager IV, das sogenannte »Nordlager«, war eine in Planung befindliche Erweiterung der Anlage, in der sowjetische Kriegsgefangene arbeiteten. Das gesamte Lager war von drei Stacheldrahtzäunen, einem tiefen Graben und einem Minenfeld umgeben. Wachtürme, die mit ukrainischen »Volksdeutschen« besetzt waren, machten einen Fluchtversuch so gut wie aussichtslos. Zu der SS-Mannschaft, die sich zum großen Teil aus Leuten zusammensetzte, die zwischen 1939 und 1941 an der Aktion T4, also an der Ermordung geistig Behinderter in sogenannten »Heilanstalten« wie Hartheim, Hadamar und Kalmenhof beteiligt waren, gehörte auch der sich durch besondere Grausamkeit auszeichnende Frenzel. Heute verbringt er seinen geruhsamen Lebensabend in einem hübschen Reihenhaus in Hannover, zwar schon am Stock gehend, aber immer noch rüstig genug, um damit auf Pavel Kogan einzuschlagen, als der ihm die Frage stellte, ob er wirklich der SS-Mann Frenzel aus Sobibor sei. Nach offiziellen polnischen Schätzungen wurden in Sobibor 250.000 Juden vergast, die meisten davon Polen, aber die Transporte kamen auch aus der Tschechoslowakei, Frankreich, Österreich, den Niederlanden und der Sowjetunion.

Unter den »Arbeitsjuden« in Lager I existierte über längere Zeit, geleitet von Leon Feldhendler, ein geheimes Widerstandskomitee, das einen organisierten Ausbruch plante. Am 23. September 1943 traf eine große Gruppe kriegsgefangener russischer Juden in Sobibor ein. Kurz vorher hatte die SS einen Fluchtplan aufgedeckt, in den einige holländische Juden verwickelt waren, woraufhin alle »Arbeitsjuden« holländischer Nationalität erschossen wurden. Nur dieser »Vergeltungsmaßnahme« hatten es 80 der russischen Kriegsgefangenen zu verdanken, daß sie nicht gleich in die Gaskammern geschickt wurden. Alexander Petsjerski erzählt: »Eine Gruppe von elf deutschen Offizieren mit Peitschen in den Händen kam aus einer weißen Hütte. Ihr Anführer war ein untersetzter, schwergewichtiger Deutscher, Unterscharführer Gomerski, ein ehemaliger Boxer aus Berlin. Er pflanzte sich vor uns auf, musterte uns eindringlich und rief: `Alle Zimmerleute und Tischler ohne Familie - vortreten!`« Petsjerski, Leutnant der Roten Armee, war keines von beidem, meldete sich aber trotzdem. Er wußte nicht, daß er damit sein Leben rettete. Innerhalb von 22 Tagen machte er sich mit der Situation im Lager vertraut und entwarf einen detaillierten Ausbruchsplan, der vorsah, die ins Lager I und II kommenden SS-Männer einzeln mit Messern und Äxten zu töten und den regulären Anwesenheitsappell zum Massenausbruch zu nutzen. Seine Ausführung am 14. Oktober 1943 gelang jedoch nicht vollständig, denn bevor die in die Aktion eingeweihten Rotarmisten das Waffendepot überfallen konnten, brach bei den übrigen Gefangenen ein Chaos aus. Die ukrainischen »Volksdeutschen« begannen, das Lager mit Maschinengewehren zu beschießen. Immerhin konnten neun SS-Leute umgebracht werden, und von den insgesamt 600 Gefangenen gelang 300 bis 400 die Flucht. Nur 35 erlebten das Ende des Krieges. Den meisten wurde das Minenfeld zum Verhängnis, andere wurden von den Deutschen gefangengenommen und erschossen, von den Bauern in der umliegenden Gegend verraten oder von antisemitisch eingestellten polnischen Partisanen ermordet.

Die Aufführung des Films, in dem er von diesem verzweifelten Versuch berichtet, den nazistischen Mördern in den Arm zu fallen, hat Alexander Sascha Petsjerski nicht mehr erlebt. Er ist vor einigen Jahren gestorben. 1909 unter ärmlichen Verhältnissen in der Ukraine geboren, war er bei Kriegsausbruch zum Militär eingezogen worden. Nach seiner Gefangennahme durch die Deutschen hatte er eine wahre Odyssee durch alle möglichen Lager überstanden, bevor er zusammen mit tausend anderen russischen Juden von Minsk nach Sobibor verfrachtet wurde. Dort arbeitete er in Lager IV, bei der Waldrodung, die Platz für neue Baracken schaffen sollte. Nach dem Ausbruch, den er im Auftrag Feldhendlers organisiert hatte, überquerte Petsjerski mit einigen Landsleuten den Bug, traf auf russische Partisanen und später auf reguläre russische Armee-Einheiten. Nach dem Krieg und nach längeren Krankenhausaufenthalten, kehrte Petsjerski nach Rostov am Don zurück und nahm seine alte Arbeit wieder auf.

Der zur Zeit der Dreharbeiten 75-jährige kann sich nur noch mühsam fortbewegen. Er erzählt nicht viel, kleine Anekdoten und eine kleine Ansprache vor den Veteranen des Aufstands, die bei ihm zu Hause in einem kleinen Zimmer eng zusammensitzend den Jahrestag des Aufstands feiern und für die in Sobibor Nichtdavongekommenen eine Schweigeminute

einlegen. Seine Geschichte hat er oft genug erzählt, immer wieder auch in Schulen, es wurden Bücher und Artikel darüber veröffentlicht, vor der Kamera erzählt er sie nicht noch einmal.

Ganz anders dagegen sein Kampfgefährte Stanislaw Szmajzner, der nach dem Krieg nach Rio de Janeiro ging. Er erzählt abwechselnd auf portugiesisch, deutsch, polnisch und russisch von seinem durch Sobibor geprägten Leben. Er hat ein Buch über den Aufstand verfaßt und war Berater bei der Produktion des amerikanischen Spielfilms »Escape from Sobibor«. Vor der Kamera Lily van den Berghs nimmt er routiniert ein letztes Mal die Gelegenheit wahr, als Augenzeuge die »Wahrheit« festzuhalten. Kurz darauf stirbt er.

Weil er gelernter Goldschmied war, hatte die SS ein Interesse an der Erhaltung seiner Arbeitskraft. Es gelang ihm, Kontakt zum Todes-Lager III herzustellen und den ukrainischen »Hiwis« (Hilfswilligen) einige Gewehre zu stehlen. Eines davon behielt er, um während des Aufstands einen Wachturm zu beschießen. Er floh mit einer Gruppe von ungefähr hundert Leuten, um sich zum Bug durchzuschlagen. Orientierungslos irrten sie durch die Wälder, gerieten wieder in die Nähe des Lagers, lösten sich in kleinere Gruppen auf, von denen eine schließlich auf polnische Partisanen stieß, die zwölf von ihnen ausraubten und töteten. Nur Szmajzner und zwei seiner Freunde überlebten. Erst als er auf russische Partisanen trifft, weiß er, daß er es endlich geschafft hat. Es folgt, sagt er, »die beste Zeit in meinem Leben«, denn jetzt kann er Rache nehmen. Bis zum Ende des Krieges jagt Szmajzner Nazis. Danach dient er kurze Zeit in der polnischen Armee und schließt sich dann einer militanten zionistischen Organisation an, die Juden die illegale Einreise nach Palästina ermöglicht. 1947 wandert er selbst nach Palästina aus, von den antisemitischen Polen soweit weg wie nur möglich. Schließlich landet er in Brasilien, wo er bis zu seinem Tod bleibt.

Im Film sieht man Szmajzner nur in seiner Dachgeschoßwohnung und im Auto, wenn er aufs Land zu einem befreundeten Ranchbesitzer fährt oder zu seiner ehemaligen Fabrik. Auf öffentlichen Plätzen, in Cafés oder auf dem Markt, läßt er sich nicht filmen. Das hat einen Grund, der im Film nur angedeutet wird, den zu verheimlichen nach seinem Tod jedoch nicht länger nötig ist. Lily van den Bergh vermutet, daß Szmajzner einer Organisation angehörte, die in Brasilien nach untergetauchten Nazis fahndete, was nicht ungefährlich war, weil diese über gute Beziehungen zur Polizei verfügten. So hat Szmajzner z.B. den ehemaligen Lagerkommandanten von Sobibor, Franz Stangl, aufgespürt und 1970 seine Auslieferung an die BRD bewirkt, wo er ein Jahr später im Gefängnis starb. Auch einen anderen ‘guten Bekannten’ hat er in Brasilien wiedergetroffen und identifiziert, den SS-Mann Wagner, der sich durch besondere Brutalität gegenüber den Gefangenen ausgezeichnet hatte. Aufgrund der Angaben Szmajzners wird Wagner verhaftet und begeht im Gefängnis Selbstmord. Während er im Film davon berichtet, kramt Szmajzner ein Zeitungsphoto von der Leiche Wagners hervor, hält es in die Kamera und bittet, sich den blutigen Leichnam genau anzusehen - ein unausgesprochener Hinweis darauf, daß Wagner nicht Selbstmord begangen hat, sondern getötet wurde.

So unwahrscheinlich sich einige der in »Revolt in Sobibor« wiedergegebenen Biographien anhören - die des Samuel Lerer beispielsweise, heute Taxifahrer in New York, der nach Ende des Krieges in Berlin-Kreuzberg den »Vergasungsmeister« aus Sobibor, Erich Bauer, wiedertrifft, oder die des in den Niederlanden lebenden Jules Schelvis, der eine maßstabsgetreue Rekonstruktion des Lagers angefertigt hat, oder die von Regina Zielinski, die in Sobibor die Kleider ihrer Mutter und die Schuhe ihrer Schwester sortieren mußte, Ende 1943 nach Frankfurt floh, als Kindermädchen bei einem Nazi-Direktor arbeitete und heute in Sidney/Australien lebt - so unglaublich all diese Geschichten sind, weder begreifen sich ihre Protagonisten als Helden, noch macht der Film solche aus ihnen. Der Nazi-Terror hat sie aus ihren kleinbürgerlichen, bürgerlichen oder bäuerlichen Verhältnissen gerissen, und daß sie ihm entkamen, verdanken letztlich auch sie einem »glücklichen« Zufall, dem nämlich, daß die hingerichteten holländischen Juden durch kriegserfahrene Rotarmisten ersetzt wurden, die militärisch geschult waren und zu töten verstanden, und die ihren Mitgefangenen alles andere als einen »Sitzstreik« empfahlen. Das aber macht es unmöglich, die Millionen der in den Gaskammern Ermordeten gegen die Überlebenden von Sobibor oder Warschau auszuspielen.

»Revolt in Sobibor« von Pavel Kogan und Lily van den Bergh wurde als 35 mm Film gedreht, mit englischen Untertiteln, hergestellt von den »Open Studio Producties« und dem »Leningrad Dokumentary Film Studio«. Zu bestellen bei: »Open Studio Producties«,Herengracht 156, NL-1016 BN Amsterdam, Tel. 0031-20-6223661.

Als Video kann der Film ausgeliehen werden bei: Ex Pictoris, Fidicinstr. 40, 1000 Berlin 61, Tel. 030/691 60 08. Der Filmverleih wird den Film auch dem Fernsehen anbieten.

Klaus Bittermann beschrieb in KONKRET 6/91 die Einfälle deutscher Literaten zum Golfkrieg

Konkret 07/91, S. 60

Hermann Peter Piwitt

Piwitt's Siebensachen

Bei 'Safeway', Hamburg-Hoheluft, der langsamsten Aufschnitt-Theke Deutschlands, ein Mann in einem engen weißen Rock, weiße nach unten sich verengende Hosen darunter, ein Turban auf dem Kopf, und von einem wuchernden roten Bart übriggelassen ein weißer knarrender Rest von Gesicht, kurzum: ein deutscher Hindu... Stell dich bitte an, beruft er die etwa zehnjährige, die - das schöne Haar oben zu einem Hindudutt zusammengebunden - offenbar seine Tochter ist. Und: Gott mit dir, mein Kind!, denke ich, wenn du das schaffst, wenn du das überlebst, das Gesocks, das gleichaltrige, in seinem bunten Klamottenschrott, das dich womöglich hänselt, weil du nicht zugerichtet bist nach Vorschrift von 'Nike' und 'Global Club'; und dann noch beizeiten deinem Alten einen Tritt in den Hintern gibst: dann ..., dann könnte aus dir, wenigstens aus dir, vielleicht noch einmal was recht stämmig Romantisches werden!

*

Da hat man nun zeitlebens das Oberflächliche geliebt. Knabenträume bis hoch ins Alter um schöne Drogistinnen wegen nichts als ihrer makellosen Haut. Hätte dem bloß betörend Flachen, Bedeutungslosen ein Leben lang verfallen sein können; wäre es nur nicht so selten gewesen. Passierte es dann aber einmal, quatschte immer einer mit vollem Mund dazwischen. Der schöne Schein: wo ist er hin? Von den Plakatwänden, in den Einkaufspassagen, in den Werbespots überall nur noch Botschaften wie zu schlimmsten KBW-Zeiten. Eine Picture-Welt aus Nötigungen, Überredungen, Versprechungen, Befehlen. »Da schau her!...« »Verschenken Sie keine Farbe!...« »Erleben Sie!...« Kein Bild mehr ohne offenes oder verborgenes Kaufgebot. Und auf den Straßen, in den Parks zu besichtigen die Erziehungsprodukte dazu: grau in grau bunte Blase, gehorsam in ihre Polyamid-Häute gezwängt. »Lesben-Trekking in Nepal!« Endlich selbstverwirklichte Arschgesichter in martialischen Ausstattungen auf der großen Wiese im Stadtpark bei Baseball, American Football, Kampfhundbund-Treffen und Sportdrachensteigenlassen auf engstem Raum, Fluggeräte, bei hinreichend frischem Nordost ganze Familien damit wegzurasieren! Und alle Vierteljahr eine neue Sportart, versteht sich, mit den dazugehörigen Klamotten als must. Ein schrecklicher Tiefsinn grassiert; ein gnadenloser Bierernst der Bilder, Marke: »Lach dich tot!« Eine Freundin verstört: »Du faßt es nicht... Auf der Zugspitze! Und plötzlich, ich denk, ich seh nicht recht!, dieses Paar, die Mountain Bikes geschultert, erschöpft, im Mountain-Bike-Outfit!«

Seit zwei Jahren treffen wir uns allnächtlich für ein kurzes oder längeres Stelldichein, die Jungs und Mädels vom MTV-Musikkanal - und wir Kids und Arbeitslosen, ihre treueste Kundschaft. Vielleicht, daß wenigstens hier noch der schöne Schein, ein fröhlich nichtssagendes Bildergestöber... Aber nichts da. Möwen fliegen weg, Pferde traben, - und es bedeutet: »Träum' nur von Freiheit! Aber bitte nicht konkret!« Stühle sind hochgestellt in einer leeren Kneipe; und was sagt die Stimme hinterm Vorhang? »Heul dich nur aus! Morgen ist auch ein Tag!« Finger an Fensterscheiben und Gitterstäben sich entlangtasend: »Du weißt keinen Ausweg? Leb das!« Ein Zitterarsch von Frau sagt: »Da war doch noch was? Mach es!« Indios der Marke: »Fühl dich nur beschissen! Andern geht es noch schlechter!« Und natürlich 'Neger'. 'Neger' sind immer gut. Sie sind gewissermaßen die niederen Engel der Dreifaltigkeit, mit der sich alles verkaufen läßt: Lachen, Traum, Gefahr. Mal als weißgeschminkte Piepsdämonen aus Großstadtdschungeln. Mal als Antreiber in Sachen Lebensfreude: »Dowutschualike!« Und dieser, hier, als Rapper. Und auch er hat, egal was er singt, die Botschaft. Und sie lautet: »Everybody is his own Urwald. But, please, not in the bureau!«

Später, anderntags, dann wieder irgendeiner, der sagt: »Es ist alles simuliert.« Und wieder jemand anders verfällt, weil verrückt, auf den naheliegenden Gedanken, es stecke hinter jeder Simulation vielleicht doch auch erreichbar ein Simulator. Und dann schießt er auf den Hausmeister. Im Ministerrang. Und sagt noch: »Es war Notwehr.« Und ich glaube ihm aufs Wort.

Ja, was? Alles Müller, oder was? Wo es sogar schon den Verrückten an Durchblick fehlt ...

Woyzceck: »Andres! ... Ich kann nit schlafen. Wenn ich die Aug' zumach ... dann sprichts aus der Wand. Hörst Du nix?«

*

Über Reimqualitäten, nein, nicht unseres bedeutendsten lebenden Lyrikers, Wolfgang Bächler, sondern eines, der vor Jahren in der »FAZ« auf »Qualm« »Nebelschwalm« reimen zu müssen glaubte, war hier in Heft 8/88 einmal die Rede. Wie sich Profis zuzeiten aus der Affäre zogen, las ich jetzt in einem Band der 'Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens' von 1893, den mir jemand aus dem alsseiesnix verramschten Fundus des Berliner Verlags (Ost) billig erwarb. Dort ist die Rede von dem Dichter Adolph Böttge und wie es ihm gelang, in seinem Heldengedicht »Till Eulenspiegel« auf das bisher für unreimbar gehaltene Wort »Mensch« zu reimen, zumindest auf die Mehrzahl des Wortes; und zwar so:

Der Herzog trug sich wie vernünft'ge Menschen -

Hier stolpr' ich, denkt ihr, weil sich ein bewußtes

Wörtlein nicht reimen läßt, doch mit Türenn'schen

Kriegslisten bring' ich trotz des Reimverlustes

Den Vers zum Sieg, wie Blücher im Brienn'schen

Gefecht, und zwing' in's Bett ihn des Prokrustes.

Aach, die alten Künste, wo sind sie hin... Bei Rühmkorf immerhin ein Rest davon:

Die schönsten Verse der Menschen

- Nun finden Sie schon einen Reim! -

Das sind die Gottfried Bennschen.

*

Der Befund, daß das System nur noch implodiere, nicht mehr explodiere, daß passiere, was passiert und sowieso alles simuliert sei, schreibt nicht nur die Ohnmacht des Einzelnen fest sondern auch dessen Allmacht. Die Allmacht derer, die täglich anstiften, was passiert. Es gibt Leute im Land, die, obschon gebeten, nicht einmal für zweihunderttausend Mark mehr im Jahr dazugehören wollen. Und andere, die high, frei, immer mit dabei sind. Nur wenig Aufmerksamkeit widmeten die tonangebenden Philosophen der letzten zehn Jahre diesem Phänomen. Umso mehr beschäftigte sie der Wirklichkeitsfilm so, als sei er nicht von Menschenhand, sondern Produkt höherer Gewalt.

Was ist mit der Entscheidungsfreiheit der Ohnmächtigen? Von ihr war einmal bei Baudrillard in 'Kool Killer' die Rede. Er beschwor uns die Sprayer der us-amerikanischen Großstädte. Gerade von der Bedeutungslosigkeit und Leere ihrer Zeichen gehe die Kraft aus, das System verwundbar zu machen. »Es genügen tausend mit Markers und Sprühdosen bewaffnete Jugendliche, um die urbane Signaletik durcheinander zu bringen.« Inzwischen gehören ihre Zeichen zur urbanen Ausstattung. Ihre erledigte Lebensform ist auf kommerziellen Videoclips zu besichtigen. Und nach einem letzten Ausflug des Ästhetizismus ins Politische stellt derselbe Baudrillard die Frage: »... ob der unglaubliche Erfolg der Videokultur und der künstlichen Intelligenz nicht herrührt ... von der Tatsache, daß sich endlich das ewige Problem der Freiheit nicht mehr stellt?« Tatsächlich sieht es aus, als würden auf Seiten der Ohnmächtigen selbständige Entscheidungen nur noch von Verrückten und Terroristen getroffen. Die tonangebende veröffentlichte Intelligenz dagegen schwingt, wenn auch verstörter als noch vor ein paar Jahren, weiter im Gegebenen mit. Mit dem Konstrukt von der Unwiderstehlichkeit des Wirklichkeitsfilms hat sie sich aller Not entledigt, ihm auch nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu widerstehen. Sie schreibt zwar der Picturewelt die Schuld an eigener Ohnmacht zu, ist aber selbst längst eingemeindet und privilegiert verbandelt mit ihr. Zwar, wie zur Entstehungszeit des Existenzialismus sind alle Wertbastionen geschliffen; aber die existenzialistische Situation soll doch auch nicht sein, mithin die Freiheit der Entscheidung, bei aller Ausweglosigkeit kein Schweinekerl zu sein. So gut wie es uns geht, schließlich...

»Wo bleibt bei allem die Freiheit?«, klagt Baudrillard. Ja wo. Eine Philosophie des emanzipierten Opportunismus zeigt sie uns gewiß nicht.

»Es gibt keine Wahl des Fotografierens mehr«, resümiert er. »Wenn man einen Tag durch eine Stadt läuft und fotografiert, sieht man diese Stadt nicht mehr.« - Ich hätte ihm gern einmal die selbstgemachten Fotos gezeigt, die R.D. Brinkmann auf die Ansichtskarten klebte, die er verschickte. Ein Mann, der sich auch mit Kamera die Freiheit des Sehens nicht abkaufen ließ. Oder die Fotos, die Günter Herburger vom Land seiner Kindheit, dem südlichen Allgäu, versammelt hat in dem Band 'Kreuzwege'. »Menschen gibt es auf den Fotos nicht mehr..., da der größte Teil der Bevölkerung nicht mehr zu Fuß geht.« Ein Buch wie ein Schrein. Man möchte es nach dem Aufklappen gleich wieder zumachen; vor lauter Herzklopfen auf den ersten Blick.

*

Ivan Illich trauert in 'Im Weinberg des Textes' der absterbenden Buchkultur, dem vom Buch geprägten Kulturverhalten nach. So als habe es sich bei diesem Kulturverhalten allemal um etwas Besseres gehandelt. Als hätten nicht, mehr als Heine und Brecht, die Jünger und Rudolf Herzog, die Walter Flex und Konsalik, die mißverstandenen Hölderlins und Schillers die Gedanken und Herzen der Lesenden geprägt. Warum also trauern? Dichtung, wenn sie gelingt, hat mit Buch sowenig zu tun wie Hundefutter mit Helikopter. Und wenn es denn gelingt, sie aus der Konkurrenz mit anderem bedruckten Papier und dem täglichen Picture-Wüstensturm dahin zu retten, wo sie schon einmal einen unsicheren Ort hatte, nämlich in die schlecht und rechte Obhut von Eliten: Freuen wir uns nur! Damals beherrschte die Kirche Köpfe und Herzen der Analphabeten aller Stände. Die totalitäre Funktion der Kirche haben heute die Herren der Pictures übernommen, des

Bildes, das wir uns von der Welt machen, bzw. von ihr abgeben sollen. Na und? Härtere Zeiten hat Brecht überlebt: »Von den Antennen kamen die alten Dummheiten. Die Weisheiten wurden von Mund zu Mund weitergeben.«

*

»Mittiere« nennt Hans Henny Jahnn in einer Rede von '56 die Tiere. Und wie weit er damit vorausgewesen ist einer Ökologie, die uns Tiere wegen ihrer Nützlichkeit als »Bioindikatoren« anbiedern wollte! Jahnn weiter, '56: »Vor dreißig Jahren schon habe ich es öffentlich angesprochen, daß es in unserer Zeit nur ein einziges wahrhaft religiöses Problem gibt. Und das heißt: Geburtenbeschränkung.« - An uns, an die wenigen völlig überbevölkerten Verschwendergesellschaften, hat er damals freilich (hoppla!) nicht gedacht.

*

Gemütlichkeit, las ich gerade, habe Schubert an Webers 'Euryanthe' vermißt. Und er dürfte es sehr ernst gemeint haben damit. Denn 'Gemüt' war noch nicht auf deutschen Sofas abgesessen, sondern eine eben frisch entdeckte Qualität, sich in der Welt zu fühlen. Von dem Kollegen Beethoven sagt Schubert: »Er weiß, was er kann, und die Phantasie gehorcht seiner unergründlichen Besonnenheit.« Und das ist fast schon zum Gänsehautkriegen genau. - Einer, der das Zauberwort trifft, ohne dabei aus der Welt zu fallen, ist Günter Herburger, der andere unter den zwei deutschen Prosaisten (West), die ihr Werk bestens getan hätten, beschlössen sie es nun. Der erste ist Ror Wolf; wir paar andern werden uns noch ein bißchen ranhalten müssen, eh wir soweit sind. Worte wie »Gemächlichkeit«, »verhohlen« finde ich wieder bei Herburger. Und lese eben noch einmal den 'Hauptlehrer Hofer', eine Novelle, wie sie Stifter wohl gern geschrieben hätte, lebte er heute.

»Mein Großvater war der einzige, dem ich vertraute. Dabei blieb es. Als er starb, sah er einen Elch und verlangte nach einer Flasche Bier.«

Und dabei hielt ich Herburger lange Zeit für einen Beschreiber, einen Widerspiegler. DerHimmelweißwarum. Weil er die Dinge unbehelligt läßt von schwitzender, überall sich reinschmierender Seele, ihnen allenfalls ein scheues Mitleid angedeihen lassend? Wie ein Externer, der vor undenklichen Zeiten schon mal da war, schaut er sie an: neugierig, in angeratenem Abstand liebevoll - und ratlos.

Ein Blinzeln, ein Gefaßtsein, eine kleine stolpernde Reserve; angesichts des Trostlosen eine kühle Untröstlichkeit.

Die Welt beim Wort nehmen. Und bei ihr im Wort sein. Wortgewissen. Und wie schön er auch noch lügen kann! Gerade so, wie es sich für einen Dichter gehört.

Konkret 07/91, S. 62

Diedrich Diederichsen

DER ANHANG

1. Alek Keshishian: Truth Or Dare - In Bed With Madonna

Der modernste Superstar der Gegenwart in einem Dokumentarfilm über sich und seine Boys und Girls. Nicht nur ihr Narzißmus, der selbstverständlich miteinschließt, daß sie sich auch als harter Boss, klatschende und fluchende Bitch und menschenverschleißendes Monster porträtieren läßt, wird sehr genau und nachvollziehbar als unmittelbares Produkt der Medien analysiert, derer sich ein Star heute bedient. Der gnadenlos durch Kulissen, Hotelzimmer und Künstlergarderoben gescheuchte, stoische Warren Beatty spricht es aus, wenn er dem über die auch noch bei der Untersuchung von Madonnas Kehlkopf anwesende Kamera irritierten Arzt erklärt, ein Leben off-camera habe für Madonna keinen Sinn, es lohne sich dann nicht einmal, den Mund aufzumachen. Die Aufzeichnungsmöglichkeit bestimmt noch den Moment, den altmodischere Leute »intim« nennen würden. Medienmaterialismus, der auch noch die eigene Cinema-verité-Ästhetik und das ihr anhängende Authentizitätsmißverständnis infragestellt. Die teilweise von hinter Garderobenspiegeln spionierende Kamera verschweigt ihre Position - in jedem Sinne - nie. Das Einverständnis des Superstars zu seiner letztlich natürlich doch bestätigenden Vivisektion wird im Rahmen seiner Motivation behandelt. Dieser Film hat in dem trüben Genre der Rock-Dokumentationen nur zwei Vorläufer, beide handeln von Bob Dylan: »Don’t Look Back« und »Renaldo & Clara«.

2. Silver Bullet: Bring Down The Walls - No Limit Squad Returns, EMI

Neben der Debüt-LP von Son Of Bazerk und der neuen De La Soul dürfte diese britische Produktion die HipHop-LP der Stunde sein. Die eher monoton und unentwickelt im Public-Enemy-Schatten verharrenden Beats bekommen eine andere Bedeutung, wenn man dazu das wortreichste Textblatt der HipHop-Geschichte verfolgt. Selten hat es in der Literaturgeschichte Gedichte gegeben, bei denen so wenig dem Zufall oder der idealistischen Instanz der Bedeutung überlassen wurde. Keine rhetorische, lyrische, metrische etc. Technik wurde ausgelasen, um die - neben den Texten der zweiten Carcass-LP - überdeterminiertesten Lyrics der Popgeschichte zu schreiben. Keine Silbe, kein Wort, kein Phonem, Semem, Morphem, das nicht totales Treatment abkriegt. Zum Beispiel »Verse 1« von »Bring Forth the Guillotine:

»Race wid the rapid rappin style bass,/Reincarnate delivery reembark the case,/Re-advise the sucker who came to suckle on sound,/Re-taliate in the dance if they wont be down,/Dictator of rap to demolish davastate,/Pumpkin producer predict participate,/Devise on the mic to deviate twelve,/Ladies love in the corner/Ammo recks the bells,/Seducing seductive coincide kill constructive,/Sucker in the side so what destruct him/Detonation ammo decides when to slice/& when his cuts perfect his cuts precise,/No time to break tic tac toe or take,/Select like a snake or f***ers fake,/Mystic mutualism rhymes like a wizard,/Motivates the motorcade for B-exorcism,/Possees mundans multiplying mutineers,/Fabricating fascist f***ers in fear,/Managers evil large like everest,/Evan executioner evacates pests,/Eavalate the rhyme evalute the line,/Evade the year 89, ‘cos it’s mine,/No!! pacification in the rhyme revelation,/This new generation cold coolin’ creation,/Parabiosis write rhyme in an office,/Bring in the lawyer propel paranoia,/Bring forth the guillotine«.Oder Verse 3 aus »The Attitude Academy«: *»No hyper ya holla I’m never singing - /Don’t view stereotypes no insight through psyche/No intention for the scene to identify illicit/Imagery that accounts for a trip dream/Dat’s not my scene - so disconnect/In effect another cornering counterattack to set/False the identikit of course framed on da photofit/Law immoral, I guess we’re gonne go for it/Go for what? ‘Apocalypse 1)/Step forth to serve the first shot unblock minds dat/Stopped back along da line so ya pick up ya pride/And propel, savage tried but my soul won’t sell/Pick up da phone I’m gonna faze you a phobia/You can’t survey stomp da sound cos’ I’m soakin’ ya /Through the pace powered petitional rhythm/Don’t reap the running via ransome they’ve risen/Running in random rulers in range I rage/We’ll sight a settlement Silver saves the spray/Jam raid authorities layed on escapade invade/Rhyme sleyed another bad break strained/I made dis latest not tasteless race wid da tempo/Solid soul on a roll, we’ll rope y’all up in a zone/Temp below zero to keep ya cool/State the rise but not da fool/This g’wan behind closed doors in the attitude academy.«*

3. Jaime Hernandez: Der Tod von Speedy, Reprodukt-Verlag, Berlin

Und wo wir gerade bei Literatur sind: Wenn Chuck D., KRS One und Silver Bullet die besten Lyriker der Gegenwart sind, dann wird der Roman der Gegenwart sei knapp zehn Jahren in Oxnard, Kalifornien, von Jaime und Gilbert Hernandez geschrieben/gezeichnet. Deren Comic-Buch-Serie »Love & Rockets« erzählt, auf zwei Schauplätze verteilt (Gilbert: ein Dorf in Mexiko, Jaime: Jugendkultur, Szene und mexican-american life in Kalifornien), den rasantesten, reichsten und richtigsten Roman, verschlungen und feministisch, den diese Generation bis jetzt hervorgebracht hat. Einen kleinen Ausschnitt aus dem Jaime-Universum stellt die erste deutsche Ausgabe vor, eine Episode mit den »Locas«, den Freundinnen Hopey und Maggie. Maggie gerät in Gangverwicklungen, Hopey ist auf Tour mit ihrer Dilettanten-Band und

»Aunt Tia« (spanglisher Pleonasmus) bekommt ihren Wrestlergürtel zurück.

4. Leon Trotsky On Black Nationalism, Pathfinder, New York, 1980

Ein schon (67 zusammengestelltes, seinerzeit äußerst aktuelles Büchlein, das bezeichnenderweise Malcolm X auf dem Titel hat. Es sorgt auch heute für Klarheiten, die in den Duellen zwischen Black Muslims und Integrationisten einerseits und der völligen Verwirrung der außenstehenden Linken andrerseits untergegangen sind. Es enthält Diskussionsprotokolle und Statements aus den 30er Jahren und u.a. dies hier: »Ninety-nine point nine percent of the American workers are chauvinists; in relation to the Negroes they are hangmen as they are also towards the Chinese etc. It is necessary to make them understand that the American state is not their state. Those American workers who say: (The Negroes should separate if they so desire, and we will defend them against our American police' - those are revolutionists, I have confidence in them (...) It is then possible that the Negroes will become the most advanced section. We have already a similar example in Russia. The Russians were the European Negroes. It is very possible that the Negroes will proceed through self-determination to the proletarian dictatorship in a couple of gigantic strides, ahead oft the great bloc of white workers. They will then be the vanguard. I am absolutely sure that they will in any case fight better than the white workers.« Die Tradition der Unterschätzung/Fehleinschätzung des afro-amerikanischen Separatismus bei eigentlich allen anderen linken Organisationen/Denkschulen hat auch mit dazu beigetragen, daß trotz vieler unterschiedlich radikaler separatistischer Organisationen/Intellektueller immer noch der prä-faschistische Louis Farrakhan den größten Einfluß hat. (Prä-faschistisch mit der Public-Enemy-Einschränkung »Louis Farrakhan, you have to see the man«).

5. Ragga Twins: Reggae Owes Me Money, Shut Up And Dance Records

Neben London Posse der bisher weitgehendste Versuch, aus all den losen Enden der vielen aufregenden britischen Entwicklungen (britischer Raggamuffin, aus Acid-House und anderen Techno-Sound-orientierten Stilen hervorgegangener Bleep-Blop, HipHop und der klassischen Reggae-Tradition) ein einigermaßen einheitliches, nicht nur von offensichtlichen Crossover-Kontrasten lebendes Now-Sound-Kostüm zu schneidern. Auch inhaltlich von Weitblick gesegnetes Debut, das die beschränkten Horizonte der einzelnen Szenen auf Gemeinsamkeiten absucht.

6. Mudhoney: Plays »Hate The Police« plus three more songs they never want to play ever!, SubPop/Au-go-go/Fire Engine

Ja, und unter diesen drei anderen Coverversionen, mit denen die Band, die vor zwei Jahren als überzeugendster Versuch des Seattle-Grunge bekannt wurde und auch in Europa abräumte, ist eine Version von »Revolution«. Dem Song, der bei den introvertierten britischen Drone-Rockern, Spacemen 3, die ihn geschrieben haben, eigentlich nur eine weitere Inszenierung ihrer Sixties-Nostalgie war, geben Mudhoney in ihrer überkandidelten Bierseligkeit eine Bedeutung, die bei Spacemen 3 nie vorgesehen war: Die Parole/der Refrain »Revolution« entläßt den Hörer aus einer Anspannung und Ochsentour, einem Schwitzkasten, bei dem »echter«, alter Rockerschweiß blöde fließt, in eine Euphorie - so schön, wenn der Schmerz nachläßt , die diesem Wort eine Vorstellung zurückgibt (neu findet), die die letzten Brot-Aufstände vergessen gemacht hatten.

7. Die Aktion, Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst, Heft 76/78, Edition Nautilus, Hamburg

Darin vor allem die Beilage »STOP den KriKri am GoGo!« von der Künstlergruppe DDT, eine Collage aus Karikaturen, Zeitungsfotos, Fundsachen und Ernst Jüngers »Strahlungen«, sowie die anonymen »Glossen und Anmerkungen zum Golfkrieg«. Zum »qualifizierten« »Linksbellizismus« (also nicht den gelegentlich auch dazugerechneten eh indiskutablen Meinungen von Enzensberger, Stephan, Bierman etc.), wie er in der »Aktion« auch KONKRET zugeschrieben wird, fällt mir dann noch ein (Senf), daß die selbst für Pohrt-Fans ins schwer Seltsame lappenden Aggressionen gegen die Friedensbewegung bei ihm wie auch bei unwichtigeren Autoren an anderen Orten immer wieder auf Vokabeln zurückgriffen, die bis ins Detail von Physiognomie, Parolen, Kleidung, allesamt auf die andere, die alte, überall viel zu zart angefaßte, wirklich reaktionäre, religiöse Friedensbewegung von 79ff. zutrafen, mitnichten aber auf die neue, zumindest nicht auf das Neue an der neuen F-Bewegung. Die neue F-B besteht nämlich aus schimmerlosen Jugendlichen, nicht aus Lehrern, »Stern«-Lesern und Christen. Schimmerlose Jugendliche haben aber immer recht - in a way (am allerwenigsten schimmert auf ihnen Antisemitismus). Eine alte deutsche Linke, die seinerzeit weder ihren selbsthervorgebrachten Friedensidealismus noch ihren ewigen latenten Anti-Semitismus sich eingestanden/bewältigt/verstanden hat, schlachtet im Moment eines Realitätsschocks mal wieder das Neue und Unverstandene, um das Alte, nur zu gut Verstandene, Eigene nicht ansehen zu müssen. Das Folgesymptom: Escape to Kulturpessimismus. Hierzu im weiteren Sinne auch:

8. Texte zur Kunst, Nummer 3

Denn darin gibt es u.a. einen Text von Lloyd De Mause zum »Golfkrieg als Geistesstörung«, den man gut nach dem DDT-Paper lesen kann, auch wenn der totalisierende Psychologismus, der jeden Schritt der US-Politik und jede in Fort Worth oder sonstwo erscheinende Karikatur als sprechende Äußerung von ein- und derselben kollektiven Psyche liest, natürlich eingeschränkt gehört. Das Hauptthema des Heftes ist Kunst-bezogener politischer Aktivismus in den USA (von dem hier viel zu lernen wäre). Immer wieder interessant, daß neben anderen die Theorien Derridas und Lacans, die hierzulande zur allgemeinen Entpolitisierung der Intelligenz beigetragen haben, in den USA, dem eben immer noch sehr viel fortgeschritteneren Land, geradezu eine intellektuelle Politisierungswelle ausgelöst haben und durchweg als Weitertreiben und Forcierung emanzipatorischer Projekte gelesen werden, nicht als deren Revision.

Konkret 07/91, S. 64

Ulli K.

Statisten für Schtonk

Als Journalistendarsteller bei den Dreharbeiten zu Helmut Dietls Film über die Hitler-Tagebücher des »Stern«

»Ich bin der Heiner«, werden wir jovial von dem Mann begrüßt, der einen ganzen Tag lang unser Boß sein wird. Heiner trägt ein rotes Sweat-Shirt wie alle anderen auch, die seine Untergebenen und unsere Gruppenführerinnen und Gruppenführer sind. Heiner trägt aber auch noch eine rote Baseball-Mütze auf dem Kopf, die er den ganzen Tag nicht liften wird, und er verfügt über ein Megaphon, mit dem er sich bis in den letzten Winkel des fensterlosen, künstlich beleuchteten und künstlich belüfteten Tiefparterre-Saales im mondänen CCH, dem Congress-Centrum Hamburg, Gehör verschaffen kann.

In diesem Saal, der sonst für alle möglichen Parteitage und Aktionärsversammlungen gern als Pressezentrum genutzt wird, drängen wir uns mit mehr als 500 Frauen und Männern, fast alle mit Kameras und Blitzlichtern ausgestattet und alle dunkel gekleidet, zumeist schwarz. Die Stimmung ist gedämpft, die Luft bald schlecht, und nach wenigen Stunden Sitzens oder Stehens glänzen viele klebrig, dünsten Schweiß, werden apathisch. Die Hoffnung und Erwartung, mit meinen Ein-Tags-Kolleginnen und -Kollegen ins Gespräch zu kommen, erfüllt sich kaum. Bald lasse ich mich treiben wie sie, bemühe mich gerade noch, aufmerksam zu beobachten, was um mich herum vorgeht.

Doch schon das Einfachste mißlingt, die Unterscheidung zwischen Schein und Wirklichkeit, zwischen Ernst und Spiel, zwischen Fälschung und Original. Für einen Tag sind wir Reporterinnen und Reporter, nachdem wir uns schriftlich zur Verschwiegenheit und zum Verzicht auf journalistische Auswertung unserer Erlebnisse haben verpflichten lassen. Wir knipsen und blitzen und haben, so ist es streng angeordnet, keine Filme in der Kamera. Wir sitzen im Pressezentrum und sind doch von jeder Information abgeschnitten. Wer das Haus verläßt, muß sich eintragen lassen. Wer das will, braucht Heiners Erlaubnis.

Alle versuchen den Eindruck zu erwecken, sie täten es nicht für Geld, sondern nur »mal so«, aus Neugierde, um was zu erleben, die Nähe zu den Großen zum Beispiel. Und doch werden viele der Reporterinnen und Reporter am Ende des Tages mit Erleichterung und letzter Lächelenergie von ihren Gruppenleiterinnen den Lohn empfangen, 130 Mark für durchschnittlich 12 Stunden. Manche brauchen das Geld zum Leben. Sind so Journalisten?

Wir sind Statisten. Statisten in einem aufwendigen Film. An diesem Tag, so läßt sich unser beschissenes Salär leicht hochrechnen, geben die Produzenten des Films allein 70.000 Mark für die Komparserie aus. Zwölf Millionen soll der ganze Film kosten, also noch ein paar Millionen mehr als die in ihm abgebildete Story, der ebenso aufwendige wie plumpe Coup des »Stern« mit seinen auf den Namen »A.H.« gefälschten Tagebüchern im Jahre 1983. Soviel Geld nur für eine Presseente und ihre kunstgerechte Vermarktung? Was hätte da das Original gebracht?

Doch für diese Frage interessiert sich hier kein Mensch. Ungerührt nehmen alle Heiners (falsche) Erklärung des Filmtitels hin: »Schtonk« sei in Charlie Chaplins Hitler-Parodie der Name für den großen Diktator. Einer von Heiners Gehilfen ist besser informiert: »Schtonk« sei kein Name, sondern ein lautmalendes Wort für etwas Schlechtes, das Chaplin für den Führer, der den ganzen Film lang nur unverständliche Silben von sich gibt, erfunden habe. Nach dieser kurzen Information ist das Thema für den Rest des Tages vom Tisch. Wir sind zwar allesamt Statisten für einen Film, der vom Mythos des Führers lebt, doch mag über Hitler keiner sprechen.

Alle warten auf Heiners Anweisungen und zwischendurch auf ein Nudel-Menü und später auf Brötchen, die nicht reichen. Die roten Gruppenführerinnen und -führer, zumeist jünger als der Durchschnitt der Komparserie und ebenso schlecht bezahlt, sind eifrig bei der Sache und haben uns stets im Blick. Nach Heiners Anweisung teilen sie uns ein und führen uns gruppenweise zum Drehort. Knapp über zwanzig mag unser Gruppenführer sein, ein schmaler Student, der nur zum Zweck der Kamerakontrolle noch einmal durch die Reihen geht. Keiner der Journalisten-Statisten soll ein richtiges Bild mit nach Hause nehmen können. Sebastian - so heißt der junge Mann - kriegt nicht einmal Prämien für aufgespürte Filme. Was also denkt er sich bloß bei dem, was er da tut? Wo’s der Chef doch nicht mal merken würde, wenn er uns ließe?

»Hitler privat« wirbt es von Stellwänden neben der Bühne im großen Nachbarsaal, auf der sich heute das filmische Hauptgeschehen abspielt. Hier übergibt Heiner das Kommando an den Regie-Assistenten, der nicht mehr rot uniformiert, sondern in individuelles Jeans-Blau gekleidet ist. Über ihm steht dann nur noch Helmut Dietl, der in weißes Teneriffa-Design gewandete und nicht zu übersehende Regisseur des Ganzen. Heute werden die Szenen abgedreht, die die berüchtigte Pressekonferenz des »Stern« vom Mai 1983 mit der Präsentation der »Hitler-Tagebücher« nachstellen. Der »Stern« heißt »Express«, und Sternreporter Heidemann heißt Hermann Willie und ist Götz George. Harald Juhnke ist auch dabei - als Ressorleiter, der beim »Stern« Walde hieß. Am frühen Nachmittag ist Juhnke dann übrigens voll, lallt in die Aufnahmen, stürzt über einen Stuhl, kann sich aus eigener Kraft nicht mehr erheben, tritt ab - und wird so zum nachhaltigsten Erlebnis für einige hundert Komparsen, die endlich was zum Weitererzählen haben.

Später erscheint Karasek, der Feuilleton-Chef des »Spiegel«, auf der Filmbühne, um neben Dietl Platz zu nehmen. Was sucht jetzt der hier? Vielleicht freut er sich darüber, daß sich die hochbezahlte Falschmünzer-Elite des »Stern« für die Nachwelt in Film-Darstellern wie Juhnke und Schimanski personifizieren lassen muß und daß schon dadurch sein Blatt, das Hitler ungefälscht zu rehabilitieren verstand, umso heller glänzt. Oder träumt er davon, selbst einmal eine schöne Fälschung hinzukriegen? Doch Träumen könnte er auch zu Hause. Hier aber sitzt er oben auf der Bühne und glotzt auf uns herab. Was sieht Karasek?

Mehr als 500 Journalisten-Darstellerinnen und -Darsteller drängen sich auf dem vis-a-vis der Film-Presse-Bühne schräg ansteigenden Podest. Lange halten wir im gleißenden Scheinwerfer-Licht aus, warten darauf, daß es losgeht. »Äktschen«, schreit Dietl, die »Express«-Redaktionsspitze betritt die Bühne, allen voran mit stolzem Grinsen im blauen Jackett Götz George, und wir blitzen los mit unseren Geräten, klatschen, jubeln, pfeifen. Stop - das war schon prima, aber es wurde noch zuviel gepfiffen, die Damen möchten bitte bei der nächsten Klappe auf das Pfeifen verzichten. Danach läuft's wirklich gut. In den aufbrausenden Beifall hinein spricht der Chefredakteur die Begrüßung der internationalen Presse und verkündet mit gehobener Stimme: »Von diesem Tag an müssen große Teile der deutschen Geschichte neu geschrieben werden!« Das ergreift alle, Jubel braust auf, die Regie wird überflüssig, wir erleben diesen Augenblick authentisch mit. Ein schöner Film wird das.

Am Ende des Tages noch einmal ein dickes Lob von Heiner: »Ihr wart wirklich alle ganz super. Ich habe nie so wenig Probleme gehabt wie mit euch heute. Ihr wart eine der größten Gruppen, die es für sowas gab. Und Ihr habt prima mitgemacht. Ganz super, herzlichen, herzlichen Dank.« Das Lob kommt nicht mehr richtig an. Wir sind groggy und haben doch nur unsere Rolle als Journalisten gespielt.

Ulli K. schrieb in KONKRET 6/91 über das Ende des Kommunistischen Bundes (KB)

Konkret 07/91, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Die Armee ist desertiert. Die Arbeiter und Bauern haben die Macht geringstbietend verscherbelt. Die Intelligenz schult auf Design um. Staatssicherheitsoffiziere stampfen stampf stampf Leibwächtereien für den neuen Kapitaladel ausm Boden. Auf Rügen plaziert mitten in vor Berührung durch menschliche Hand sich ekelnde Natur ein Kölner Steuerberater leibhaftigen Namens Kappes seine alles Wandlitzische ins Nissenhüttenhafteste verweisende Datsche, und in Dresden verfolgtverfolgt, jaja verfolgtverfolgt die WirsinddasVolk-Polizei neugierigen Blickes und offnen Munds, wie stükker tausend Nazis dem mangels einer Zuhälterkriegsflagge reichskriegsflaggngschmücktn Katafalk mit den Verwesungsresten des ersten gesamtdeutschen Rotlichtbezirksgefallenen Ehre anthun: Heil Hitler! Unser Mann in einem der unsichersten Exile, die einem Kommunisten zustoßen können, dem gegenwärtigen Moskau, das sich in Kürze bei der Bundesregierung entschuldigen wird dafür, daß es die frierenden Landser im Winter Einundvierzig nicht auf eine Tasse Tee hereingebeten, dieser unser Mann ist national und international restlos aus dem Geschäft und könnte, des Sacks mit den siebenzehn Millionen fürchterlichen Zonenflöhen ledig, von Experten des sozialistischen Milieus wie Thomas Ebermann und Georg Fülberth beraten, ein I a-Tape auf den Videomarkt donnern, Titel: »Was ich, euer Erich, schon immer mal zu dieser Revolution sowie zur internationalen Lage dieser Tage sagen wollte«. Aber versteht er, dessen einzige Pflicht es wäre, so frei zu sein, den Spaß? Nein. Eine überdurchschnittlich graue, in Werbefernsehdiensten stehende ADN-Maus läßt er an seinem Moskauer Wäschepuff schnüffeln, und wie völlig enttrostet und wie absolut unbelehrt von den letzten Bildern des rumänischen Ehepaares jammert er, krankenschwesterlich begluckt von Frau Margot, von so unglaublich Paranoidem wie »Hexenjagden auf SED-Mitglieder«. Und so wird, wenn er einmal nicht mehr sein wird, das aber wird sein, wenn die »Anwaltskanzlei Schily, Gysi, Mahler & Gevattern« die Konfitüreinteressen der Europäischen Gemeinschaft vor den Vereinten Nationen gegen das US-amerikanisch-japanische Aufstrichkartell vertreten wird, keine Erich-Kassette sein, mit nicht unsrer Lieblingsstelle drin, nämlich der, wo Erich, gehüllt in einen weißbestäubten Büßersack, selbstkritisch aus Adorno/Horkheimers seinerzeit (Frankfurt/Main, 1959) als Nato-Diversion geächteten »Dialektik des Mehls« vorträgt und zugibt, daß das einzige Verbrechen, dessen er sich am realen deutschen Sozialismus schuldig gemacht, die unmenschliche Unterdrückung des Pizzagedankens war.

***

Liebes Kleines ZDF-Fernsehspiel!

Ich hätte da ein Graffitti-Melodram von zirka 65, 70 Min. In Farbe. Im Mittelpunkt steht Jan-Peter X. Er ist zirka sechzehn, Einserschüler auf dem Gym und total graffittisch. Er ist der produktivste und der beste im Städtchen. Was der schon Eisenbahnunterführungen, S-Bahnen und U-Bahnen, innen und außen, Bahnhöfe, Postämter, ja sogar Polizeiwachen besprüht hat, unglaublich! Er hat auch ein Logo, so daß man sofort weiß, aha, da war der Jan Peter mal wieder zugange. Man weiß aber nur den Vornamen, sonst nichts. Jan-Peter gilt als der zwote Nägeli, wenn nicht gar besser. Entsprechend hat er Schlag bei Mädchen. Das neidet ihm Mitsprayer Christoph, der Jan-Peter nicht die Dose reichen kann, und der einen Rochus hat, weil J.P. ihm die Freundin ausgespannt hat. Er verrät ihn, und Jan-Peter wird beim nächtlichen Besprühen eines Trafo-Häuschens geschnappt. Nun machen ihm die sog. Geschädigten den Prozeß. O weh, 345.000 Mark Reinigungskosten. Bei Jan-Peter ist natürlich nichts zu holen, und so müssen seine Eltern ran. Vater Klaus X., ein querschnittgelähmter glückloser Erfinder von TV-Games (kann man ne Menge draus machen!) und mehrfacher Sieger beim Rollstuhlmarathon (auch ganz schön spannend!) hat aber nichts, desgleichen J.P.'s Mutter Suzanne, eine wunderschöne Enddreißigerin, die ihren Mann abgöttisch pflegt. Tja, sagen die Geschädigten, dann müssen wir eben das Haus versteigern, an dem aber Klaus X. hängt, weil es behindertengerecht gebaut ist. In der Nacht vor der Zwangsauktion nimmt Klaus X. das Röhrchen Veronal, um Schluß zu machen. Da kommt Suzanne ins Zimmer und zeigt ihm fünftausend Mark. Sie hätte überraschend geerbt. Und das sei erst der Anfang, es komme mehr, und leicht könne man Jan Peters Graffitti-Schulden davon bezahlen. Die Erbschaft ist aber eine Lüge. In Wirklichkeit geht Suzanne auf den gehobenen Mittagspausenstrich. Und wer kommt? Rich-tich!: Der Bahnamtmann und der Pol-Hauptmann und der Landrichter und der StA und der Postoberinspektor, halt alle die Graffitti-Befaßten, und Suzanne muß es ihnen besorgen, sonst lassen die den GV los und ihr Mann greift wieder zum Röhrchen. Eines Tages aber, Klaus X. träniert im Rolli in der Stadt fürs Marathon, sieht er, wie Suzanne...

Ich will verdammt sein, wenn das kein Top-Plot ist. Glauben Sie, daß wir ins Geschäft kommen könnten?

***

In der in der Münchener »Abend-zeitung« erscheinenden Kolumne der Elke Heidenreich lese ich von der Autorin Kampf mit einer »blonden, im Nacken ausrasierten« Fleischfachverkäuferin in der Heimatstadt der Autorin. Es geht um Wurst, präzis ums Abschneiden davon. Frau Elke, naturwissenschaftlich aufgeklärte Citoyenin, möchte, wissend um das Gesetz »Schnittfläche = Austrocknungsfläche«, die Scheibe vom Ganzen wie von der Guillotine getrennt, lotrecht, also daß das Messer, wenn man der Wurst ein Zifferblatt imaginiert, bei zwölfe oben rein und bei sechse unten rausfährt. Aber sooft Frau Elke auch sagt ‘Schneidensese grade ab, die Wurst, Frollein!’, die blonde Ausrasierte zieht, die Portionierungsideologie des deutschen Wurstmarketings (»Mehr Wurstflächenschein als Wurstsein«) exekutierend von dreiviertelzehn/halbelf nach viertelvorvier/halbfünf durch. Bis Frau Elke das privat nicht mehr aushält und in der Zeitung aufschreit. Wir von der radikalen Linken sind mit unserem Urteil über den tendenziellen Verfall der deutschen Pastorentochter von Gudrun Ensslin zu Frau Elke fix fertig. Aber ist das korrekt? Brauchen wir nicht jeden Knopf im Kampf gegen das System? Man achte doch, bitteschön, Frau Elkes geduldiges Insistieren bei der blonden Ausrasierten nicht gering. Eines Tages, und das wird bald sein, werden die herrschenden Wurstmaxen merken, daß ihnen alles Befehlen nichts mehr nützt.

Und das Fleischwurschtmädl

In dem Fleischwurschtlädl

Schneidt das Fleischwurschträdl

Senkrecht ab!

Konkret 07/91, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

In der Hamburger Bürgerschaft hat die regierende SPD seit der letzten Wahl einen Sitz mehr als die Opposition. Bei künftigen Abstimmungen wird es daher auf die Stimme jedes einzelnen sozialdemokratischen Abgeordneten ankommen. Noch am Wahlabend fielen mir die Metaphern ein, die dem politischen Feuilleton dazu in den nächsten Tagen einfallen mußten - doch wie weit blieb ich unter den schwindelnden Höhen, deren Gipfelkreuz tags darauf der Klaus Hartung ersteigen sollte:

Da die absolute Mehrheit an einer Stimme hängt, hat nun jeder Querkopf die Chance, zur heiligen Kuh zu werden.

Und gerade von Hartung hatte ich so sicher erwartet, daß er den einzelnen Fraktions-Tropf beschreiben werde, der das Koalitions-Faß zum Überlaufen bringe, wenn schon nicht den Arsch, der nun das Zünglein an der Waage spielen könne.

Ich bin strikt dagegen, daß Verlage die Reisekosten ihrer Angestellten von der Steuer absetzen dürfen. Das führt immer wieder zu sowas:

Japan ist wie sein Wahrzeichen, der Fujiyama. Aus der Ferne wirkt der Berg majestätisch schön, wie glattgeschliffen, ein Denkmal der Reinheit. In der Nähe jedoch löst sich das Majestätische in wilder Vielfalt auf; der Glattschliff verwandelt sich in tiefe Schluchten und Schründe; schwarzer Lava-Grus, der Auswurf gewaltiger Eruptionen, durch den sich die Schmelzwasser der Schneekuppe Sturzrinnen wie wulstige Narben gegraben haben, verleiht den Hängen einen Stich ins Unansehnliche, Unwirtliche. Wie der Berg, so das Volk und das Land.

Und wie das Dovenfleet, das den Stadtteil begrenzt, in dem die Redaktion der »Zeit« sitzt, so der Theo. Minister Waigel, tun Sie endlich Ihre verdammte Pflicht!

Proseminar in Schleimscheißen, nur für revolutionäre Erstsemester: Bilden Sie einen Satz, in dem das Wort »Entfremdungsvorgänge« dreimal vorkommt. Bitte, Pfarrer Gauck:

Ich möchte etwas dagegen tun, daß politische Geschäftemacher aus aktuellen Entfremdungsvorgängen heraus das Vergangene glorifizieren, und das ist die große Angst, daß der geringe Schmerz gegenwärtiger Entfremdungsvorgänge, die die Demokratie erzeugt, den großen Schmerz der tiefen Entfremdungsvorgänge dieses korrupten vergangenen Systems überlagern könnte, und wenn Leute dann mit diesen Gefühlen politische Geschäfte machen, das ist das, was mir Ekel erzeugt.

Sehr brav, Herr Pfarrer. Setzen! Und weiter Ekel erzeugen!

Nichts ist mehr wie es war. Die »Frankfurter Allgemeine« meldet, Harry Tisch sei zu achtzehn Monaten Haft verurteilt worden wegen

Untreue zu Lasten sozialistischen Eigentums

Für Untreue zu Lasten des sozialistischen Eigentums haben in der bisherigen Geschichte deutsche Männer immer nur das Ritterkreuz, die Nahkampfspange oder das Große Bundesverdienstkreuz gekriegt. Wenn man denen vielleicht jeweils achtzehn Monate Haft gegeben hätte...

Das »Freiburger Forum gegen den Krieg« wirft eine Frage auf, die diesmal nicht Lenin beantworten darf:

»Was tun?«

Leitung: Dr. Stephan Marcks, Sozialwissenschaftler und freier Schriftsteller, Freiburg

In dieser Veranstaltung werden wir neue Möglichkeiten erkunden, unser Bedürfnis nach einer gerechten und gesunden Welt kreativ und effektiv auszudrücken - eine neue Qualität politischen Handelns. Jenseits von falschem Optimismus oder Pessimismus wollen wir Hoffnung lernen. Wir werden auch Verbindungen knüpfen zu Ghandi und »Gewaltfreiheit«, zum »New-Age« und zur vierten Dimension: Zeit.

Daß man fürs Verbindungsknüpfen zu Ghandi etwas New Age und bissel a vierte Dimension braucht, versteht sich. Und doch könnte das Hoffnunglernen sich hinziehen, wenn beim Tischrücken der Dr. Stephan Marcks es aus falschem Optimismus verabsäumt, zwecks effektiver Antwort aus dem Jenseits die Frau Gemahlin hinter den Wandschirm zu

plazieren.

Der Wilhelm Heyne Verlag kündigt, nein: kötelt ein Buch an:

Was haben ein Politiker und der Arc de Triomphe in Paris, die Monarchie und ein Patriarch, ein Hinterrad und eine Posaune gemeinsam?

*Auf den ersten Blick nichts! Doch Tomi Ungerer, der Mon*arsch *unter den Cartoonisten, lenkt unseren Blick auf den* po*tentiellen* Hinter*sinn unserer Sprache und wird so zum* Arschi*var des unbewußten* Hinter*lands. In sechsunddreißig Zeichnungen öffnet er eine* Hinter*tür zur Anthro*pologie *des Unaussprechlichen. Seine D*arsch*tellung wird so zur* Arsche *Noah unserer* Hinter*gedanken. Für diese vergnüglich* po*etische* Arsch*äologie gebührt Tomi Ungerer der* Po*kal der an*arschi*stischen* Hinter*nationalen...*

Für Heynes Wilhelmchen und Ungerers Tomilein: zwei Tonnen Pampers. Und Händchen waschen!

In der Hamburger Stadtillustrierten »Szene« schreibt ein Uwe Kopf unter dem Titel »Wenn Stalinisten lieben«:

Ich weiß nicht, wovon Diederichsen redet, seit er Mitte der 80er Jahre entschied, seine Texte seien fortan Literatur. Ich weiß nicht, was immer diese beziehungslos in seinen Artikeln herumstreunenden Wörter wollen. Ich vermisse Logik, Präzision und Tempowechsel. Es mißfällt mir, daß ich Diederichsens Sätze oft dreimal lesen muß und sie immer noch nicht begreife, weil die Kommata falsch sortiert sind, vier bis fünf Klammern die Syntax ruinieren und - der Autor befindet sich im Rausch - ein Verb verschütt gegangen ist. Hermann Gremliza, der Majordomus von KONKRET, druckt Diederichsens Beiträge sehr gern. Wieso das? Gremliza gilt als nicht unkluger Sprachwächter und Stalinist. Läßt er sich plötzlich von Gefühlen leiten? Hat er etwa doch kein Herz aus Stahl? Liebe macht blind, heißt es bekanntlich.

Die Fragen lassen mich erröten. Der Stalinist genießt und schweigt, heißt es bekanntlich, und nun zwingt man mich zum Coming out. Also, ehem, ich muß gestehen, daß ich mich manchmal wirklich von Gefühlen leiten lasse, vor allem von dem schönsten und tiefsten, das mich ergreift, wenn ich einen Satz in Satz geben kann, den alle Uwen Köpfe, ob sie präzise das Tempo wechseln oder zu Tempo gewechselt sind oder nicht, dreimal lesen müssen, bis sie ihn nicht verstehen.

Weil viel zu viel über die Kehrseiten der großen deutschen Revolution genörgelt wird, soll hier auch einmal der zivilisatorische Fortschritt gefeiert werden, den sie gebracht hat:

Teils in großer Abendgarderobe die Damen, die Herren im Smoking, die Bundeswehr mit Generalmajor Werner von Scheven, dem Kommandeur des Heereskommandos Ost, an der Spitze und Berlins Standortkommandant Hasso Freiherr von Uslar-Gleichen, umgeben von vielen schlichten Wehrpflichtigen in Feldbluse - sie alle machten sich am Montag zu einer früheren SED-Hochburg auf. Die Veranstaltung der Deutschen Atlantischen Gesellschaft ging in der ehemaligen Parteihochschule in Potsdam über die Bühne.

Sooo soll es sein, sooo soll es sein, so wird es sein (deutsche Revolutionsweise aus dem Bereich des Heereskommandos Ost).

Die Frauen von »Koryphäe - Medium von Frauen aus Naturwissenschaft und Technik« machten sich statt Abendbrot »Gedanken zum Krieg«:

Und dennoch, das erschreckende Gespenst des Krieges geht um. Wie vor 60 Jahren im `dt. Reich', als Frauen- und Lesbenzusammenhänge systematisch zerstört wurden. Wenn ich nach unseren Wurzeln/unserer Geschichte in dieser Zeit suche, finde ich nichts außer einer gähnenden Leere.

Die Koryphäen aus Naturwissenschaft und Technik, die bestimmt einen Kreis zeichnen können, haben sich verrechnet: 1991 minus 60 macht 1931, das Gespenst des Krieges aber ging 1941 um, in jenem furchtbaren Jahr, da die deutsche Männerwehrmacht ihren Überfall auf die Lesbenzusammenhänge verübte.